

- Hitler-Tagebücher und Stern-Revolute
- Politik mit Asbest bei HDW + Vulkan
- Zum RGO-Kongreß
- Post-Warnstreiks
- Heckel-Saarbrücken

Arbeiterpolitik

24. Jahrgang
 Nummer 5
 20. Juli 1983
 2,- DM

INFORMATIONSBRIEFE DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK

Staatliche Arbeitgeber greifen an ÖTV-Führung gegen aktive Mitglieder



Organisation in Streikbereitschaft versetzt. Als die Front der öffentlichen Arbeitgeber im Januar '82 auseinanderbrach, kam es nicht zum Streik. Die Vertreter der Gemeinden wären von einem Streik am härtesten betroffen gewesen und wichen zurück.

Tarifrunde 1982...

Daß es im Frühjahr '82 zu harten Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst kommen mußte, war von vornherein klar. Was allerdings völlig unklar war, ob die Beschäftigten überhaupt zur Verteidigung ihres Besitzstandes bereit waren.

Die Konfrontation wurde bereits von der alten SPD/FDP-Koalition vorbereitet. Im November '81 verabschiedete der Bundestag massive Kürzungsvorschläge für den öffentlichen Dienst. In mehreren Bundesländern wurden ebenfalls Kürzungen vorbereitet. An einzelnen Orten machte die ÖTV Protestversammlungen, im ÖTV-Magazin wurden Vergleiche mit den Brüning'schen Notverordnungen von 1930 laut. Da der Staat über die gesetzliche Festlegung der Bezüge für die Beamten einen Hebel hat, um die Arbeiter und Angestellten in nachfolgenden Tarifverhandlungen in die gleiche Richtung zu drängen, sprach die ÖTV von Aushöhlung der Tarifautonomie. Weil am Verhandlungstisch kaum noch was lief, wurde die

... und Tarifrunde 1983

Andauernde Wirtschaftskrise, Krise der Staatsfinanzen und politischer Wechsel in der Regierung — damit war die Konfrontation vorprogrammiert. Auf dem außerordentlichen Gewerkschaftstag am 29. 9. 82 sagte Kollegin Wulf-Mathies als neue Vorsitzende: *«Der öffentliche Dienst wird auch in Zukunft unter dem Druck leerer Kassen stehen. Wir werden deshalb hart kämpfen müssen, um die Interessen unserer Kolleginnen und Kollegen zu sichern. Und wenn ich dieses sage, dann denke ich einmal an den Kampf um die Sicherung der Zusatzversorgung, die durch einen Regierungswechsel sicher nicht leichter wird. Es bleibt dabei: Ohne vorherige Zustimmung der Großen Tarifkommission wird es keinen Abschluß geben.»* Wir werden auch dem neuen Innenminister — falls es einen geben sollte — unmißverständlich erklären, wo die Grenzen unserer Verhandlungsbereitschaft liegen.»

Im November '82 war klar, daß die CDU/CSU/FDP-Regierung mit ihrem Plan, die Beamtenbesoldung für 1982 um 2 Prozent zu erhöhen, ernst machen würde. Der stellvertretende DGB-Vorsitzende Fehrenbach (CSU) sprach vom *«vorprogrammierten Tarifkonflikt»*, sogar der Beamtenbundssprecher Krause (CDU) protestierte dagegen, daß die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes als staatliche *«Reserve-Kasse»*

¹ *«Zur Unterstützung der zuständigen Stellen der ÖTV (in diesem Fall dem Geschäftsführenden Hauptvorstand; die Red.) bei den Tarifbewegungen werden Tarifkommissionen gebildet. Aufgabe der Tarifkommissionen ist es, die zuständigen Stellen der ÖTV zu beraten und durch Empfehlung eine mitgliedernahe Tarifarbeit zu gewährleisten.»* (Richtlinien über die Tarifarbeit und die Bildung von Tarifkommissionen). Der Geschäftsführende Hauptvorstand ist also nicht an das Votum der Großen Tarifkommission gebunden. Er kann im Zweifel gegen deren Votum allein zustimmen. Das würde aber die Widersprüche verschärfen.

angesehen würden. Die ÖTV-Spitze kann also nicht behaupten, die Entwicklung sei aus heiterem Himmel gekommen.

Keine Vorbereitung bei der ÖTV

Sendepause! — Mit diesem Wort läßt sich die Politik des Hauptvorstandes bis Februar '83 beschreiben. Und das, obwohl sich die Große Tarifkommission bereits im Dezember '82 mit dem Kürzungskatalog der öffentlichen Arbeitgeber bei der Zusatzaltersversorgung beschäftigte.

Forderungen wurden sonst spätestens um die Jahreswende beschlossen, diesmal verschob die ÖTV alles auf den spätestmöglichen Zeitraum, um dann innerhalb von 14 Tagen Kreisdelegiertenversammlungen, Bezirkstarifkommissionen und Große Tarifkommission abstimmen zu lassen. Zweck der Übung: bloß keine Diskussion in der Mitgliedschaft.

Die Forderung: 5 Prozent, mindestens aber 110 DM und 30 Tage Urlaub für alle.² Die anderen Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes schlossen sich an. Von Sekretären wurde gegenüber den Mitgliedern verbreitet, auch die neue Regierung müsse vorsichtig sein, man rechne mit einem Urlaubstag mehr und etwas weniger Geld als bei der IGM. Also abwarten, bis die Metaller die Richtung angegeben hatten, und dann alles am Verhandlungstisch regeln. Die ganze Sache hatte nur den Haken, daß parallel zur üblichen Tarifverhandlung über die Zusatzversorgung und über Rationalisierungsschutz verhandelt werden mußte.

Am Verhandlungstisch läuft nix mehr

Sendepause zweiter Teil, so muß man die Taktik des ÖTV-Vorstandes nach Festlegung der Forderungen bezeichnen. Und das, obwohl die Gespräche über die Zusatzaltersversorgung bereits am 23. Februar zu der Feststellung führten: *„Kompromißlos haben die Arbeitgeber darauf beharrt, die Gesamtversorgung durchgehend zu senken. Sie allein haben also zu verantworten, daß es bisher noch keine Einigung über alle strittigen Fragen gibt.“* Das war aber das einzige, was die Mitglieder erfuhren, über die tatsächliche Höhe der Kürzungen war nichts zu hören.

Erst am 24. März war vom Hauptvorstand wieder was zu hören: *„Tarifverhandlungen eröffnet — Kein Arbeitgeberangebot — Nächste Runde: 14. April 1983.“* (Eilmeldung 2/83). Und am 14. April hieß es dann: *„Erstes Angebot völlig unzureichend — Arbeitgeber belasten Tarifverhandlungen durch Vorbedingungen zur Zusatzversorgung.“* (Eilmeldung 3/83). Zahlen wurden aber wieder nicht genannt. Offenbar ging der ÖTV-Vorstand immer noch davon aus, daß man alles am grünen Tisch regeln könne. Das »Verhandlungsklima« war ja auch gut: Zimmermann verteilte Handküsse an die Kollegin Wulf-Mathies, und die hatte ja was anzubieten: Zugeständnisse bei der angeblichen »Übersorgung« und dafür einen halbwegs passablen Abschluß.

Erst am 29. April wurde der ÖTV-Spitze klar, was im Busch war. Die öffentlichen Arbeitgeber hatten ein Angebot gemacht, das sich als Ultimatum herausstellte. Vier Monate Lohnpause, dann zwei Prozent und auf jeden Fall drastische Kürzungen bei der Zusatzversorgung. Die engere Verhandlungskommission der ÖTV aus 5 Mitgliedern wurde von Innenminister Zimmermann einfach sitzengelassen, nachdem er die ÖTV vorher in der Presse als *»schlappen Haufen«* titulierte. Dem Hauptvorstand blieb deshalb gar nichts anderes übrig, als die Mitglieder zu rufen und bis zur nächsten Verhandlungsrunde am 9. Mai alles zu mobilisieren.

Massive Warnstreiks

Die öffentlichen Arbeitgeber währten sich in einer starken Position, weil die Industriegewerkschaften bereits abge-

² Eine Festgeldforderung konnte sich auch diesmal nicht durchsetzen. Der Geschäftsführende Hauptvorstand tritt seit Jahren für prozentuale Forderungen ein.

Kolleginnen und Kollegen, die am Kontakt mit einer örtlichen Gruppe interessiert sind, bitten wir, sich an die Redaktionsadresse zu wenden.

Aushang der Bonner Verkehrsbetriebe

Sehr geehrte Mitarbeiterinnen!
Sehr geehrte Mitarbeiter!

Auf Personalversammlungen im Dezember 1982 hat die Werkleitung zugesagt, sich dafür einzusetzen, daß trotz Abbau der Verkehrsleistung kein Mitarbeiter entlassen wird. In Zusammenarbeit mit den Personalräten ist es uns trotz vieler Schwierigkeiten gelungen, diese Zusage bis zur Stunde einzuhalten.

Am heutigen Tage haben **einige Mitarbeiter ihren Dienst nicht ordnungsgemäß versehen** und dadurch den Betriebsablauf **erheblich gestört**. Wir sehen in diesem Verhalten einen klaren Vertrauensbruch. Ab sofort fühlt sich daher die Werkleitung nicht mehr an ihre Zusage bezüglich der Vermeidung von Entlassungen gebunden.

Wir teilen dies vorsorglich mit und bitten gleichzeitig alle Mitarbeiter, in diesen schwierigen Zeiten ihren Dienst ordnungsgemäß zu versehen. Im übrigen wird die Werkleitung prüfen, welche Konsequenzen innerhalb der gültigen Rechtsnormen zu ziehen sind.

Mit freundlichem Gruß

Bonn, den 5. Mai 1983

Schreiber

Schürmann

geschlossen hatten, vor allem der niedrige Stahlabschluß als »Vorbild« wirken sollte und die »sicheren Arbeitsplätze« die Beschäftigten schon ruhig halten würden.

Was dann in der Woche vom 2. bis 6. Mai passierte, war überraschend. Völlig ohne Vorbereitung, nicht mal genau informiert, um was es ging, zeigte sich große Bereitschaft bei den Mitgliedern zur Teilnahme an Warnstreiks. Auch nicht organisierte Kolleginnen und Kollegen spürten instinktiv, daß sie sich wehren mußten. In Betrieben und Verwaltungen wurde das Verhalten der öffentlichen Arbeitgeber von vielen als **politischer Angriff** begriffen, der auf Jahre hinaus die Weichen für alle Beschäftigten stellen würde. Sozusagen aus dem Stand gingen nicht nur Müllwerker, Straßenbahner oder Gas- und Wasserwerker vor, sondern auch vielfach Angestellte in den öffentlichen Verwaltungen. Die Breite der Bewegung hat es bisher in der ÖTV noch nicht gegeben. Und der Wille war da, auch einen Arbeitskampf zu riskieren.

Inhaltsverzeichnis

ÖTV-Führung gegen die aktiven Mitglieder	1
Übersorgung? Sichere Arbeitsplätze?	6
Stern-Stunden oder: Allah ist mit den Standhaften	7
Gespräch mit Setzern von G + J	12
Tendenzwende	15
Asbest bei HDW und Vulkan:	
Erhöhtes Gesundheitsrisiko oder arbeitslos	17
RGO-Kongreß: Opposition in den Gewerkschaften	20
Arbeiterkorrespondenzen	
Zur Tarifrunde im Öffentlichen Dienst	
• Warnstreiks bei der Post	22
• Siegen, Solingen, Köln	24
Heckel: Drei Monate nach der Schließung	26
Baden-Württemberg: Metalltarifrunde — Knacks am Anfang	27

Arbeiterpolitik

INFORMATIONSBRIEFE DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur:
F. Lötbe · Herstellung und Vertrieb: GFSA — Gesellschaft zur Förderung des Studiums der Arbeiterbewegung e.V., Postfach 15 02 47, 2800 Bremen 15
Postscheck Hamburg 4100 77-205, BLZ 200 100 20

Arbeitslose vom 1. Mai solidarisch!

Liebe Kolleginnen und Kollegen beim Arbeitsamt!

AUCH ALS ARBEITSLOSE GEWERKSCHAFTSKOLLEGEN UNTERSTÜTZEN WIR
EUEREN STREIK.

Euer Arbeitgeber und die konservative Presse werden sagen:
"Lohnerhöhung im Öffentlichen Dienst geht zu Lasten der
Arbeitslosen."

WIR SAGEN:

LOHNVERZICHT RETTET KEINEN EINZIGEN ARBEITSPLATZ!

DENN: Die Regierung spart bei den Beschäftigten
und subventioniert die Unternehmer,
die Unternehmer rationalisieren mit diesen
öffentlichen Geldern, unseren Steuern,
unsere Arbeitsplätze weg.

Das Resultat sind wir: Arbeitslose Metallarbeiter!

Wir lassen uns nicht spalten!

ARBEITSLOSE UND BESCHÄFTIGTE GEMEINSAM GEGEN LOHNVERZICHT
UND SOZIALABBAU!

Unsere gemeinsamen Ziele sind:

Bessere Arbeitsbedingungen, Sicherung des Lebensstandards,
Rücknahme des Sozialabbaus, effektive Arbeitszeitverkürzung
bei Überstundenablehnung und Entlassungsverbot.

-- Unsere kleine Solidaritätsaktion ist nur eine Übung für
unsere zukünftigen, gemeinsamen Kampf --

ARBEITSLOSE KOLLEGINNEN UND KOLLEGEN!

--- HABT VERSTÄNDNIS FÜR DEN WARNSTREIK DER KOLLEGEN BEIM
ARBEITSAMT!

Seid nicht sauer, wenn ihr warten müßt. ÜBERLEGT EUCH:

- Schlechte Erfahrungen, die Ihr am Arbeitsamt macht, haben ihre
Ursache hauptsächlich darin, daß zu wenig Personal für Euch da ist.
- Äkten verschwinden, weil die Kollegen, die sie verwalten, sehr
schlechte Arbeitsbedingungen haben, schlecht bezahlt und viel zu
wenig sind.
- Ihr seid nicht arbeitslos, weil die Kollegen im Öffentlichen
Dienst zu viel verdienen, sondern weil Euer alter Boß ohne Euch
mehr Profite machen kann.

HABT VERSTÄNDNIS -- SEID SOLIDARISCH

Die Kraft der Aktionen war örtlich sehr unterschiedlich. Sie
war abhängig davon, ob Groß- oder Kleinstadt und vor allem,
ob der Wille der Kreisvorstände da war, voll zu mobilisieren.
Beispielsweise legte der Kreisvorstand **Essen** den Protest auf
die verkehrsarme Zeit zwischen 10 und 11 Uhr, im Gegensatz
zur Kreisverwaltung **Köln**, wo in der Hauptverkehrszeit alles
lahmgelegt wurde. Unrühmliche Ausnahmen wollen wir nicht
verschweigen: In **Neuß** passierte von Seiten der Organisation
nichts, weil die CDA-Leute traditionell dort Einfluß haben und
abblocken konnten. In **Krefeld** wandte sich der Betriebsrat der
Verkehrsbetriebe gegen Warnstreiks, weil man am nächsten
Tag 100-jähriges Bestehen habe.

Regional am stärksten waren die Streiks im **Rheinland**
(50 000), **Hessen** (10 000) und im **Ruhrgebiet**.

Auch die kleineren Gewerkschaften des öffentlichen
Dienstes begannen mit der Mobilisierung ihrer Arbeiter und
Angestellten, obwohl die Masse ihrer Mitglieder verbeamtet
ist. Immerhin: In **Bremen** protestierten 1400 Bahnbeschäftigte
des Ausbesserungswerks, in **Bremerhaven** streikten 100
Fernmeldetechniker, in **Heidelberg** gab es einen Protestzug
von 400 Postlern, bei der **Köln**er Bahnpost blieben 3 Millionen
Briefe liegen und wurde das Betriebswerk Ehrenfeld blockiert.

Vielfach kam es zu massivem Druck von der Gegenseite.
Z. B. drohte die **Stadtparkasse Bochum** ihren Beschäftigten
ebenso mit der fristlosen Kündigung wie der **Landschaftsverband
Rheinland**. Und das, obwohl noch immer das Urteil des

Bundesarbeitsgerichts von 1976 gilt, daß mehrstündige Ar-
beitsunterbrechungen zulässig sind.

Verhandlungen scheitern

Am 9./10. Mai machten die öffentlichen Arbeitgeber ein
"Sondierungsangebot": Für März und April insgesamt 50 DM,
ab Mai 1983 bis März 1984 2,3 Prozent, 1 Urlaubstag für alle, die
noch keine 30 Tage haben. Aber: Das Angebot nur unter der
Bedingung, daß die ÖTV die Kürzung der Zusatzversorgung,
wie von den Arbeitgebern gefordert, unterschreibe. Damit war
zwar finanziell bei Löhnen das Angebot von 1,35 Prozent auf
knapp 2 Prozent Jahresdurchschnitt plus Urlaubstag verbes-
sert, den Einschnitt bei der Zusatzversorgung konnte die
Große Tarifkommission allerdings nicht schlucken. Deshalb
erklärte sie einstimmig das Scheitern der Verhandlungen.

Was dann kam, irritierte viele Mitglieder. Das noch von Heinz
Kluncker nach der letzten Tarifbewegung gekündigte Schlich-
tungsabkommen war vor Weihnachten vom ÖTV-Hauptvor-
stand heimlich wieder in Kraft gesetzt worden. Der Zweck der
Schlichtung wurde von der Presse richtig beschrieben: "Not-
bremse" oder "sanfter Fall" für die ÖTV. In der Eilmeldung
5/83 hieß es: "Dennoch wollen wir nichts unversucht lassen,
um in freien Verhandlungen zu einem tragbaren Ergebnis zu
kommen. Dazu kann auch eine Schlichtung beitragen.
Deshalb haben wir das Schlichtungsverfahren eingeleitet. Wir
wollen auch weiterhin unser Handeln selbst bestimmen und
keine Zeit verlieren. Voraussichtlich wird die Schlichtung
Anfang Juni 1983 beendet sein."

Das Gegenteil der Behauptungen des Hauptvorstands trifft
zu. Nach den Warnstreiks wollten die Mitglieder Taten sehen,
was sich in Äußerungen wie der des **Boittroper** Kreisvorsitzen-
den Heinrichs widerspiegelte: "Die 75 Prozent der Stimmen,
die wir bei der Urabstimmung für einen Streik brauchen,
bekommen wir spielend." Aber mit Beginn der Schlichtung
waren Aktionen untersagt. Und vor allem kann von "selbstbe-
stimmendem Handeln" bei Einsatz von Schlichtungsstellen
nicht die Rede sein. Durch sie werden Eckdaten gesetzt, an
denen die ÖTV so einfach nicht vorbei kann. Außerdem
verzögerten sie die Auseinandersetzung bis in den Urlaubs-
monat Juni.

Die Schlichtung

Am 13. 5. schrieb die "FAZ": "Wenn es gilt, den Mitgliedern
einen Abschluß zu präsentieren, der zwangsläufig unbefrie-
digend ausfallen muß, können sich die Gewerkschaftsfunk-
tionäre jetzt hinter dem unabhängigen Schlichter verstecken.
Das Ergebnis, das man aus der Schlichtung mitbringen wird,
dürfte kaum anders aussehen, als das von den Arbeitgebern
zuletzt vorgelegte 'Sondierungsangebot', aber wenn es — mit
keinen Variationen — von dem altgedienten SPD-Politiker
Krause, einem gelernten Versicherungsmathematiker, als
Schlichter abgesegnet wird, dürfte sich auch unter den
Interessenvertretern der Arbeitnehmerseite eine Mehrheit für
einen großen Streik in der Urlaubszeit nicht finden. Für einen
Streik um wenige Zehntel fände sich auch unter den
Mitgliedern die erforderliche Dreiviertelmehrheit nicht." Das
war die gemeinsame Hoffnung von Arbeitgebern und ÖTV-
Spitze.

Noch während der Schlichtungsverhandlungen kündigte
Finanzminister Stoltenberg weitere Kürzungen an: 21 Monate
Besoldungsstopp für Beamte, Absenkung der Eingangsstufe
für den gehobenen Dienst usw. Ausdruck des sicheren
Gefühls, die Tarifrunde sei gelaufen. Von den Kollegen in
Betrieben und Verwaltungen wurde das als Provokation auf-
gefaßt.

Das Schlichtungsergebnis wurde von der Presse unter der
Überschrift "Tarifkonflikt im öffentlichen Dienst beendet",
"Annahme gilt als sicher" usw. verkauft.³

Vom materiellen Ergebnis her ist es die "Wende" für die
ÖTV. Das betrifft vor allem die Laufzeit und die Zusatzversor-
gung.

Die Mindestlaufzeit bis zum 31. 8. 1984 bricht die ÖTV aus
dem Kreis der Industriegewerkschaften heraus, von denen vor
allem die IGM im kommenden Frühjahr vor einem politischen
Kampf um die Arbeitszeitverkürzung steht. Da auch die ÖTV

³ Die anderen Organisationen wie DAG, Beamtenbund usw. nahmen an.
Sie sind Ständesorganisationen, die weder streikfähig noch -willig sind.
Die DAG spielt im öffentlichen Dienst sowieso keine Rolle, dem Beamten-
bund sind alle möglichen Angestelltengruppchen angegliedert.

Schlichtungsspruch:

I. Vergütungen, Löhne usw.

Die Monatstabellenlöhne werden

- für die Zeit vom 1. März bis zum 30. Juni 1983 um 2 v.H.
- für die Zeit vom 1. Juli bis zum 29. Februar 1984 um 2,5 v.H.
- für die Zeit vom 1. März 1984 an um 3 v.H.

jeweils auf der Grundlage der Beträge der Monatslohnstarifverträge vom 17. Mai 1982 erhöht.

II. Urlaub

Alle Arbeitnehmer, die noch nicht einen Anspruch auf Erholungsurlaub von 30 Arbeitstagen haben, erhalten vom Urlaubsjahr 1983 an einen Arbeitstag Urlaub mehr.

III. Zusatzversorgung

Für die Zusatzversorgung wird eine Regelung vorgeschlagen, die künftig die Gesamtversorgung im Verhältnis zum Nettoarbeitseinkommen begrenzt. Der Übergang wird für Versorgungsrentner und Versicherte durch eine nach der Versicherungsdauer und den geleisteten Beiträgen gestufte Besitzstandsregelung erleichtert.

IV. Arbeitsplatzsicherung

- Die Fristen für die ordentliche Kündigung der Arbeiter (§ 57 MTB II/MTL II, § 50 BMT-G) werden ab 1. Juli 1983 an die für die entsprechenden Angestellten geltenden Fristen angepaßt.
- Die im Oktober 1982 aufgenommenen Manteltarifverhandlungen werden nach der Lohnrunde beschleunigt fortgesetzt mit dem Ziel, sie noch 1983 abzuschließen.
Dabei soll die Sicherung eines Arbeitsplatzes Vorrang vor finanziellen Regelungen haben.
In den Manteltarifverhandlungen wird auch über die Anwendbarkeit von Vorschriften zur Arbeitsplatzsicherung bei anderen als Rationalisierungsmaßnahmen verhandelt.

V. Eingruppierung der Angestellten in der Datenverarbeitung

Das Verhandlungsergebnis betreffend die Eingruppierung der Angestellten in der Datenverarbeitung wird zum 1. Oktober 1983 in Kraft gesetzt

Kommentar:

Der Jahresdurchschnitt macht 2,33 Prozent aus, auf die Laufzeit bis Ende August 1984 bezogen, sogar nur 1,87 Prozent. Also wesentlich weniger als bei der IGM und für 1984 Abkopplung durch die lange Laufzeit.

Damit erfolgt eine Annäherung an die Industrie, Banken usw.

Dahinter verbirgt sich die gestaffelte Absenkung der Zusatzrente; Ziel der Arbeitgeber erreicht.

Verbesserung gegenüber den bisherigen Bestimmungen.

Arbeitsplatzsicherung nur noch bei Lohnverzicht. Ansonsten Absichtserklärung ohne Nutzen.

Hat teilweise Abgruppierungen zur Folge.

1984 Arbeitszeitverkürzungen anstreben will, haben Unternehmer und Staat ihr Ziel erreicht, die großen Gewerkschaften einzeln vorzuführen.

Bei der Zusatzversorgung gibt es künftig unterschiedliche Beschäftigtengruppen, die eine gemeinsame Besitzstandswahrung beim nächsten Angriff nur schwer möglich machen. Für neu Eintretende gilt ab 1. Juli 1983 die von den Arbeitgebern angestrebte Absenkung auf 90 Prozent voll. Bei den bisher Beschäftigten vollzieht sich die Kürzung in Stufen, je nach Beschäftigungsdauer im öffentlichen Dienst.

Weitreichende Folgen hat vor allem die Durchsetzung des »fiktiven Nettoarbeitsentgelts«⁴ gegenüber der bisherigen Bruttoregelung. Die Arbeitgeber werden versuchen, das Nettoprinzip auf die gesamte Rentenversicherung auszudehnen, in der Industrie die Anrechnung von Betriebsrenten zu erzwingen usw. — also eine breite Absenkung der Altersbezüge in Angriff zu nehmen.

Massive Ablehnung

Noch während der Schlichtung kam es in der ÖTV zu heftigen Diskussionen, wie es nun weitergehen sollte. Ein Beispiel: Auf der gemeinsamen Sitzung der Bezirkstarifkommissionen von NRW I und II am 13. Mai wurde scharfe Kritik an der Informationspolitik gegenüber den Mitgliedern geübt. Die Schilderung von Bezirksleiter Mosch über die Möglichkeiten (evtl. Inkraftsetzung des alten Tarifvertrages und dafür keine Kürzung bei der Zusatzrente) stieß auf Ablehnung. Vor allem die Vertreter der Arbeiterbereiche signalisierten Kampfbereitschaft. Ihr Vorschlag: 10—15 Tage Vollstreik, um der Abbau zu bremsen.

In der Sitzung der Großen Tarifkommission am 1. Juni versuchten Monika Wulf-Mathies und der 2. Vorsitzende Mertens vergeblich, die Annahme der Schlichtung durchzusetzen. Von 38 Rednern wurden folgende Punkte kritisiert:

● die lange Laufzeit (die Große Tarifkommission hatte die Verhandlungsführer nicht ermächtigt, für mehr als 12 Monate zu sprechen)

● der völlige Verzicht auf den Mindestbetrag von 110 DM (diese Forderung wurde von der ÖTV-Delegation nicht einmal vorgetragen)

● der Abbau der Zusatzversorgung⁵

● nach 1982 zum zweiten Mal die Unterwerfung unter den Schlichtern

Von den 107 anwesenden Mitgliedern der Großen Tarifkommission stimmten 104 ab. Ergebnis: 57 nein, 47 ja (davon 21 Hauptberufliche). Um 20.30 Uhr traten die beiden Verhandlungskommissionen der Arbeitgeber und ÖTV zusammen, in der die Ablehnung verkündet wurde. Nach kurzer Pause teilte Innenminister Zimmermann mit, die Arbeitgeberseite lege den Schlichtungsvorschlag nunmehr als ihr offizielles Angebot vor. **Diskussionsfähig sei aber nichts.** In der anschließenden Besprechung der Großen Tarifkommissionen versuchten Wulf-Mathies und Mertens erneut, die Annahme zu erreichen, also einen Umfall innerhalb weniger Stunden. Erst als Bezirksleiter Mosch in die Bütt ging (»Monika, das kannst Du nicht machen«), kam es zur Verlängerung der Erklärungsfrist mit dem Ziel der Diskussion in der Mitgliedschaft.

⁴ »Fiktives Nettoentgelt« ist ein Begriff für eine komplizierte Durchschnittsberechnung des Lohns der letzten drei Jahre mit verschiedenen Faktoren multipliziert. Das ist der Ausgangswert für das Anlegen der Rententabelle nach Prozenten.

⁵ Wie kommt es, daß der komplizierte Vorschlag der Schlichter zur Kürzung der Zusatzversorgung bereits **wörtlich** in einem internen Papier der engeren ÖTV-Verhandlungskommission von Ende April mit dem Titel »Stand der Tarifverhandlungen über Fragen der Zusatzversorgung« enthalten ist? Nachdem die Arbeitgeber die pauschale Absenkung nicht durchsetzen konnten, haben sie offenbar auf das zurückgegriffen, was die ÖTV in den Vorgesprächen als »Kompromiß« signalisiert hatte.

Lehrstück für Tarifkämpfer

Bei Licht betrachtet, lösen sich Gespenster in Nebel auf. So heißt es denn Abschied nehmen vom Gespenst des Gewerkschaftsstaates, das in wirtschaftswunderlichen Zeiten allzu leichtfertig an die Wand gemalt worden war. Wer noch immer daran glauben mag, der baut – gehört er zur Gruppe der Gewerkschaftsgegner – einen Popanz auf oder weigert sich – zählt er zum Lager der Gewerkschaften –, der Realität ins Auge zu blicken. Die Wirklichkeit der achtziger Jahre ist jedenfalls eine andere. Das Lehrstück zum Thema schwindende Gewerkschaftsmacht wird zur Zeit als Trauerspiel der ÖTV aufgeführt.

Es ist noch keine zehn Jahre her, da trotzte diese Gewerkschaft dem Staat zweistellige Lohnsteigerungsraten ab – und ließ darüber noch den Kanzler stolpern. Heute wird dieselbe Gewerkschaft vor aller Augen vorgeführt: Die Bundesregierung gibt Leitlinien für die Tarifverhandlungen vor – und mancher Minister weidet sich öffentlich an der Angst der ÖTV-Spitze vor einem Streik.

Und die Gewerkschaftsführung, der eigenen Ohnmacht wohl bewußt, sitzt zwischen allen Stühlen: Auf der einen Seite drücken Regierung und öffentliche Meinung, auf der anderen Seite brodeln die Basis. Häme ist da fehl am Platz. Daß die Macht einer Interessenvertretung, die den Staat allzuleicht als Selbstbedienungsladen für ihre Mitglieder betrachtet, gebrochen wurde, mag mancher begrüßen. Und

wer die Lohnkosten für die Ursache allen Wirtschaftsübels hält, wird mit Befriedigung zur Kenntnis nehmen, daß die Reallöhne 1982 – wie das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut des DGB errechnet hat – unter das Niveau von 1978 abgesackt sind, vor allem auf Kosten des öffentlichen Dienstes. Wer aber weiß, daß Gewerkschaften Erfolge brauchen, um sich vor ihren Mitgliedern zu legitimieren, wird diese Entwicklung zumindest auch mit einem weinenden Auge zur Kenntnis nehmen. Wo diese Erfolge ausbleiben, wird der Unmut wachsen und sich Bahn brechen. Für besonnene Arbeiterführer ziehen dann harte Tage herauf – wenn sie nicht gar gezählt sind.

Selbstmitleid hilft da den Gewerkschaften ebenso wenig weiter wie das Beschwören der Taten vergangener Zeiten. Die Erfolge von morgen können nicht mehr die von gestern sein. Und sie werden sich nicht nur in Mark und Pfennig messen lassen.

Arbeitszeit, Vermögensbildung, technologischer Wandel – Herausforderungen für gewerkschaftliches Handeln gibt es viele. Doch sie setzen ein Umdenken in den Gewerkschaftszentralen wie an der breiten Basis voraus. Wer etwa eine Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich verspricht, hat nur die positive Seite der Lektion begriffen, die negative aber verdrängt oder verschwiegen. Das böse Erwachen der Mitglieder folgt dann im nächsten Jahr.

Armin Mahler

»Wirtschaftswoche« am 10. 6. 1983

Zweierlei Diskussionen

Noch am Abend verkündete die ÖTV-Vorsitzende im Fernsehen, der Hauptvorstand werde die Woche nutzen, um eine Mehrheit für die **Annahme** zu kriegen. Und Siegfried Mertens gegenüber »Bild«: »Bei einer Urabstimmung wird diesmal aber jede Stimme genau gezählt.« Soll das etwa heißen, daß bei der Urabstimmung 1974 getürkt wurde?

Die einberufenen Versammlungen ergaben fast überall das gleiche Bild. Die große Mehrheit der Delegierten war für **Ablehnung**. Aber im Verlauf der Woche zeigte sich, daß die Bezirksleitungen in der Lage waren, Versammlungen umzukrempeln. Typisch war die Erklärung des Bezirks Nordwest (Schleswig-Holstein), man sei für Annahme. Dazu kamen weitere Bereiche, vor allem Kreisverwaltungen in kleineren oder mittleren Städten ohne große Industrie. In den Großstädten war es umgekehrt: z. B. verliefen die Versammlungen in Stuttgart, Frankfurt, Köln, Dortmund so, daß von fast allen Anwesenden die Einleitung der Urabstimmung gefordert wurde. Lieber eine verlorene Urabstimmung, um Klarheit über

Privatisierungskampagne in Nordrhein-Westfalen

Rheinisch-Westfälischer Handwerkerbund:

»Zusammenstellung privatisierungsfähiger Bereiche«

1. **Versorgung:** Energie, Gas, Wasser.
2. **Entsorgung:** Kanalisation, Kläranlagen, Abfallbeseitigungen und -verwertung (Müllabfuhr), Straßen- und Gebäudereinigung.
3. **Verkehr- und Kommunikation:** Nahverkehr, Stückgut- und Omnibusverkehr, Parkangebot (Parkhäuser und -plätze, Uhren), Datenverarbeitung, Telefon, Rundfunk, Fernsehen (Endgerätemarkt für Nebenstellen, Fernkopierer, Gemeinschaftsantennenanlagen).
4. **Gesundheitswesen:** Krankenhäuser, Sanatorien, Bäder, Krankentransport, Gesundheitsvorsorge (Alkohol- und Drogenberatung z. B.), Veterinärmedizin.
5. **Bestattungswesen:** Friedhofsgärtnereien, Grabpflege
6. **Ernährung:** Märkte und Markthallen, Schlacht- und Viehhöfe, Fleischbeschau und Veterinärmedizin, Kühlhallen, Restaurants- und Kantinenbetriebe, Kioske
7. **Soziales:** Altenheime und -pflege, Jugendhilfe, Waisenhäuser, Kindergärten, Betreuung Behinderter und sozial Gefährdeter, Teilbereiche der Krankenversorgung.
8. **Nicht obligatorisches Erziehungs- und Bildungswesen:** Schule, Berufs- und Erwachsenenbildung (Einbeziehung von privaten Dozenten z. B.), Sportanlagen, Schwimmbäder, Hochschulen, Forschung.
9. **Kulturelle Einrichtungen:** Museen, Theater, Büchereien, Konzerte, Sehenswürdigkeiten, Zoologische Gärten, Fremdenverkehr.
10. **Wohnungs- und Grundstückswirtschaft, Bauwesen:** Grund und Boden der öffentlichen Hand oder deren Verwaltung, insbesondere Wohnungsbesitz, Wald, Grünflächen, Straßen, Wege, Plätze sowie deren Unterhaltung, Wohnungsvermittlung, Bauhöfe.
11. **Ordnungseinrichtungen:** Planungen, technische Überwachung, Eichwesen und amtliche Materialprüfung, Vermessungswesen, Bewachung von Personen (Straftäter) und Gebäuden, Feuerwehr, freiwillige Feuerwehr.
12. **Sonstiges Beschaffungswesen:** Druckereien, Buchbindereien, Schreibearbeiten, Plakatanschlag, Wäschereien, Reinigungsbereich, Werkstätten verschiedenster Art (Maler- und Lackierer, Elektriker, Gas- und Wasser, Heizungs- und Sanitärbereich, Kraftfahrzeugbereich etc.).

die Kampfbereitschaft der Mitglieder zu erreichen, als Abwürgen, konnte man hören.

Die Annahme der Schlichtung am 11. Juni durch die Große Tarifkommission mit 78 ja-, 27 nein-Stimmen hat im wesentlichen drei Ursachen:

1. In kleineren ÖTV-Kreisverwaltungen trauten sich die Mitglieder nicht genügend Kraft zu und folgten deshalb lieber den Bezirksleitern.
2. Bei einer Reihe von Verwaltungen (Finanzämter, Landes- und Bundesbehörden), die zusammen doch ein gewisses Gewicht in der Organisation besitzen, war die Bereitschaft zum Konflikt zu gering.
3. Es hätte sich nicht um einen »gewöhnlichen« Streik, sondern um eine politische Machtprobe mit der neuen Regierung gehandelt, der von dieser unter allen Umständen siegreich beendet werden mußte, um die Weichen für die Zukunft zu stellen.

Diese Faktoren zusammen ließen die Mehrheit der Großen Tarifkommission – wenn auch widerwillig – zustimmen.

Bleibende Diskussion in der ÖTV

● Während der Tarifrunde sind die Differenzen zwischen dem Teil der Delegierten, die traditionell auf Vorstandslinie lagen, teils in der Vergangenheit auch vom »alle-müssen-den-

Gürtel-enger-schnallen« redeten, und der Minderheit kämpferischer Kollegen in den Hintergrund getreten.

● Der Druck der Basis führte zur Differenzierung im hauptamtlichen Funktionärskörper. Eine Reihe Sekretäre und Geschäftsführer traten offen oder versteckt gegen das Schlichtungsergebnis auf.

Der Bruchpunkt in der Organisation begann bei den Bezirksleitungen und natürlich dem Hauptvorstand, die alle Hebel nutzten (einschließlich schriftlicher Dienstsanweisungen an die Sekretäre).

● Ins Schußfeld gerieten vor allem die beiden Vorsitzenden der ÖTV, was Folgen auf dem Gewerkschaftstag 1984 in Gestalt einer Opposition haben wird.⁶

»Übersorgung«?

Erst mal muß man wissen, daß das Gerede von der »Übersorgung« im öffentlichen Dienst erst seit der Wirtschaftskrise existiert, in deren Folge die Staatseinnahmen geringer wurden.

In den 60er Jahren war das noch umgekehrt. Damals wurde die Zusatzaltersversorgung eingeführt, um Arbeiter und Angestellte überhaupt erst für den öffentlichen Dienst zu gewinnen. In der Industrie wurden wesentlich höhere Löhne und Sozialleistungen geboten. Die Zusatzversorgungskassen sollten Arbeiter und Angestellte im öffentlichen Dienst wenigstens den Beamten gleichstellen und ihnen nach mindestens 35 Dienstjahren 75 Prozent des letzten Bruttolohns als Ruhegeld zu garantieren.

Die Zusatzversorgung sollte die Arbeiter- bzw. Angestelltenrente etwas aufstocken. Jetzt wird behauptet, die Masse der Beschäftigten im öffentlichen Dienst würde als Rentner wesentlich mehr erhalten als vorher. Tatsache ist aber, daß nur 17 Prozent der Arbeiter und Angestellten auf die Höchstrente von 75 Prozent kommen. Nur bei ihnen liegt die Rente erwähnenswert über dem letzten Nettogehalt. Wie kommt das?

Ursache ist die enorme Steigerung der staatlichen Abgaben für Berufstätige in den letzten Jahren. Da Rentner dagegen kaum Steuern und Sozialversicherung bezahlen, kann es also zu mehr Rente kommen, die **unter der Voraussetzung der Höchstrente bis 104 Prozent** des letzten Nettogehalts (im Extremfall etwas höher) liegen kann.

Natürlich gibt es »Paradepferde«, die Innenminister Zimmermann allerdings nicht nennt: z. B. angestellte Chefarzte von Kliniken, die sich per entsprechender Vereinbarung die Bezüge in den letzten drei Jahren vor der Rente entsprechend anheben lassen, weil deren Durchschnitt für die Festsetzung der Rente maßgeblich ist. Aber die sind sowieso keine Arbeitnehmer und haben einen völlig anderen Lebensstandard als die Masse der Beschäftigten. Deshalb hat sich die ÖTV auch bereit erklärt, gemeinsam mit den Arbeitgebern eine Neuregelung zu vereinbaren, wie sie 1967 bei Einführung der Zusatzversorgung bestand, nämlich zwischen 92 und 101 Prozent des letzten Nettogehalts als Rente.

Wenn man weiß, daß die große Mehrheit der Beschäftigten nur **zwischen 1200 und 1800 DM netto** verdient, ist das mit der »Übersorgung« lächerlich. **Außerdem wurde die Zusatzrente uns immer mit angerechnet, also gab es weniger Lohn-erhöhungen.**

Vor den Verhandlungen sagten die Arbeitgeber klipp und klar, daß es ihnen auf die pauschale Kürzung auf 90% und dazu einen anderen Berechnungsmodus ankäme. Und zwar: Das durchschnittliche Bruttogehalt der letzten drei Jahre sollte zunächst um die Abzüge gekürzt werden (Lohnsteuer, Renten-, Kranken-, Arbeitslosenversicherung). Von dem dann übrigbleibenden Betrag soll die Rente nach einer ebenfalls ungünstiger gestalteten Staffel berechnet werden. Die **monatliche Renten Kürzung auf Dauer** würde dann zwischen 73 und 716 DM liegen! Für die Masse der Beschäftigten käme eine Kürzung von 10—15 Prozent zustande, monatlich 200, 300, 400 DM! Deshalb die Unruhe. ■

● Der Angriff der öffentlichen Arbeitgeber hat bei Teilen der Mitgliedschaft, vor allem bei den ehrenamtlichen Funktionären (die größtenteils sozialdemokratisch orientiert sind) zu Diskussionen geführt. Einem politischen Angriff müsse man mit einem **politischen Streik** antworten. Das wurde in einer Reihe Versammlungen klar gesagt.

● Nur um handfeste Punkte läßt sich in Teilbereichen der Widerstand gegen die öffentlichen Arbeitgeber sammeln: In nächster Zeit ist das die Privatisierungsfrage, der Arbeitsplatzabbau und die geplanten Kürzungen wie Urlaubs- und Weihnachtsgeld.

● Vieles von der angestauten Wut wird sich wahrscheinlich in den nächsten Monaten verlaufen. Was bleibt, sind aber eine Reihe aktiver Kollegen, die die Gewerkschaft als **Kampforganisation** begreifen und nicht als Versicherungsverein. ■

»Sichere Arbeitsplätze«?

Beispiel 1:

Von 1958 bis Ende 1981 wurde der Personalbestand der Deutschen **Bundesbahn** bei annähernd gleichem Verkehrsaufkommen um fast 200 000 gesenkt. Mit den geplanten Streckenstilllegungen wird noch weniger Personal gebraucht.

Von den verbliebenen 320 000 Eisenbahnern leistet jeder zweite Schicht- und Wechseldienst ab. Die Arbeitsanforderungen wurden stark erhöht.

Beispiel 2:

Nicht viel anders sieht es bei der **Bundespost** aus. Verstärkter Schichtdienst, 17 000 Arbeitsplätze in den nächsten 5 Jahren weniger. Mit Personalbemessungssystemen wurde die Arbeit intensiviert. Datenverarbeitung und Bildschirme sind in großem Stil in Postscheckämter usw. eingezogen, verbunden mit Entwertung der Tätigkeiten und Dauerstreß.

1982 wurden erstmals ausgebildete Fernmeldehandwerker nicht weiterbeschäftigt und anderen Behörden als Arbeitskräfte angeboten. Die Übernahmegarantie ist generell weggefallen.

Beispiel 3:

Die **Landesregierung von NRW** hat 1982 rund 7000 Arbeitsplätze abgebaut. Das sind 2 Prozent ihrer Beschäftigten. Weitere 14 000 Arbeitsplätze werden 1984 und 85 gestrichen.

Beispiel 4:

Die **Stadt Köln** beschloß im Mai 1983 die »eingeschränkte Reinigung«. Damit soll etwa 1 Million eingespart werden, das kostet 150 Putzfrauen die Arbeitsplätze. Dabei wurden seit 1980 schon 147 Stellen eingespart und die zu putzenden Quadratmeterzahlen um mehr als die Hälfte erhöht.

Beispiel 5:

Von den 680 Müllwerkern der **Stadt Frankfurt** sollen genau 207 durch Rationalisierungsmaßnahmen eingespart werden: durch drei statt zwei Touren pro Schicht für die verbleibenden, durch Entsorgung von Großcontainern durch Privatfirmen usw.

Beispiel 6:

Wegen des drastischen Rückgangs der Kuren müssen viele Bäder Arbeitsplätze abbauen und Kurarbeit machen. Die niedersächsischen **Staatsbäder Bad Pyrmont** und **Bad Nenndorf** haben den ganzen Herbst über bis zum 31. Mai kurzgearbeitet — erstmals in ihrer Geschichte. Von den 229 Beschäftigten in Bad Pyrmont sind im rotierenden System jeweils 163 betroffen. Die wöchentliche Arbeitszeit wurde von 40 auf 30 Stunden herabgesetzt. Im Vergleich zum Vorjahr hat Bad Pyrmont 50 Arbeitskräfte weniger, weitere 30 Vollarbeitsplätze werden in Saisonplätze umgewandelt.

⁶ Der gesamte Funktionärskörper ist in Unordnung geraten. Die Kollegin Wulf-Mathies wird an Heinz Kluncker gemessen (=dem Dicken wär das nicht passiert-); S. Mertens streicht voraussichtlich die Segel und geht zum ACE; Vorstandsmitglied Bußjäger ist bereits ab 1. 7. 1983 Arbeitsdirektor bei der Volksfürsorge.

Angesichts dieser Schwäche des Hauptvorstands liegt die tatsächliche Führung zur Zeit mit bei den Bezirksleitern, »Starker Mann« von denen ist Reinhold Mosch von NRW I. Die Kräfte, die in der ÖTV nachrücken, sind fast alle als Angestellte des Apparats groß geworden und kennen Betriebe und Verwaltungen nur durch ihre Betreuungsarbeit.

Beispiel 7:

Die **Evangelische Kirche Hessen-Nassau** will für die 8000 haupt- und nebenamtlichen Kräfte sowie für die 9000 Beschäftigten des Diakonischen Werks die Abkopplung von den Tarifierhöhungen, die die ÖTV anderswo vereinbart, dazu einen einprozentigen Gehaltsverzicht und Verzicht auf die Weihnachtzulage. Bereits beschlossen wurde die Halbierung der Praktikantenvergütung.

Beispiel 8:

Bundesweit werden in den **Kindertagesstätten** die Gruppenstärken auf bis zu 30 erhöht. Personal wird abgebaut. Damit geht es wieder zurück zur Verwahranstalt. Tausende Erzieherinnen, Sozialpädagoginnen usw. stehen auf der Straße.

Beispiel 9:

Städte und Gemeinden — egal ob SPD oder CDU — gehen immer stärker dazu über, Gelder für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen mißbräuchlich in Anspruch zu nehmen. ABM-Kräfte und Sozialhilfeempfänger werden mit Pflichtaufgaben beschäftigt und Dauerarbeitsplätze gestrichen.

Beispiel 10:

Die **Bundesanstalt für Arbeit** beschäftigt mehrere tausend Kräfte mit befristetem Arbeitsvertrag, obwohl klar ist, daß die Arbeitslosigkeit eine Dauererscheinung ist. Ständige Angst um den Arbeitsplatz und Konkurrenz zu den fest Beschäftigten ist die Folge. Wenn die in Vorbereitung befindlichen EDV-Programme voll durchgezogen sind, sitzen sie als erste auf der Straße. ■



Stern- Stunden oder: Allah ist mit den Standhaften

Fünf Tage im Mai war Allah mit den Stern-Redakteuren — zum ersten Mal. Konflikte hatte es genug gegeben, doch hatten sich Chefredaktion und Verlagsleitung jedesmal relativ leicht durchsetzen können. 1974 war ein Redaktionsstatut verabschiedet worden, durch das Redaktion und Beirat, ihr besonderes Vertretungsorgan, weitgehende Mitbestimmungsmöglichkeiten, besonders hinsichtlich der Abberufung und Neubestellung von Chefredakteuren und ihren Stellvertretern, bekamen. Ein Vorläufer dieses Statuts war einige Jahre zuvor der Redaktion von Nannen geschenkt worden. Beileibe nicht aus politischer Überzeugung, nein, schlicht um seinen Sessel zu retten bescherte er der Redaktion, als ein Verkauf an den Bauer-Verlag drohte, diese »Mitbestimmung« als eigene Rückversicherung.

Die Auseinandersetzungen um den Stern bei Gruner + Jahr

Dieses Statut von 1974 hinderte die Verlagsoberen jedoch nicht daran, den damaligen stellvertretenden Chefredakteur Bissinger 1978 fristlos zu feuern. Er war den Anteilseignern Mohn (Bertelsmann ist Mehrheitseigner) und Bucerius (ZEIT-Herausgeber) zu links. Die Reaktion der Redaktion erschöpfte sich in verbalem Protest. Noch während dieser Auseinandersetzung verließ Bissinger das Haus — freiwillig. Dafür bekam er eine siebenstellige Abfindung. Damit war dem Protest die Spitze genommen, auch das Statut war nicht mehr gebrochen, denn er war ja selbst gegangen¹. Die Setzer im Haus waren streikbereit, warteten auf ein Signal. Als nichts kam, ging eine Abordnung in die Redaktionsetagen, um zu erfahren, was denn nun los sei. Da hatten sich alle schon geeinigt, die Setzer waren vergessen, sie bekamen die Reste des kalten Buffets. Das vergaßen sie nicht.

Ende 1978 kündigte die Verlagsleitung das Statut. Die Redaktion hatte nun kein Interesse mehr daran, Statut und Beirat verschwanden, nicht die Konflikte. Viele Redakteure verließen enttäuscht über die schnöde Wirklichkeit dieses »fortschrittliche« Haus, andere wurden gegangen. Zwei Redakteure, die als Betriebsräte engagiert auftraten, sollten gekippt werden. Die aktiven Kollegen aus der Belegschaft

¹ So der Titel des letzten Buches von Peter Scholl-Latour, nunmehr Chefredakteur des Stern.

² Damals schrieb der »Vorwärts«: »Natürlich ist es absolut unfair, die laut Statut und Selbstverständnis zu »Fortschrittlich-liberalen Grundsätzen« verpflichtete Stern-Redaktion mit einer konservativen Regionalzeitung wie dem *Weser-Kurier* zu vergleichen. Am Tag als Henri Nannen seinen Stellvertreter Manfred Bissinger in den fristlosen Urlaub schickte legten in Bremen die Redakteure und Drucker die Arbeit zu einer längeren Diskussionspause nieder. Der Verleger hatte einem politischen Redakteur die Kündigung geschickt, als Repressalie für sein mutiges Auftreten im letzten hausinternen Konflikt. Der Mann sitzt heute noch an seiner Schreibmaschine, und hier spätestens wird klar, warum der Vergleich hinkt: Gemeinsames, womöglich gewerkschaftliches Handeln widerspricht dem liberalen Grundrecht, wonach jedermann seine eigenen Protestbriefe verfassen darf.« (21. 1. 78)

wollten sie verteidigen, konnten dies aber nicht, denn die beiden hatten über Nacht, ohne ein Wort zu sagen, ihre Schreibtische geräumt — wieder hatten dies hohe Abfindungen erreicht.³

Größere Redaktionskonflikte gab es danach nicht mehr. Andere betriebliche Konflikte, wie der um den Rastertarifvertrag 1978, die Verhinderung von Entlassungen im Verwaltungsbereich, die Verhinderung eines Einlaßkontrollsystems, der Lohnabbau im Satzbereich, gingen an der Stern-Redaktion weitgehend vorbei. Zwar sind die meisten der etwa 200 Stern-Redakteure gewerkschaftlich organisiert, doch war dies bisher — mit wenigen Ausnahmen — nur an den jährlichen Computerausdrucken des Hauptvorstandes feststellbar, sie kamen nicht zu Gewerkschaftsversammlungen, auch nicht zu Betriebsversammlungen. Bei einem durchschnittlichen Gehalt von 7—10.000 DM gibt es materielle Konflikte höchstens bei Spesenabrechnungen!

Probleme wachsen eher aus den Arbeitsbedingungen, dem Arbeitsklima heraus. Auf der einen Seite sind Stern-Redakteure nach außen journalistisch sehr selbstbewußt. Nicht nur wegen des (bisherigen) Ansehens des Stern. Durch Bereitstellung hoher und höchster Geldmittel sind sie in der Lage, entsprechend aufzutreten und (nahezu) jede Information und jeden Informanten zu kaufen, möglichst exklusiv (Scheckbuch-Journalismus), gleich, ob es sich um Politik, Sex oder Crime handelt. Da gibt es kaum moralische Grenzen; »Witwenschütteln« nennt der Fachjargon zynisch das Auspressen von unmittelbar Betroffenen einer Tat. Und die »Optik« muß stimmen — der Bildteil. Da wird auch hingenommen, daß zum Beispiel Heidemann sich brüstete, er habe Geiselerchießungen im Biafra-Krieg so lange hinauszögern lassen, bis sie fotografisch festgehalten werden konnten.

Auf der anderen Seite werden sie von arroganten, selbstgefälligen Chefredakteuren oft wie Schulbuben behandelt. Viele Geschichten, auch die interessantesten und arbeitsintensivsten, wandern in den Papierkorb, sei es, weil die Optik nicht stimmt, also attraktive Bilder fehlen, weil Schlagzeilenträchtigeres vorliegt oder wegen der »Ausgewogenheit« des Heftes, der Mischung von Information und Unterhaltung. Auf dem Hintergrund individuellen Arbeitens führt dies zur Konkurrenz darum, wer wieviel Geschichten ins Heft bringt. Dieser nur marktbezogene Umgang mit Informationen und Meinungen bringt ausgeprägten Zynismus hervor.

Mit der inhaltlichen Gestaltung eines Heftes haben sie meist nichts zu tun. Sie liefern nur die Artikel, die verwandt werden — oder nicht. Oder, wie sie selbst sagen, die Füllsel zwischen den Anzeigen, denn die sind das Geschäft, nicht der Verkaufserlös. Nur zuweilen wird Zensur offen sichtbar. So, wenn der Aufsichtsrat nach dem Artikel »Atomrampe Deutschland« der Redaktion eine »wohlwollend kritische Haltung« zur Nato empfiehlt; wenn aus Rücksicht auf Anzeigenkunden in Texte eingegriffen wird, aus Rücksicht auf die Tabakindustrie ein Absatz gegen das Rauchen verschwindet, aus Rücksicht auf BASF ein Buch über Umweltverschmutzung der Elbe aus dem Programm verschwindet.

»Geil wie Nachbars Lumpi!«

So wächst Unmut, Unbehagen, aber nicht stark genug, um sich zu artikulieren. Dann kam Hitler. Der Hintergrund ist zunächst wohl schlicht ein ökonomischer. Gruner + Jahr lebt vom Stern, der Stern vom Sensationsjournalismus, und »Neues vom Führer« läßt sich zur Zeit glänzend vermarkten. In der Redaktion wurde gewitzelt:

*»Deutsche haben Adolf gern
Adolf ist das Kind vom STERN.
Adolf kommt ins Haus gelaufen,
brauchst dir nur den STERN zu kaufen.«*

Den Stern, halt nicht die Bunte oder Quick. Der Markt wird enger, die Konkurrenz, vor allem zu Bauer und Burda, härter; Expansion, Erschließung neuer Käuferschichten durch neue Objekte — die bisherige Verlagsphilosophie — ist kaum noch möglich. Alarmzeichen sind stagnierende Auflagenzahlen und sinkendes Anzeigenaufkommen. Mit dem Neue-

Heimat-Skandal — die Unterlagen waren zunächst dem Stern angeboten worden — und den Flick-Spenden hatte der Spiegel das Geschäft gemacht.

Jetzt wurde auf Hitler gesetzt. Das journalistische Vorgehen war stümperhaft (darüber ist genug geschrieben worden). Aber wie konnte das passieren? Schulte-Hillen, Vorstandsvorsitzender, sein Vorgänger Fischer, Herausgeber Nannen — sie alle erklären, das sensationelle Material habe sie fasziniert, habe suggestive Wirkung gehabt. Es wird geradezu sinnlich vorstellbar — die Faszination des Profits. Denn es wäre ein Mordsreibach geworden: erstmal für den Stern, Verkauf des Fernsehfilms, anschließend deutsche Buchproduktion, der Verkauf der Rechte ins Ausland, erstmal an die Presse, dann über Bertelsmann-Filialen Buchverkauf im Ausland.

Für den amerikanischen Markt war ein Buch über die Hess-Passagen schon fertig. »*Fucking cowboy*« nannte der australische Pressezar Rupert Murdoch den Vorstandsvorsitzenden Schulte-Hillen, als der den Preis für die Tagebücher in maßloser Gier von den verabredeten 3,75 Millionen Dollar auf 4,25 Millionen emporhievte... (Mohn, Nannen, etc.) waren »geil wie Nachbars Lumpi!« als sie die Tagebücher in ihrer Finger bekamen« (ZEIT, 20. 5.) Profit-geil war auch Murdoch. Sein englisches Presse-Flaggschiff ist die defizitäre »Times«, die gegenüber ihrem Hauptkonkurrenten, dem »Guardian«, Marktanteile verliert. Nun fügte es sich schön, daß Mitherausgeber der »Times« der »renommierte« englische Historiker Trevor-Roper ist. Auch er war merkwürdigerweise so fasziniert, daß er die Tagebücher für echt befand. Für den amerikanischen Markt wurde noch ein amerikanischer Historiker befragt.

Der Tanz ums goldene Kalb

Damit die Überraschung dem Stern nicht weglief, war Geheimhaltung vereinbart, sie wurde auch gegenüber der Redaktion eingehalten. Doch die »Times« lechzte nach dem Geschäft, bereitete die Veröffentlichung vor. Innerhalb weniger Tage mußte der Stern nachziehen. Es folgten Tage eines makabren Tanzes um das Goldene Kalb, die Verlags-Schamanen verbrannten Weihrauch, bliesen ihre Backen auf und sangen das Hohelied; Springer holte sich einen eigenen Schamanen, David Irving, die bürgerlichen Historiker heulten, sie seien doch die Oberpriester. Die Redakteure standen unsicher drum herum. Einige tanzten schnell mit, viele wiegten sich nur ein bißchen (das Kalb hatte nicht nur eine goldene Nase, sondern auch den Heiligenschein des Sensationellen, das strahlt über), andere standen unsicher, abwartend abseits, wenige wandten sich ab.

Nach seinem anmaßenden Fernsehauftritt wurde der Chefredakteur Peter Koch in der Redaktionskonferenz noch beklatscht. Dennoch blieb ein unklares Unbehagen, irgendetwas mußte faul sein. Auf der Redaktionskonferenz am 6. Mai, zwei Stunden vor der enthüllenden Bundesarchiv-Konferenz wurden erste Zweifel artikuliert, von einigen der politische Anspruch kritisiert, die Geschichte müsse umgeschrieben werden. Diese Kollegen wurden vom Chefredakteur Felix Schmidt abgeburstet, sie sollten sich einen anderen Arbeitsplatz suchen. Mittags platzte die Bombe.

Am nächsten Tag melden die Presseagenturen den Rücktritt der beiden Chefredakteure Koch und Schmidt. Sie erhielten eine Abfindung von je drei Millionen Mark. Diese »Großzügigkeit« hat ihren Grund: Damit wird ihr Stillschweigen über die Hintergründe, über die Verantwortlichkeit auch der Konzernspitze erkaufte, es ist die lohnende Bezahlung für die Rolle als Sündenbock.

Am Sonntag, dem 8. Mai, findet eine Redaktions-Vollversammlung statt. Jetzt kommt wieder die Forderung nach Beirat und Redaktionsstatut auf. »Es soll die fortschrittlich-liberale Haltung des STERN festschreiben und die Unabhängigkeit der Redaktion gegenüber dem Verlag garantieren. So soll dafür gesorgt werden, daß solch eine Katastrophe nicht noch einmal passieren kann« (Stern 26. 5.) Weitere personelle Konsequenzen werden diskutiert. Doch nur 8 Kollegen fordern den Rücktritt des Vorstandsvorsitzenden. Die mehrheitliche Stimmung ist, zusammen mit Nannen den Karren aus dem Dreck zu ziehen. So wird dann in den nächsten Tagen trotz aller Erregung normal weiter gearbeitet.

³ Beide gingen, wie Bissinger, zu »konkret«

Die Wende

Sie streckten ihre Hand aus — und bekamen fünf Tage später eine Ohrfeige. Auf der Redaktionskonferenz, Freitag den 13., verkündeten Nannen und Schulte-Hillen, neue Chefredakteure seien die Herren Johannes Groß (bisher Herausgeber der Gruner + Jahr-Zeitschriften Capital und Impulse) und Peter Scholl-Latour (ZDF-Korrespondent). Beide würden, neben Nannen, zusätzlich Herausgeber und auch Vorstandsmitglieder⁴. Diese Koppelung war neu. In einer geheimen Sitzung hatten tags zuvor die Anteilseigner Mohn, Bucerius und Jahr mit Vorstandsmitgliedern diese »Lösung« beschlossen. Die Verlagsleitung hatte nach ihren Erfahrungen mit der Redaktion wohl geglaubt, dies — vielleicht unter veralem Protest — und nun wurde ihnen wieder ihre Bedeutungslosigkeit beschneigt. Dazu ausgerechnet diese beiden Namen — ein Hohn auf ihr (nie näher definiertes) »fortschrittlich-liberales« Selbstverständnis. Obendrein fühlten sie sich schmachlich verraten von ihrem »Übervater« Nannen. Dem Schock folgte der Proteststurm aller, einige mit Tränen in den Augen. Dann mußten Nannen und Schulte-Hillen den Raum verlassen.

Das ist die »Wende«, das war klar. Ab diesem Tag war die Hitler-Affäre in den Hintergrund gerückt. Die »Zeit« schrieb am 20. Mai: *»In Bonn schlugen sich die regierenden Christdemokraten vor Begeisterung auf die Schenkel. Unter ihren Zungen bildeten sich Plätzchen. Endlich!... Nun vermutet sie (die CDU/CSU), daß der himmlische Frieden wiederhergestellt ist. Die beiden neuen Chefredakteure, davon geht das amtliche Bonn aus, werden mit den Öko-Freaks im STERN aufräumen, werden Petra Kelly und General Bastian nicht ständig ins Blatt heben, werden die Raketen nicht verdammen, dafür die Amerikaner hätscheln und den Demonstranten auf die Finger klopfen. Schon nach dem Sturz Helmut Schmidts, im Oktober vergangenen Jahres, habe die Bonner Szene ein Signal aus Gütersloh erreicht, dem Sinne nach: Wir wollen die Richtung des STERN verändern, aber geduldet euch bis nach den Wahlen im März. Wäre nicht der Hitler Kladderadatsch gekommen, die Spitze des Hauses hätte wohl einen anderen Grund gesucht, um die Chefredaktion abzulösen und mit neuen Männern eine neue Richtung einzuschlagen.«*

Das »Geheimnis einer erfolgreichen Illustrierten«

Nun wird auch diesem Massenblatt, letzter größerer Pressevertreter der sozialliberalen Linie, Anpassung an die jetzt herrschende politische Richtung verordnet. Ganz so überraschend war das nicht. Noch am Tag der Bundestagswahl schrieb Nannen einen »Offenen Brief an Helmut Kohl«. Er begann: *»Ihr Wahlspruch hieß: ‚Miteinander schaffen wir's‘. Gewiß, da liegt viel Hoffnung drin, aber wir wären schlechte Demokraten, wenn wir uns diesem ‚Miteinander‘ entziehen würden.«* Und endete: *»Ich wünsche Ihnen, Herr Bundeskanzler, eine ebenso behutsame wie starke Hand in ihrem Amt. Und wenn wir sie gelegentlich kritisieren, so gestehen Sie auch uns zu, daß wir es um des gemeinsamen Zieles willen tun. Herzlichst Ihr Henri Nannen.«*

Als Vertreter der sozialliberalen Linie galt der bisherige Chefredakteur Koch, seine Stellung galt schon seit Monaten als gefährdet. Makaber, daß er seinen Sessel ausgerechnet mit der Veröffentlichung der Hitler-Tagebücher retten wollte. Das sind die sozial-liberalen Stützen der Pressefreiheit, der

⁴ Dem Vorstand unterstehen alle Unternehmensbereiche von Gruner und Jahr. Der Stern ist nur ein Verlagsobjekt, an seiner Spitze der Herausgeber (jetzt: drei Herausgeber), dann die Chefredakteure (bisher drei, jetzt zwei). Die bisherigen Chefredakteure waren nicht gleichzeitig Herausgeber und Vorstandsmitglieder. Zu Gruner und Jahr gehören noch: — in Hamburg die Zeitschriften Brigitte, Schöner Wohnen, Essen und Trinken, Art, Geo, Nicole, sodann sitzt hier die Verwaltung, die Satztechnik/Repro (zusammen etwa 1.800 Kollegen) — in Itzehoe die Druckerei — in München die Objekte Eltern, PM, Yps — in Köln Impulse und Capital — Verlagsobjekte in Frankreich, Spanien und USA. Mehrheitsgesellschafter mit 74,9 Prozent ist Reinhard Mohn (Bertelsmann)

Demokratie! In diesem politischen Sumpf sind sie standhaft wie ein Rohr im Wind.

Diese politische Wende hat ihre ökonomische Grundlage. Die »Welt« schreibt: »Groß als bisheriger Herausgeber des Wirtschaftsmagazins ‚Capital‘ wird die Aufgabe übernehmen, die zahlreichen Anzeigenkunden bei der Stange zu halten.« Das zeigt die Richtung an, ist aber nicht das Entscheidende. Die Anzeigenkunden interessieren in der Regel nur die nüchternen Zahlen: Auflage, Verbreitung, Käuferschichten etc. (Fälle wie MM-Sekt, die drohten, bei Durchsetzung der Redaktionsforderungen die Anzeigen zu streichen, sind Ausnahmen). Das politische Signal der Bundestagswahl wird auf der Marktebene als gewandeltes Käuferinteresse interpretiert, dem sich die Produkte — und hier sind es halt Zeitschriften, und damit Meinungen — anzupassen haben, zumal in dieser Wirtschaftslage.

Die ZEIT schreibt dazu ganz treffend: *»Als es die Zeit gebot, war er (Nannen) ein glühender Antikommunist, aber als der Wind sich drehte, trat er für den Ausgleich mit dem Osten ein und ließ sich bei der Vertragsunterzeichnung in Warschau von Willy Brandt als publizistischer Statist anheuern. Er war ein Vertreter der Marktwirtschaft, wie Ludwig Erhard sich ihn verschiedener nicht wünschen konnte, aber als es opportun wurde, ans Umverteilen zu denken und sozial zu werden, marschierte Henri Nannen an der Spitze. Wie kein zweiter verstand er es, stets in der Strömung der Zeit zu schwimmen und im Trend der Mode zu liegen. Wäre Henri Nannen noch der alte, der Wind im Stern hätte sich schon längst wieder gedreht. Um die politische Wende hätte es nie eine Diskussion gegeben: Nannen hätte als erster begriffen, daß zu Helmut Kohl als Kanzler besser die heile Familie und die Freude am Leben passen als Raketen, Atomkraftwerke und Öko-Freaks. Mit Gesinnungslosigkeit hat das nichts zu tun, dafür um so mehr mit den Geheimnissen einer erfolgreichen Illustrierten.«* (20. 5.). Da fehlt nur noch der nächste logische Schritt: daß die Marktwirtschaft, auch die soziale, alle Phrasen von Pressefreiheit lächerlich macht und Lumpenjournalie produziert.

Inwieweit übrigens Regierungsstellen beim Hitler-Aufgub nachgeholfen haben, um ein Massenblatt sozialliberaler Tendenz zu schwächen, muß hier offenbleiben. Anlaß zu solchen Vermutungen gibt die Frage des ehemaligen Nürnberger Chefanklägers Robert W. Kempner, *»warum die im Bundeskanzleramt tätigen Aufsichtsbeamten der bundesdeutschen Geheimdienste die Veröffentlichung dieses Mischmaschs wegen seiner politischen Gefährlichkeit nicht haben verhindern können. Sie waren im Jahre 1981... durch das Verteidigungsministerium auf die Stern-Bemühungen um diese pseudo-literarischen Erzeugnisse hingewiesen worden, haben jedoch darauf nichts veranlaßt.«* (IG-Metall 13. 5.).

Kämpfen — aber wie?

Zurück zum Geschehen: Die Konfrontation war da. Am Freitagabend noch versammelt sich die Redaktion in der Kantine und verabschiedet eine Resolution, in der die Berufung abgelehnt und die Trennung von Chefredakteurs- und Vorstandsposten verlangt wird. Die Koppelung sei der institutionalisierte Eingriff der Geschäftsleitung in die innere Pressefreiheit der Redaktion.

Dem Verlag wird ein Ultimatum für Sonntag 14 Uhr gestellt. Aber was tun? Was tun in der Zwischenzeit, was nach Ablauf des Ultimatums? Streik? Die Belehrung eines Betriebsrats über die Rechtslage reicht, um das zu vergessen, zu groß ist die Angst um den Arbeitsplatz. Da hilft auch nicht der schüchterne Einwand einer Redakteurin, Geschlossenheit habe schon anderen Redaktionen Erfolg gebracht. Aber was sonst? Die Verwirrung ist groß, vorgeschlagen wird, eine eigene »alternative« Chefredaktion zu benennen, jetzt gemeinsam einen besonders guten Stern zu machen, damit zu zeigen, daß man »die« gar nicht braucht. Einwand: *»Aber das merkt doch keiner!«* Erledigt.

Was tun, wenn die Verlagsleitung die Benennung der neuen Chefredakteure bis Sonntag ins Blatt bringt? *»Wir brauchen die Setzer!«* Da erzählt ihnen der Betriebsrat der Setzer von ihren einschlägigen Erfahrungen mit der Redaktion (siehe oben); erzählte, daß wenige Monate zuvor die Setzer wegen Gehaltskürzungen (bis zu 600,- DM) Flugblätter verteilt hatten, die Redakteure hatte das nicht interessiert. Betretene Gesichter. Erledigt.

Dann tritt ein Schlußredakteur auf: Ihr redet hier großartig von Kampfmaßnahmen. Wißt ihr eigentlich, wie das Blatt technisch gemacht wird? Ganz abgesehen davon, daß es außerhalb des Hauses erstellt werden kann, die neue Technik macht's auch möglich, es mit nur wenigen Leuten im Hause herzustellen. Wie wollt ihr verhindern, daß einzelnen Grafikern oder Schlußredakteuren persönlich befohlen wird, Artikel über den Computer fertig zu machen? Es gibt nur die Alternative: Besetzung oder Kapitulation. — Die Mienen wurden lang und länger, ungeahnte Dimensionen traten auf. Man einigte sich, rund um die Uhr eine Stallwache oder Besetzung einzurichten, um über ein mögliches Geleitwort über die neuen Chefredakteure informiert zu sein, dann notfalls alle Kollegen zusammenholen zu können und um zu verhindern, daß einzelne zum Eingeben von Artikeln gezwungen werden könnten. Über weitere Kampfmaßnahmen sollte der vorläufige Beirat beraten.

Am folgenden Tag zeigt ein erstes Gespräch des Beirats mit Groß und Scholl-Latour, daß sie auch gegen den erklärten Willen aller Redakteure ihr Amt antreten wollen. Auf seine politische Linie angesprochen erwidert Groß: Sie glauben doch nicht, daß ich im Stern so schreibe wie in Capital? (Die FAZ veröffentlichte am Mittwoch darauf den Spruch von Groß: »Gegen alle Pessimisten: Wir sind eine echte Demokratie geworden. Das Gesindel darf nicht nur überall mitreden, es führt das große Wort.«) Gesinnung ist also nur eine Frage des Preises.

Lehrstunden des Arbeitskampfes

Zur gleichen Zeit entwerfen die Vertrauensleute aller Bereiche ein Flugblatt, um am Montag die Kollegen im ganzen Betrieb zu informieren. Überhaupt war die Einbeziehung der anderen Abteilungen die Hauptaufgabe der Vertrauensleute. Abends trifft sich der Beirat mit einigen Betriebsräten, Vertrauensleuten und dem IG Druck-Landesbezirksvorsitzenden. Die mit betrieblichen Auseinandersetzungen völlig unerfahrenen Redakteure holen sich hier Rat, wie sie vorgehen können. Man einigt sich, den Redakteuren am Sonntag die Einberufung einer Stern-Abteilungsversammlung durch den Betriebsrat wegen Störung des Betriebsfriedens für Montag vorzuschlagen, abgedeckt durch das Betriebsverfassungsgesetz.

Die Vollversammlung am Sonntag, vorbereitet durch den Beirat, verläuft dann auch wesentlich disziplinierter und zielgerichteter. Am nächsten Tag soll die Abteilungsversammlung stattfinden, der Beirat betont noch einmal: Dies sind keine illegalen Aktionen, ist kein Streik! Der Abteilungsversammlung soll am Dienstag eine (schon eine Woche vorher noch einvernehmlich mit der Geschäftsleitung beschlossene) außerordentliche Betriebsversammlung folgen. Beide Versammlungen können ja lange dauern. Nun wird auch der Rücktritt von Nannen und Schulte-Hillen gefordert. Sollte die Verlagsleitung eine einseitige Erklärung ins Heft bringen, glaubt man dies nicht verhindern zu können. Dann soll auch eine eigene Erklärung rein, bei Ablehnung eben als Anzeige in eine Tageszeitung. Ein Anwalt wird noch beauftragt, rechtliche Klagemöglichkeiten zu prüfen. Am Abend organisiert die DJU⁵ einen kleinen Fackelzug vor dem Redaktionshaus. Neben Standardreden, wie der von Freimut Duve, und Standardparolen, wie »Rettet den Stern«, war hörensenswert die Aussage des Beiratssprechers Fabian: »Es geht nicht mehr, daß Stern-Redakteure Pressefreiheit woanders verlangen, woanders Skandale aufdecken aber nicht im eigenen Haus!«

Auf der Stern-Abteilungsversammlung am nächsten Tag wird ausführlich die Geschichte der Hitler-Tagebücher besprochen. Es kommen Einzelheiten ans Licht, die die Empörung weiter steigern. Zum Beispiel erfuhr Schulte-Hillen am Tag vor der BKA-Presskonferenz von dem in New York weilenden Chefredakteur Koch, der dortige Schriftsachverständige habe die Tagebücher glaubhaft als Fälschung entlarvt. Dennoch ließ Schulte-Hillen den Druck nicht stoppen. Es wird auch bekannt, daß die Verlagsleitung die zugesagte interne Aufklärung sabotiert.

Am gleichen Morgen verteilen Vertrauensleute und einzelne Kollegen ein Informationsblatt an die gesamte Belegschaft. Sie versuchen, andere Abteilungen zu Solidaritätsaktionen zu



Mit der Drohung, er hole die Polizei, hatte der Betriebsratsvorsitzende den Herausgeber Henri Nannen bis an die Tür des überfüllten Gewerkschaftssaales getrieben. Dort stand er nun. Ein Kollege aus der Technik meinte zu dem spektakulären »Hinauswurf« durch den BR-Vorsitzenden, sein wichtigster Effekt sei seine Propagandawirkung für die nächste Wahl zum Betriebsrat im Verlag.

bewegen. In der Tat wird fast überall die Situation diskutiert. Mehrere Abteilungen, vor allem die anderen Redaktionen des Verlages, beantragen Abteilungsversammlungen wegen Störung des Betriebsfriedens. Die Unruhe greift aufs ganze Haus über.

Am Nachmittag trifft sich der Beirat mit Mohn. Der bleibt hart. Dabei fallen die aufschlußreichen Sätze: »Wenn's Haus brennt, dann brennt es eben« (Mohn) und »Die Familie Jahr (Anteilseigner) wird noch Sekt trinken können, auch wenn es den Stern nicht mehr gibt«. Am späten Nachmittag informieren die Vertrauensleute die zu dieser Zeit tagende Delegiertenversammlung des Ortsvereins der IG Druck über die Lage. Diese beschließt, am übernächsten Tag eine Solidaritätsdemonstration zu organisieren.

Dienstag morgen ist Betriebsversammlung im Audimax der Universität. Der Saal ist gerammelt voll, fast der ganze Betrieb ist da — zum ersten Mal. Es wird die bis dahin turbulenteste Versammlung. Der Vorstandsvorsitzende Schulte-Hillen ist vor lauter Zwischenrufen, Pfeifen, Johlen und Sprechchören kaum in der Lage, seinen Bericht zu halten. Schulte-Hillen: »Alle haben sich täuschen lassen.« Zwischenruf: »Sicherungskasten auswechseln!« Schulte-Hillen: »9,34 Millionen sind für die Bücher ausgegeben worden.« Zwischenruf: »Warum hat denn niemand die Bücher geprüft?« Schulte-Hillen: »Dazu komm ich noch.« Zwischenruf: »Eben nicht!« Schulte-Hillen: »Wir waren auf der Fahrt in den Abgrund.« Zwischenruf: »Und sie geben Gas!« Schulte-Hillen: »Wir mußten schnell handeln.« Sprechchor: »Rücktritt! Rücktritt! Rücktritt!« Die Redakteure:

»Hat Willy Brandt etwa seinen Pförtner entlassen, als Guillaume entdeckt wurde? Wenn Sie Scholl-Latour nur aus dem Fernsehen kennen, warum nehmen Sie nicht gleich J. R.⁶? Sie sind ein Stümper!« Eine Redakteurin: »Sie haben nicht mit Widerstand gerechnet. Wir haben uns bisher auch nicht gewehrt, aber das ist vorbei!« Eine andere: »Ich will morgen noch in den Spiegel sehen können.« Und zu Nannen: »Nannen ist ein großer Mann, der von kleinen Leuten, die das große Geld haben, klein gekriegt worden ist.«

Nannen selbst geht nach vorn. Anfangs wird er noch beklatscht. Doch je mehr er die Vorstandsentscheidung rechtfertigt, desto mehr wird auch er angegriffen. »Rücktritt! Rücktritt!« Schließlich erklärt sich Schulte-Hillen bereit zu verhandeln. Ein Durchbruch scheint erreicht.

Nachmittags wird die Betriebsversammlung im Gewerkschaftshaus fortgesetzt. Wieder ist der Saal voll. Schulte-Hillen und Nannen bereiten sich derweil auf die Verhandlungen vor. Dafür wird die zweite Garnitur der Verlagsleitung auseinandergenommen. Sie kann nur noch stottern und gibt ein erbärmliches Bild ab. Um 17.30 Uhr wird die Versammlung unterbrochen, Donnerstag morgen soll sie weitergeführt werden.

⁵ Deutsche Journalisten-Union in der IG Druck und Papier

⁶ der Star aus »Dallas«



Eine Redaktionsversammlung in der Kantine von Gruner + Jahr. Die Demonstration des Ortsvereins der IG Druck und Papier

Warum unterstützte die Mehrheit der Belegschaft eigentlich die Stern-Redakteure? Hatten die sich doch in der Vergangenheit einen Dreck um sie gekümmert! Und können sich etwa die Angestellten ihre Chefs aussuchen? Da kommen mehrere Ursachen zusammen: Erst einmal gibt es traditionell eine starke Identifizierung mit diesem Blatt, alle sonnen sich ökonomisch — der Stern ist das Flaggship — und ideell — man arbeitet nicht bei Gruner und Jahr, sondern beim Stern — in seinem Licht. Die Hitler-Vorfälle empörten alle: wie konnten »die« so leichtsinnig handeln! Und dann dieser Umgang mit dem Geld! **Da** kommts auf ein paar Millionen nicht an, bei uns aber fangen sie an zu knausern. **Da** schmiß Schulte-Hillen mit Geld um sich, angetreten hatte er sein Amt aber als Sparkommissar (daher sein Spitzname »Bindestrich«, Schulte und Hillen wurde eingespart). Jede nennenswerte Geldausgabe mußte über seinen Tisch gehen, jede zu besetzende Stelle von ihm bewilligt werden — es wurde auch bald keine mehr bewilligt. Sogar die Bewirtungskexke wurden gestrichen. Das alles hatte zu einer schleichenden Arbeitsintensivierung geführt.

Dazu kam über Nacht eine unbestimmte Angst um den Arbeitsplatz. Bisher stand der Verlag immer blendend da. Zwar wurde auch hier rationalisiert, wurden neue Technologien eingeführt. Doch war dadurch noch kaum jemand entlassen worden, alles wurde über »natürliche Fluktuation« geregelt, in wenigen Fällen ein Ausscheiden durch Abfindung versilbert. Und nun — wie ein Blitz aus heiterem Himmel — war die Zukunft des Stern unsicher geworden. All dies zusammengekommen hatte bewirkt, daß sogar leitende Angestellte von dieser Stimmung mitgezogen worden.

Die folgende Nacht dagegen gleicht einer Tragikomödie, allerdings abgeschrieben aus einem Unternehmerhandbuch für Arbeitskämpfe, Seite eins. Die Verlagsleitung ist erst gegen 22 Uhr bereit, das Gespräch aufzunehmen, 9 Stunden hatte sie Zeit, sich vorzubereiten. Die Redaktion hatte drei Ziele:

- Weg mit Groß und Scholl-Latour
- Trennung von Chefredaktion und Verlagsleitung
- Ein neues Statut und Beirat.

Ungeklärt blieb die Prioritätensetzung bei diesen Punkten. Gegen 23 Uhr zeichnet sich ein »Kompromiß« ab: die Position von Groß wird verhandelbar.

Jetzt hat es die Geschäftsleitung plötzlich sehr eilig, man müsse gleich abschließen, denn am nächsten Tag sei

Aufsichtsratssitzung. Zusätzlich fordert sie vom Beirat absolutes Stillschweigen über diese »Lösung« gegenüber der Redaktion und gleichzeitig das absolute Mandat des Beirats zum Abschließen dieser Vereinbarung (!). Der Beirat — sagt zu.

Um Mitternacht werden alle Redakteure zusammengerufen. Sie sind übermüdet, genervt, unsicher, die Diskussion wird entsprechend emotionsgeladen und hektisch. Die Minderheit, dazu gehören zwei Beiratsmitglieder, will sich nicht unter diesen Zeitdruck setzen lassen, lehnt auch den Blankoscheck für den Beirat ab. Die Mehrheit jedoch glaubt, nicht mehr herausholen zu können und hat Angst vor der Eskalation. Mit 89 zu 39 Stimmen wird dem Beirat ein Blankoscheck zum Abschluß erteilt, ohne über eine Kompromißlösung informiert zu sein.

Doch allen verbleibt ein unsicheres Gefühl. Der Beirat zieht sich zurück. Die Diskussionen gehen weiter, die Stimmung beginnt umzuschlagen: War das Abstimmungsergebnis nicht doch ein Fehler? Hat der Beirat schon unterzeichnet? und was? Der Beirat, der noch gar nicht weiter verhandelte, sondern die eigene Position klärte, wird zurückgeholt. Die Situation droht chaotisch zu werden, der Beirat beginnt auseinanderzubrechen. So wird dem Beirat wieder das Vertrauen ausgesprochen. Als er zum Verhandlungsabschluß in die Chefetage kommt, hört er — daß der Vorstand längst schlafen gegangen ist.

Die Angst vor dem Feuer

Am Mittwoch morgen, nur 3 1/2 Stunden später, gehen die Verhandlungen weiter, ebenso die Abteilungsversammlungen, sowohl der Stern-Redaktion wie auch anderer Abteilungen. Gegen Mittag einigen sich Beirat und Verlagsleitung auf folgenden Kompromiß: Groß wird »nur« Vorstandsmitglied, Scholl-Latour dagegen Chefredakteur, Herausgeber und Vorstandsmitglied. Dann überschlagen sich wieder die Ereignisse. Der einzige verbliebene alte Chefredakteur Gillhausen stößt aus dem Krankenhaus dazu. Er legt sein — vertraglich ihm zustehendes — Veto gegen die Ernennung der neuen Chefredakteure ein (er war gar nicht gefragt worden) und bringt eine Einstweilige Verfügung dagegen mit. Ohne seine Unterschrift geht nichts. Dann dringt eine Delegation der leitenden Angestellten in den Verhandlungsraum und fordert, der Beirat solle sich erst mit der Redaktion verständigen, alle Entscheidungen müßten auf breiter Basis

»Kannst du dir was unter 'ner symbolischen Besetzung vorstellen?«

Die Setzerei von Gruner und Jahr beschäftigte vor wenigen Jahren noch mehr als 160 Kollegen. Durch Pensionierung, Arbeitsplatzwechsel und von der Firma geförderten Wechsel in die verschiedenen Redaktionen des Hauses sind in der nunmehrigen Satztechnik noch etwa 70 Kollegen beschäftigt. Sie stellen im Fotosatz die Texte für die Zeitschriften »Brigitte«, »Schöner Wohnen«, »Stern«, »essen und trinken« und die Wochenzeitung »Die Zeit« her.

Während der Auseinandersetzung um die Tarifierung der Arbeit im Fotosatz um 1978 waren die gewerkschaftlich Aktiven der G+J-Setzerei und ihre Betriebsräte entscheidend daran beteiligt, die Gewerkschaftsmitglieder — soweit sie sie erreichen konnten — über die weitreichenden Folgen dieser Satztechnik (und neuer Repro-Techniken) aufzuklären.

Anlässlich der Auseinandersetzung in der Stern-Redaktion wollten wir wissen, wie die G+J-Setzer darüber dachten.

Arpo: Was passierte eigentlich in der Setzerei, als es in der Redaktion losging?

Setzer: Als die Journalisten mit den Flugblättern zum Schichtwechsel in die Setzerei kamen, merkte und befürchtete die Abteilungsleitung natürlich, daß hier in irgendeiner Form Solidarität hergestellt werden sollte. Konkret passiert ist: 5—6 Redakteure kamen in die Setzerei, haben mit den Setzern gesprochen und sich bei ihnen entschuldigt, daß sie, als die Setzer vor der Kantine ihre Flugblätter verteilten wegen dieser Arbeitszeitveränderung, daß sie diesen Setzern keine Beachtung geschenkt haben. Wir hatten in den letzten Monaten ja unsere Aktionen wegen der von der Geschäftsleitung verlangten Änderung der Arbeitszeit gehabt.

Arpo: Sind sie von alleine darauf gekommen, die Aktionen der Setzer nachträglich zu registrieren?

Setzer: Möglich ist, daß Betriebsräte von uns, die oben in der Redaktion die Diskussion verfolgten, schon darauf hingewiesen haben: Seht mal, wir haben ja vor 6 Wochen einen Kampf ausgetragen, und die Setzer haben nicht vergessen, wie borniert ihr reagiert habt, als wir Euch — also die Redakteure — informieren wollten, nur wenige haben das Flugblatt genommen. Die Redakteure haben den Setzern dann erzählt, was oben in der Redaktion in den letzten Tagen passiert war. In der Setzerei war zuvor ein Aushang gemacht worden, daß die Abteilungsleitung nichts dagegen hätte, wenn die Setzer zu den Betriebsversammlungen des Verlages gehen würden — daß die Arbeit für unsere anderen Kunden (wir stellen ja eine ganze Reihe von Zeitschriften neben dem Stern her) deswegen aber nicht vernachlässigt werden dürften.

Für den Fertigungsleiter in der Satztechnik, Dr. Langefeld, war die Situation auch nicht einfach. Er tanzte mit hochrotem Kopf hin und her. Schließlich traten ihm mit den Redakteuren quasi Seinesgleichen gegenüber. Meistens sind solche Leute ja irgendwie akademisch ausgebildet, und das werden bei uns eben Redakteure oder Vorgesetzte. Und nun traten dem Dr. Langefeld eben solche Leute, die vielleicht auch akademisch ausgebildet waren, gegenüber — jetzt aber als für ihre Interessen Kämpfende.

Er wußte nicht, wie er mit denen umgehen sollte. Er drohte ihnen dann, wenn sie in 10 Minuten nicht gehen würden, würde er sie rausschmeißen. Er fragte dann einen Redakteur: »Wer sind sie denn, was wollen sie denn hier?« — Und der sagte so: »Jaaa, wir sind hier aus der Redaktion, das ist alles individuell...«.

Wißt Ihr, das ist so ein Kernpunkt der ganzen Ereignisse, diese Äußerung: Da oben versteht sich eben jeder als ganz besonderes Individuum, als schöpferischer Mensch. Und das

muß man sich mal vorstellen, das sagen und betonen sie noch in der Situation, wo sie das erste Mal, wo sie genau über diesen Zustand hinauskommen und als Gleiche unter Gleichen gemeinsames unternehmen. Ich glaube da oben in der Redaktion wird das mit dem individuellen Denken auch ganz bewußt gefördert, um die Leute auseinanderzuhalten.

Arpo: Was habt Ihr konkret gemacht?

Setzer: Die Setzer haben sich schon solidarisch erklärt. Doch in der gleichen Nacht hat sich ereignet, daß die oben in der Redaktion mit zwei Drittel der Stimmen der Vollversammlung der Verhandlungskommission eine Blankovollmacht erteilten dafür, daß sie einen Abschluß unterschreiben dürfen. Da sind die in derselben Nacht wieder runtergekommen, diese aktiven Redakteure aus der Redaktion, die ja endlich den Weg in die Setzerei gefunden hatten. Da haben sie uns gesagt, bezüglich dieser Abstimmung, wir sind verschaukelt worden.

Weißt Du, wir haben auch erst hinterher ganz verstanden, was da oben gelaufen ist. Die Redakteure haben das ja eine symbolische Besetzung genannt. Kannst Du Dir was darunter vorstellen? Das ist doch so: Wenn wir die Arbeit niederlegen, dann passiert nichts mehr durch uns, das geht doch gar nicht anders: entweder — oder. Da gibt's doch nichts Symbolisches. Bei uns in der Setzerei ist das doch auch so: All schon wenn ein Betriebsrat mal informieren will über den Stand der Verhandlungen oder so, und der stellt sich dann hin und erzählt, schon steht so'n Aufpasser dabei und sieht und hört alles.

Und dann die symbolische Besetzung in der Redaktion: Die konnten telefonieren, die konnten überall rumlaufen, sich im Hause versammeln, die Einrichtungen benutzen — das hat alles nicht gestört.

Setzer: Wir Setzer haben jahrelange Erfahrungen mit der Geschäftsleitung, wir sind total desillusioniert, wir machen uns doch keine Hoffnungen mehr, daß sie uns ohne Druck irgendwelche Zugeständnisse machen werden, die sind vollkommen rücksichtslos. 15 Jahre waren wir gut, diese Schichten und diese Feiertage zu machen für die Entwicklung des Geschäfts, jetzt wird der Lohn abgebaut, indem die Sonntagsarbeit — mit Hilfe der neuen Technik — gestrichen wird, das heißt ja aus der Sicht des Lohnempfängers 600 Mark weniger im Monat.

Arpo: Ihr führt doch einen Prozeß darum, daß die Geschäftsleitung das Betriebsrats-Info bezahlen soll, das geht doch um ca. 80 DM im Monat, wie ist der Stand dort?

Setzer: Das bezahlen sie seit kurzer Zeit!

Arpo: Das ist also ein Erfolg der Auseinandersetzungen?

Setzer: Das ist zweifellos ein Erfolg. Da ist auf einer Betriebsversammlung unsere Betriebsrätin (Heike Issaia) nach vorne gegangen und hat gesagt, das ist ein Skandal, das mit den 50 Millionen für Altpapier, das man zu Hitlergebüchern gemacht hat. Es gibt aber noch einen anderen Skandal in diesem Haus und das ist der Prozeß um die verweigerten 80 DM für das Betriebsrats-Info, und das in einer Firma, die vor Geld nur so stinkt. Das hatte gesessen, da war der Finger in der Wunde — das war echt stark vorgebracht von unserer Kollegin.

Na, der Verantwortliche hat dann das Ganze auf dem »kleinen Dienstweg« gelöst, das Ding wird bezahlt und die Gerichtsklagen sind zurückgezogen.

Arpo: Was haben die Leute in der Technik für eine Haltung eingenommen, wie haben sie das ausgedrückt?

Setzer: Was die Leute empfunden haben? Sie haben befürchtet, daß der »Stern« nicht mehr erscheint, wenn »die da oben« den Stern nicht mehr machen. — Wir merkten den Konflikt ja auch dadurch, daß keine Auftragstaschen mehr da waren, daß nichts mehr auf den Bildschirmen war. Und wenn ein Arbeiter an seinem Arbeitsplatz heutzutage keine Arbeit mehr hat, dann wird er unruhig. — Ja, nicht, weil er spitz auf diese Arbeit ist, sondern ganz einfach verbindet sich heute doch damit die Vorstellung, hab' ich Arbeit, kann ich leben.

Das ist doch heute so elementar, wie anfang der 50er Jahre. Es ist ja nicht nur der Stern, den wir dann im Hinterkopf haben, es ist die allgemeine Situation in der Branche, die drückt. Der Jahreszeiten-Verlag gibt die Produktion unter RTS-Bedingungen ab, wer kriegt die Arbeit, wo bleiben die Leute? Was passiert mit den angekündigten 80 Entlassungen bei der Hanseatischen, oder gar der Pleite bei Utesch... das ist der Hintergrund für uns alle.

Arpo: So wie die Stellung der Setzer in den letzten 10 Jahren kaputt gegangen ist, geht auch die Stellung der Journalisten kaputt. Der RTS-Vertrag war für die Setzer gewissermaßen der vertraglich geregelte Abstieg. Dieser Etappensieg, so wie die DJU in der »Feder« bei Gruner und Jahr den Ausgang beschreibt, ist in Wirklichkeit die erste Stufe einer Treppe, die in den Keller führen muß, wenn wir nicht zu gemeinsamer Abwehr kommen.

Arpo: Andererseits kannst Du sagen, wenn den Journalisten das Säubern des Stern-Images vom Makel des Hitlerismus und damit die Wiederherstellung der privilegierten Rolle der Stern-Redakteure durch ihre Revolte im »Affenfelsen«¹ als Erfolg verkauft wird, wenn dann doch unter den Journalisten nur einige wenige sind, die diese Illusion nicht teilen, sondern in diesen Auseinandersetzungen etwas mehr auch vom ökonomischen Hintergrund und demzufolge ihrer objektiven Rolle begriffen haben, dann ist das schon der Erfolg.

Setzer: Das ist richtig.

Arpo: Wenn nämlich dort wenigstens einige Menschen Erkenntnisse gewonnen haben über die Rolle der Arbeiterschaft und sich in künftigen Auseinandersetzungen mit der Technik in Verbindung setzen, damit solch ein Unterlaufen wie zu Ostern nicht so leicht möglich ist.

Setzer: Zweifellos sind solche bewußten Journalisten da. Das sind aber Einzelne.

Durch die ganzen Abteilungsversammlungen ging der Eindruck, daß diesen Journalisten, die da immer mit dem Markenzeichen »ich bin vom Stern«, das ihnen praktisch die ganze Welt geöffnet hat, auftraten, daß denen von Nannen und Schulte-Hillen jedem Einzelnen ganz persönlich mit der Veröffentlichung der Fälschung die Identität beschmutzt wurde. Solche Betroffenheit herrschte da.

Und wenn Du noch die Möglichkeit hast mit jemandem von denen zu sprechen, dann stellst Du fest: Sie fühlen sich, was die Kampfmöglichkeiten angeht, den Setzern vollkommen unterlegen. In taktischen Fragen sind sie total ratlos. Während der Auseinandersetzungen war ja auch deutlich geworden, daß sie überhaupt nicht wußten, was sie wollten, sie waren der Situation hilflos ausgeliefert. Daß Betriebsräte und Vertrauensleute aus der Technik bei ihnen waren, war ihr Rückgrat.

Arpo: Wie waren die Erfahrungen mit der Zusammenarbeit vor der Stern-Revolte?

Setzer: Zur Vorgeschichte gehört erstmal ganz allgemein, daß die Setzer seit eineinhalb Jahren für ihre Interessen einen permanenten Kleinkrieg führen müssen — wir hatten gewissermaßen diese eineinhalb Jahre über eine gespannte Atmosphäre. Da war natürlich auch eine gewisse Erschöpfung da, angesichts der Aufforderung, jetzt auch noch was für die Journalisten zu tun.

Das war zuletzt unsere Sache oben im 8. Stock, in der Vorstandsetage, als da 24 Setzer hochgingen und den

¹ »Affenfelsen« wird das Verlagshaus in der Warburgstraße genannt.



Betriebsrat begleitet haben in die Verhandlungen und da oben sagten, wir gehen hier nicht eher weg, bevor wir nicht genau wissen, was hier läuft.

Arpo: Worum gingen die Verhandlungen?

Setzer: Die Verhandlungen gingen um einen Härteausgleich für verlorengegangene Sonntagsarbeit durch die Arbeitszeitänderung. Zu dem Zeitpunkt war zwischen Betriebsrat und Geschäftsleitung keine Verständigung mehr möglich. Da haben wir durch unseren Besuch etwas nachgeholfen. Die dort oben Beschäftigten waren natürlich reichlich pikiert, als wir so ganz profan da mal Leben in die Bude brachten.

Und das ist nicht zu vertuschen: Das Leben und die Arbeitsbedingungen der Redakteure und Journalisten sind völlig anders als unsere, da gibt es Leute, die dürfen kommen und gehen wann sie wollen, die dürfen sogar während der Arbeitszeit mit ihrem Hund Gassi gehen. Bei uns gucken sie schon, wenn wir pissen gehen.

Wir müssen uns anstrengen, trotz des permanenten Drucks die RTS-Pausen einzuhalten.

Es heißt ja inzwischen Satztechnik und nicht mehr Setzerei. Die Trennung zu den schreibenden Leuten und den Setzern ist inzwischen so elementar, daß Du die nicht mehr zu Gesicht bekommst. Der Setzer ist total isoliert an seinem Arbeitsplatz. Es ist auch eine Hierarchie aufgebaut worden von 1000 Aufpassern, denen man für ihre Schnüffelei und fürs unnütze Dasein lieber 1000 Mark mehr gibt.

Dann haben wir noch eine Erfahrung mit der Stern-Redaktion gemacht, die nicht so leicht vergessen wird. Das war zu Ostern. Wegen der Feiertage waren vorgezogene Erstverkaufstage notwendig, was für uns heißt: Überstunden. Wir hatten erreicht, daß sich nach und nach die Kollegen aller drei Schichten dazu durchgerungen hatten, die Überstunden abzulehnen — der Grund war die vorhin schon erwähnte von der GL verlangte Arbeitszeitveränderung und dem dadurch folgenden Lohnverlust von ca. 600,— DM monatlich.

Ihr müßt Euch vorstellen, was das heißt, die Kollegen aller drei Schichten lehnen die Überstunden während der hochbezahlten Feiertage ab — sie sind also aus einem kollektiven Interesse heraus bereit, mal 400,— DM nicht mitzunehmen.

Und dann kommen wir nach den Feiertagen zur Arbeit — da ist alles gemacht. Da hatten Redakteure mit Hilfe des Univac-Redaktionssystems alle Arbeiten, die laut RTS-Vertrag den Setzern zustehen, mitgemacht. Ist das Solidarität? Nein, sie haben uns eins von den wenigen Druckmitteln, die wir noch haben, aus der Hand geschlagen.

Arpo: Wer hat das da oben gemacht?

Setzer: Das kann ich nicht genau sagen: Jedenfalls ist es jetzt so, daß mit dem Fotosatz sogenannte technische Schlußredakteure eingeführt wurden, die in der Redaktion angesiedelt sind, die aber wesentlich die Arbeiten erledigen, die im Bleisatz noch in der Kompetenz des Metteurs (in Zusammenarbeit mit dem neben ihm stehenden Redakteur) lag. Damals hatten wir ja noch Kontakt mit den Redakteuren.

Die Schlußredakteure, die da oben sitzen, sind ehemalige Setzer von uns, die sind Angestellte geworden durch den RTS-Vertrag. Sie haben mit uns nichts mehr zu tun, die denken und handeln wie die da oben, zusammen mit den Redakteuren sind die da oben in der Lage, mit Hilfe des Redaktionssystems den Satz für die Zeitschrift komplett herzustellen. Es ist im Grunde nur der Tarifvertrag, der festlegt, daß bestimmte Arbeiten noch von Setzern gemacht werden...

Arpo: Bei regeltem Normalbetrieb heutzutage...

Setzer: Ja, ja, bei regeltem Normalbetrieb. Bei Auseinandersetzungen, bei Streiks und so, ist das natürlich alles Asche. Da hilft dann nur noch die Solidarität zwischen den Redakteuren und Setzern. Daß die beiden Gruppen sich als vom gleichen Unternehmer abhängig begreifen. Aber soweit sind wir ja noch nicht. ■

beraten, nicht übers Knie gebrochen werden. Redakteure kommen hinzu und verlangen Abbruch der Verhandlungen. Sie bedrängen Gillhausen, nicht zu unterschreiben. Die Verlagsleitung droht ihm mit Rausschmiß, wenn er nicht unterschreibt. Einige Beiräte verlassen den Raum, andere bedrängen Gillhausen die Einigung nicht zu gefährden.

Mittlerweile formiert sich in der Innenstadt der Demonstrationzug der IG Druck, viele Kollegen aus allen Abteilungen sind dabei. Plötzlich, während ihrer Kundgebung vor dem Redaktionsgebäude, wird ihnen bekanntgegeben: Es ist unterzeichnet! Verwirrung auf den Gesichtern, Gefühl der Verarschung. Warum demonstrieren wir hier noch? Etwas später: Es ist nicht unterzeichnet! Platzregen setzt ein, die Demonstranten gehen ins Redaktionshaus, ein Teil versammelt sich in der Kantine. In einem abgeschlossenen Teil der Kantine tagen die Redakteure. Sie geben keine Informationen nach außen. Erst gegen 20 Uhr wird der faule Kompromiß bekannt gegeben, es ist doch unterzeichnet — von allen. Begründung der Geschäftsleitung: Wegen des Widerstandes, vor allem gegen Groß, sei die Arbeitsfähigkeit nicht nur des Stern, sondern auch anderer Zeitschriften des Verlages und des technischen Bereichs in ernste Gefahr gebracht worden. Begründung der Redaktion: Das ist die heute erreichbare Kompromißlösung. Die verbliebenen Kollegen anderer Abteilungen sind empört: Warum habt ihr euch aufs Kreuz legen lassen? Ihr hattet doch alle Karten in der Hand! Wie ist denn das zustande gekommen? Allah hatte sie verlassen!

Wie? Warum? Diese Fragen werden auch am nächsten Tag auf der fortgesetzten Betriebsversammlung nicht beantwortet. Die Redakteure stellen sich hinter das erreichte Ergebnis mit dem Tenor, wir wollen uns darüber nicht spalten lassen. Das kommt auch gut an, und doch bleiben dadurch viele Fragen unbeantwortet, gerade für die Kollegen außerhalb des Stern, die sich engagiert hatten. Unbefriedigend bleibt auch die Darstellung des Ergebnisses als Erfolg. Es liegt noch viel Spannung in der Luft, noch immer werden Nannen und Schulte-Hillen massiv angegriffen.⁷ Weitere Forderungen werden gestellt, nach einem einheitlichen Redaktionsstatut für alle Redaktionen des Hauses, nach einem Rationalisierungsschutzabkommen (seit Jahren vom Betriebsrat vergeblich verlangt), nach Bezahlung des Betriebsrats-Infos für die Setzer (kostet 80 Mark, seit Jahren verweigert und Prozeßgegenstand). Und der Vorstand nickt und nickt, verspricht Verhandlungen über alles, sagt zu, keine Maßregelung gegen einzelne Redakteure vorzunehmen.

Ungewöhnlich in diesem Angestelltenbereich ist das Auftreten zweier HDW-Betriebsräte der »Aktiven Metaller«. Sie verlesen ein Resolutionsschreiben und fordern die Redakteure auf: Schreibt über die Arbeiter! Mit dieser Versammlung ist der Konflikt erst einmal ausgestanden.

In den folgenden Diskussionen am Arbeitsplatz wurde immer wieder gefragt: wie konnte es zu diesem Ergebnis kommen? Ärger und Enttäuschung herrschten vor, denn in keinem anderen Konflikt gab es so viel Druck im Angestelltenbereich wie in diesen Tagen. Ein Kollege verglich die Geschäftsleitung in dieser Zeit mit einem Generalstab, dem nicht nur die Armee, sondern auch die Offiziere weggelaufen waren. Man stellte die taktischen Fehler fest, wie das absolute Mandat zum Abschluß, das Stillschweigen über den Gang der Verhandlungen, das Fehlen einer Koordinationsstelle neben dem Beirat, und vor allem das Akzeptieren eines nicht vorhandenen Zeitdrucks, hinter dem sich die Unfähigkeit zur Einschätzung des Kräfteverhältnisses verbirgt. Es ist — auch das wurde vielen Kollegen klar — eine Sache, über Politik zu

schreiben, eine andere, selbst in Auseinandersetzungen zu stehen. Und hier hatten sich die meisten Redakteure wie politische Analphabeten verhalten. Man verstand auch die physische und nervliche Erschöpfung bereits nach 4 Tagen.

Doch ist das nur ein Teil der Erklärung. Die Empörung hatte von Anfang an Raum, sich zu entfalten. Es kam kein Widerstand von oben, sie konnten ungehindert alle Räumlichkeiten und technischen Gegebenheiten benutzen, die Haustechnik stellte die Lautsprecheranlage, sogar die Getränke wurden umsonst gestellt. Die völlige Unerfahrenheit mit solchen Auseinandersetzungen führte zu einer schnellen Hochstimmung, die die Klärung von Einzelheiten vergaß. Sie holten sich Rat bei Gewerkschaftlern — und schickten daraufhin ausgerechnet den sozialpartnerschaftlich orientierten Betriebsratsvorsitzenden mit in die Verhandlungen. Der verstärkte allerdings noch den auf ihnen lastenden Druck, indem er zu schnellem Abschluß riet (»Heute nacht oder nie!«). Und eine Redakteurin wurde in den Beirat gewählt, weil sie mit Mohn gut konnte, mit ihm Essen war und ihn gar nicht so schlimm fand (anstatt sie daraufhin abzulehnen).

Entscheidend für das Ende aber war, daß die meisten Redakteure Angst vor der Eskalation bekamen. Deshalb sollte der Stern nicht ausfallen (einige hatten klammheimlich weiter produziert, die Verlagsleitung bereitete Gerüchten zufolge die Produktion in München vor). Sie bekamen Angst vor dem ungewissen Ausgang. Was sollten sie tun, wenn die durch das Betriebsverfassungsgesetz gegebenen Mittel nicht mehr ausreichen, wenn die Mittel der Betriebs- und Abteilungsversammlung erschöpft sind? Streiken? Das war eigentlich schon mit dem Hinweis auf die rechtliche Unabgesichertheit vom Tisch. Der Beiratssprecher nach dem Konflikt: *»Wir sind von einer ganzen Reihe kompetenter Leute auf die Folgen hingewiesen worden. So hätte es jedenfalls nicht funktioniert. Außerdem hätte es große Widerstände gegeben, wenn wir gestreikt hätten. Wir waren uns außerdem nicht so sicher, ob es bei Streikaktionen zu Massenentlassungen oder Ausspernung gekommen wäre. Deshalb kein Streik!«*

Streik also nur möglich als Tarifritual — oder in Polen. Mit dieser Angst und diesem Legalismus waren dem Widerstand enge Grenzen gesetzt. Bestärkt wurden sie darin auch von »kompetenten« Gewerkschaftlern; anderen, praktisch erfahrenen, Gewerkschaftlern schlug zunehmend ablehnende Stimmung entgegen. Eine Redakteurin hinterher: *»Diese Flamme hätte das ganze Haus in Brand setzen können.«* Dazu kam natürlich noch die Angst vor Maßregelungen.

Nur so ist zu erklären, daß das Ergebnis, das nicht zuletzt auch durch die Mausehelei einiger Beiräte zustande kam, von der Mehrheit der Redaktion geschluckt wurde, daß die schon geleistete Unterschrift nicht mehr zurückgezogen wurde, auch als es kräftemäßig noch möglich war. Und die anderen Abteilungen konnten dies nur hinnehmen; ihre Schwäche war, daß sie keine eigenen Forderungen einbringen konnten, sie waren von den Handlungen der Redaktion abhängig.

Mit Speck fängt man Mäuse

Solch ein Konflikt ist nach seinem Ende nicht zu den Akten gelegt, er hat Auswirkungen. Erst einmal in der Redaktion selbst. Viele haben etwas gelernt, einige dies schnell wieder vergessen, andere haben nichts gelernt. Beeindruckend waren die Worte von zwei Redakteuren auf der abschließenden Betriebsversammlung. *»Seit Freitag weiß ich, was Solidarität wirklich ist: ein Gefühl von Überlegenheit und Kraft. Das ist für mich eine neue Lebenserfahrung, das werden wir nicht vergessen.«* Ein anderer: *»Jetzt ist nur Waffenstillstand, kein Frieden. Wir sind eine Stufe gegangen auf einer langen Treppe.«* Die Praxis, der Arbeitsalltag, wird die Meßlatte für diese Worte sein. Da ist eine gesunde Portion Skepsis angebracht.

Der ehemalige Vize-Chefredakteur Bissinger schreibt dazu in »konkret«: *»Wer verzichtet schon gerne auf hohes Gehalt (Redakteure zwischen 6.000 und 8.000 Mark, Ressortleiter und Reporter ab 9.000 bis 15.000)? Wer fährt nicht gerne Dienstwagen, wer Taxi, wer benutzt nicht mit Freude das Flugzeug, wer wohnt nicht gerne am ersten Hotel am Platz, klimatisiert wie das Büro zu Hause? Wer verzichtet schon gerne auf Sonder-Tantiemen, Sonder-Urlaub und Sonder-*

⁷ Die Spannung entzündet sich, als Nannen zum Gegenangriff übergehen will: *»Es zeigte sich in den letzten Tagen, daß Ideologie und Intelligenz nur den Anfangsbuchstaben gemein haben!«* Er wird ausgebuht, wird jetzt nach jedem Satz angemacht, eine Atmosphäre des »Übervaters«-Mords entsteht. Und Nannen: *»Es gibt Ratten, die jetzt aus den Löchern kommen.«* Das ist zuviel. Der Saal ist empört. Betriebsrat: *»Nehmen Sie das zurück!«* Ich denke nicht daran! *»Verlassen Sie den Saal!«* Ich denke nicht daran! *»Dann lasse ich Sie von der Polizei hinausschmeißen!«* Er geht — aber nur bis zur Tür. Darauf Schulte-Hillen, zitternd, mit brechender Stimme: *»Haben Sie kein Erbarmen mit einem Mann, der 70 ist? Das ist nicht gerecht, ein Riesenunglück ist über uns. Haben Sie Erbarmen!«* Hin und her, dann kommt er zurück, entschuldigt sich, kurz vorm Heulen: *»Es geht mir unter die Haut.«* Erleichterung im Saal, nur einige Redakteure: *»Jetzt lullt er sie wieder ein!«*

Kredite, mit denen Eigentumswohnung, Haus im Grünen, Segelboot oder alles zusammen finanziert werden können? Da muß schon viel passieren, daß jemand solche Privilegien aufgibt. Er kennt das ja ganz gut.

Das Skepsis angebracht ist, zeigt sich jetzt schon. Trotz mehrmaliger Aufforderung durch die Vertrauensleute sind die meisten Redakteure nicht mehr daran interessiert, über Verlauf und Ende der Auseinandersetzung Rechenschaft abzulegen, weder sich selbst, noch denen, die sie unterstützt haben. Eine Aufarbeitung findet nicht statt. So wird dann als problemlos hingenommen, daß die neu eingesetzte interne Untersuchungskommission zu den Hitler-Vorfällen sich selbst Stillschweigen auferlegt (der Beirat soll hinterher über das Material befinden), dazu von der Verlagsleitung mit unbeschränkten finanziellen Mitteln ausgestattet wird.

Dank fehlender gemeinsamer Aufarbeitung gehen die individuellen Schlußfolgerungen in alle Richtungen. Der in der Auseinandersetzung integre Beiratssprecher Fabian wird zum stellvertretenden Chefredakteur berufen. In einem Interview sagt er: *»Ich glaube daß es sich wieder bessern wird. Alle Beteiligten haben einen Lernprozeß durchgemacht. Dies ist nicht bloße Deklamation.«* Dies hält er auch der Verlagsleitung zugute (nur hat die etwas anderes gelernt als »good will«). Die »Edelfeder« (Starschreiber) Jaenecke hatte nach der Hitler-Affäre gekündigt, er wollte mit den »kriminellen Machenschaften« nichts mehr zu tun haben. Jetzt ist er Chefreporter geworden, ein neuer Posten gleich unterhalb des Chefredakteurs. Das ist nicht so sehr Bestechung, als der auch bei Kollegen verbreitete Glaube, auch in einem goldenen Käfig ließen sich Freiheitslieder singen.

Fabian war seit längerem als Vize-Chefredakteur im Gespräch. Nach den Auseinandersetzungen war er auch Wunschkandidat der Redakteure. Für sie ist seine Berufung ein Erfolg, ist schon praktizierte Mitbestimmung. Das ist verständlich. Nach der — auch nur teilweisen — Offenlegung dieses ganzen Sumpfes an Korruption hat jedoch solche Mitbestimmung einen Modergeruch an sich. Die Verlagsleitung versucht natürlich, die Kritiker einzubinden. Auch hier wird die Praxis die Meßlatte für Worte und Wünsche sein. Bisher jedenfalls haben nur wenige Redakteure Abstand zu diesem Milieu bewahren können. Der Sumpf wurde offengelegt, aber nicht trockengelegt.

Auch wenn jetzt Ruhe eingekehrt ist, Frieden ist das noch nicht. Man muß abwarten, ob es Widerstand gegen die praktische Umsetzung der »Wende« geben wird. In seinem Antritts-Kommentar gab Scholl-Latour vorsichtig seinem politischen Denken Ausdruck: Er bekannte sich zur »liberal-fortschrittlichen« Linie des Stern — allerdings so wie er sie definiert: *»Was nun die Fortschrittlichkeit betrifft, so ist sie offenbar gewissen Wandlungen des Zeitgeistes unterworfen. Fortschritt wurde früher mit Rationalität und Wissenschaftsgläubigkeit gleichgesetzt. Heute scheint es gelegentlich, als orientiere sich der Fortschrittsbegriff an eher romantischen Stimmungen und an Naturverbundenheit. Es obliegt uns, dies zu beobachten ohne das Gedankengut der Aufklärung über Bord zu werfen.«*

Zum Begriff »liberal« sagt er nur, das heiße »frei«. Freigiebig ist der Verlag immer noch — an der für ihn richtigen Stelle. Obwohl es in anderen Abteilungen unmöglich ist, auch nur eine Planstelle bewilligt zu bekommen, kann Scholl-Latour problemlos einen ganzen Stab an persönlichen »Mitarbieter« mitbringen. Die Redaktion bekommt das Bonbon, daß die Grenze für nicht besonders zu bewilligende Spesen von 800 auf 2.000 Mark angehoben wird.

Auf jeden Fall gehen die Auseinandersetzungen um ein Redaktions-Statut für alle Redaktionen weiter. Erst einmal

sind überall Beiräte gewählt worden. Nun sind mit bisherigen Statuten, auch bei anderen Verlagsobjekten wie »Brigitte«, schlechte Erfahrungen gemacht worden. Die einen hoffen jetzt, wie der ehemalige Beiratssprecher, auf den Lernprozeß des guten Willens der Verlagsleitung: *»... Mitwirkung kann nur funktionieren mit good will von seiten des Verlages«*. Die meisten versprechen sich viel von einer tarifvertraglichen Absicherung des Statuts und werden hierbei von der Gewerkschaft unterstützt (die dabei noch den Traum eines hamburgischen Presserechtsrahmengesetzes träumt, was die SPD in langen Regierungsjahren nicht zustande brachte aus Angst vor den Presse-Unternehmern). Nur wenige Redakteure sehen klar, daß jedes Statut nur so gut ist, wie die Redaktion es nutzt.

Auch in den anderen Abteilungen ist es wieder ruhig. Zwei Wochen nach dem Konflikt fand eine ordentliche Betriebsversammlung statt. Der Vorstandsvorsitzende Schulte-Hillen erläuterte ausführlich die gute wirtschaftliche Lage des Verlags und verkündete, die 11 Millionen Mark für die Hitler-Tagebücher würden aus den Gewinnen beglichen, nicht aus der Gewinnbeteiligung. Das beruhigte. Als der Betriebsrat die vermeintliche Gunst der Stunde nutzen wollte und ein Rationalisierungsschutzabkommen ansprach, verließen viele Angestellte den Saal. Sie fühlen sich noch sicher und wissen nicht, daß die Rationalisierung durch neue Technologien auch sie erfassen wird und ahnen nicht, daß die Wirtschaftskrise auch an diesem Verlag nicht vorbeigehen wird. (Nach neuesten Zahlen ist die Auflage des Stern von 1,7 auf 1,4 Millionen gesunken, vor allem in Gebieten mit hoher Arbeitslosigkeit. Die Anzeigen sind um 26 Prozent gesunken!)

Die Kraft ist erstmal wieder raus. Es gibt keinen Protest, wenn Schulte-Hillen eine tarifvertragliche Absicherung eines Statuts ablehnt (*»Die Gewerkschaft verfolgt da eigene Ziele, die nicht die der Kollegen sind.«*).

Und es wird hingenommen, wenn er, auf seinen Rücktritt angesprochen, lächelnd erwidert: *»Nein. Ich bin zerzaust, aber ungebrosen.«* Um mit Wilhelm Busch zu sprechen: *»Jeder denkt, die sind perdu, aber nein, noch leben sie! Und das nicht schlecht.«* ■

Tendenzwende: Einige Randnotizen

»Geld verdirbt den Charakter« sagt der Volksmund. Das auch bei »Linken«, oder, besser, bei Linksliberalen. Dafür lassen sich in der Geschichte des Stern unzählige Beispiele finden. Bissinger, der jetzt so bissig kommentiert, hat sich mit seinem Konflikt selbst die Nase vergoldet und ist damit denen in den Rücken gefallen, die ihn verteidigen wollten.⁸ Das hat Schule gemacht, so bei denen, die dann zu »konkret« gingen. Kommentar von Nannen: *»Nicht die Nase, sondern ihr Arsch ist ihnen vergoldet worden.«* Seine zynische Einstellung zu den Redakteuren basiert eben leider auch auf Erfahrung. Mit den Hitler-Tagebüchern hätten sich zwei aus der Studentenbewegung kommende Redakteure gesund gestoßen, sie wären am Erlös prozentual beteiligt worden. Heidemann war da schlauer, er ließ sich noch vor der Veröffentlichung 1,5 Millionen Mark bar auszahlen. Gesund gestoßen haben sich dagegen die beiden »gegangenen« Chefredakteure mit je 3 Millionen Mark.

Auch die neuen haben sich der »fortschrittlich-liberalen Linie« des Stern verpflichtet — heißt liberal hier freigiebig? — oder sollte man mit dem Spiegel sagen *»der Gütersloher Maxime, daß sich alles kaufen läßt, erst die vermeintlichen Hitler-Tagebücher, dann die Leute die den Skandal bereinigen. Den Einwand der beiden, ein Chefredakteurs-Job könne sie nicht locken, beseitigte Wössner (Bertelsmann-Vorstandschef) mit der Entscheidung, dann müßten sie eben zusätzlich Herausgeber und — auch noch nicht genug? — Vorstandsherren werden. Den Rest besorgten Jahresgehälter von über einer Million Mark«* (23. 5.)⁹ Zwischenruf auf der Betriebsversamm-

⁸ Anschließend ließ er sich als Pressesprecher des Hamburger Bürgermeisters Hans-Ulrich Klose vor beider Abgang noch satte Pensionsansprüche maßschneidern. Auf Grund der öffentlichen Erregung mußte er dann darauf verzichten.

⁹ Die Beliebigkeit der Ware, mit der Profit gemacht wird, zeigt sich schön an den Familien Gruner und Jahr. Gruner verdient sein Geld jetzt, nach dem Verkauf seiner Anteile, mit US-Fluglinien. Die Tochter des alten Jahr ist Chefredakteurin von »Essen und Trinken«, der Sohn Alexander hat einen eigenen Verlag, der spezialisiert ist auf Nazi-Verherrlichung (»Das III. Reich«), das Interesse des Sohnes John ist seine Spielbank im Hotel »Interconti«.

lung: »Da haben sie wohl wieder den Geldkoffer aufgemacht!« Was Wunder, wenn Groß da erklärt, er schreibe natürlich im Stern anders, wenn Scholl-Latour nach dem Konflikt sagt, er nehme das alles nicht persönlich. »Die Not kann jeden Mann zum Journalisten machen, aber nicht jede Frau zur Prostituierten« (Karl Kraus).

Stern-Taler

Dem Gesetz des Kapitals folgend gebieten heute nicht mehr einzelne Verleger mit ihren Launen über den Lauf des »Stern«, sondern Konzernspezialisten. Bis 1975 errang das Haus Bertelsmann eine Kapitalmehrheit von 75 % im Unternehmen Gruner + Jahr, das den »Stern« verlegt. Henri Nannen wurde durch die neuen Herren entmachtet.⁴ Da »Gesinnungslosigkeit« als Erfolgsrezept Nannen zugeschrieben wird, mußten die Neuen über jeden Zweifel erhaben sein. »Die Gütersloher, die Bertelsmann zu einem Riesenkonzern gemacht haben, sind ja, trotz 'Lesering' nicht so sehr Verleger mit der Sensibilität — oder Scheinhelligkeit, was dasselbe sein mag — die man diesem Zweig des Unternehmertums nachrühmt, sondern Konzernspezialisten, deren Wertphilosophie vor allem am Geldwert orientiert ist.« (FAZ vom 18.5.83)

Diese neuen Herren bei G + J. haben gute Gründe für eine Tendenzwende im Stern, denn die sozialen und politischen Veränderungen in der Gesellschaft spiegeln sich auch in der breiten Leserschaft des Stern (ca. 15 % der Bevölkerung) wieder. Schon gestern starb die sozialdemokratische »Arbeiter«-presse. Der Wettlauf der Volksparteien um einen Platz in der politischen Mitte drückte aus, daß sozialdemokratisches Gedankengut weitgehend eingeebnet, für die Verbreitung dieser Gedanken kein gesellschaftlicher Platz mehr vorhanden war.

Bei der »Tendenzwende« im Stern steht der Verfall eben dieser politischen Mitte im Hintergrund, dem auch die Regierung Kohl ihre Existenz verdankt.

Das Bündnis aus »Arbeiterbürgern« und Mittelstand beginnt sich sozial und politisch zu differenzieren, an seinen beiden Enden zu zerfransen. Auf seiten der Arbeiterbürger zeitigt die Arbeitslosigkeit Folgen, während der Mittelstand unter den drückenden Abgaben, verursacht durch eben jene »Leistungsschwachen«, stöhnt.

Der Zerfall dieses politischen Konsens beunruhigt die Verleger des Stern um so mehr, als Verluste kaufkräftigen Publikums sich schnell in ihrer Wirkung potenzieren. Im Kampf um den ständig geringer werdenden Anzeigenkunden haben Auflagenverluste schnell den Verfall der Anzeigenpreise, wenn nicht die Stornierung der Anzeigenaufträge zur Folge. Schließlich finanzieren Anzeigenerlöse durchschnittlich 2/3 einer Stern-Ausgabe. Die gekonnte Mischung des Stern aus Sex and Crime, einer guten Optik und sozialliberaler Politik, aus unterhaltender Spannung und Entlastung zählt nur als ansprechende Verpackung, um die andere Hälfte des Stern (50 % Anzeigen) an das kaufkräftige Publikum zu bringen. Sinkt der Stern unter die garantierte verkaufte Auflage von 1,4 Millionen, dann purzeln, wie gesagt, nicht nur die Anzeigenpreise.

Deshalb ist das Verlagsmanagement gezwungen, neue Leserschichten aufzutun, zumal von der Arbeitslosigkeit bedrohte Arbeiter keine attraktiven Ansprechpartner der Werbewirtschaft sind und die kaufkraftstärkeren Mittelschichten sich schon von staatswegen überfordert fühlen, deshalb auch soziales Mitleid, das die Arbeiterleser auf die Dauer nicht zufriedenstellt, im Stern nicht noch einmal üben wollen.

Vor diesem Hintergrund macht auch die Entdeckung der Hitler-Tagebücher Sinn: Von ihr versprach man sich den journalistischen Knüller, um alle Probleme kurzfristig zu lösen. Durch den Mißgriff — der Vorstandsvorsitzende sagt lieber Fehlinvestition — ist die Suche nach einem Ausweg für den Stern schwieriger, für die Beschäftigten noch risiko-reicher geworden.

Hinzu kommt, daß die Konkurrenz erfolgreicher ist. »Berichte, die nicht Angst machen, sondern Zuversicht Objektiver Journalismus ohne Panikmache«, so liest sich die

Darstellung der »Bunten« für die Werbewirtschaft. Das »bessere Konzept« würde gestützt durch einen »Zuwachs von 290.000 Lesern«.

Liberaler Sternstunden

Daß die veröffentlichte politische Meinung im Stern und anderswo wie alle anderen Produkte den Gesetzen des Marktes unterworfen ist, wurde bereits gesagt. Dieser Gedankengang klärt die Stellung des Stern genauer als die Forderungen der Liberalen und Sozialdemokraten (»Rettet den Stern«), die ihn in diesen Wochen geradezu zum Wächter der Demokratie hochstilisierten. Wenn zum Schutz dieser Demokratie schon der liberale Stern beschworen wird, ist das Ende der Demokratie nicht mehr weit, zumindest für den, der die Geschichte der deutschen Liberalen kennt.

Nach 1945 konnte sich eine demokratisch-liberale Presse nur wieder entwickeln, weil die Besatzungsmächte sie unter ihren Schutz stellten und hochpöppelten. Der Chef der amerikanischen Militärverwaltung, Clay, beschreibt die Maßnahmen: »Die Lizenzträger wurden sorgfältig geprüft und ausgewählt und schufen im Verlauf der ersten drei Jahre der Besatzung eine fest geschlossene Gruppe unabhängiger (!) und demokratischer (!) Zeitungen. Zwangspachtverträge sicherten ihnen das Recht der Benutzung bestehender Druckereien ehemaliger Nationalsozialisten für die Zeit von 5—8 Jahren. Die Hoffnung, daß dieser Zeitraum die Verleger in die Lage versetzen würde, einen eigenen Betrieb zu erwerben oder zu einem günstigen, auf freiwilliger Basis mit dem Druckereieigentümer geschlossenen Übereinkommen zu gelangen, erwies sich in hohem Maße als gerechtfertigt.«

Wirtschaftlich waren diese Maßnahmen sicher erfolgreich, zumal ja durch Kooperation auch die nationalsozialistischen Verleger und Drucker allmählich »Demokraten« wurden. Man paßte sich den neuen demokratischen Verhältnissen an und berauschte sich lautstark an der von ausländischen Militärs gewährten Demokratie und Pressefreiheit.

Wie wenig deutsche »Tradition« und Vergangenheit damit bewältigt waren, sollte unter anderem das Beispiel des Stern schon bald zeigen. 1950 publizierte der Stern eine Serie über die nach Argentinien abgehauenen Nazimilitärs: »Der beste Dienst, den Männer wie Rudel, Baumbach und Galland dem Ansehen Deutschlands leisten konnten, dürfte die Tatsache gewesen sein, daß sie sich der Komödie eines Entnazifizierungsverfahrens entzogen haben... die Bewunderung des echten, aufopfernden und selbstlosen Heldentums ist weder eine deutsche noch gar eine nationalsozialistische Erfindung... deshalb ist es ein Verlust für Deutschland, wenn diese Männer heute in Argentinien oder irgendwo sonst in der Welt leben, und nicht bei uns... Deutschland braucht heute mehr denn je Männer, die bereit sind, eine solche Arbeit um ihrer selbst willen zu tun, uneigennützig, sauber, von der Idee getrieben und mit dem elastischen Schwung, der auch die anderen — besonders die Jugend — mitreißt.« Die — nun wieder aktuelle — Leserbriefreaktion: »Es wird allmählich hohe Zeit, daß derartige Einsichten wieder Platz greifen in unserem Volk.« Daraufhin bekam der Stern Schwierigkeiten mit den Westalliierten, die sich zur gleichen Zeit der Naziverbrecher wie Barbie für den Kampf gegen den Kommunismus bedienten.

1983 wird dieselbe Vergangenheit immer noch bewältigt, nur kommt im Stern der Führer jetzt selbst zu Wort.

Unterbrochen war diese Linie von jener kurzen Hochzeit, da sich mit liberalen Gedanken Kasse machen ließ. Die Kolumnisten Franz Josef Strauß und William Schlämmer mußten ihren Platz für den »liberalen« Sebastian Haffner und den Sozialdemokraten Conrad Ahlers freimachen. Der Stern trat für eine neue Ostpolitik ein.

⁴ Schon bei Nannens Vertragsverlängerung 1976 erhielt der Verlag ein Veto bei jedem Engagement mit mehr als 10.000 DM Monatsgehalt. (Zeit v. 27.8.76) Weihnachten 1977 wurde er von Mohn erinnert: »Wir haben im Jahre 1977 gelernt, ...im Interesse unserer gemeinsamen Arbeit eine einheitliche Auffassung zu erarbeiten.« (FR v. 4.1.78) Es ging um die Entlassung Bissingers. 1980, mit dem Wechsel zum Herausgeber, mußte N. redaktionelle Weisungsbefugnis und Personalhoheit abliefern.

Doch auch in dieser Periode vergaß der Stern nicht ganz das Wesen bürgerlicher deutschen »Tradition«: die Furcht vor der Arbeiterklasse. Sie trieb die Liberalen 1848 in die Hände der Reaktion und 1914 in den Krieg. Aus Angst vor der Arbeiterschaft ließen sie sich 1933 von Hitler bereitwillig vergewaltigen.

Im Sinne dieser Tradition stand Nannens Kommentar zum Druckerstreik 1978, als er die Ziele der IG-Druck auf dem Begriff »Neues Deutschland — Ausgabe West« brachte und ihr, wie alle Schreiberlinge, Geiselnahme vorwarf. Jener Nannen, den die Konzernherren von Bertelsmann längst zur Geisel genommen hatten und nur noch als Gallionsfigur am Flaggschiff Stern nutzten. Nicht »Neues Deutschland«, sondern »Armes Deutschland«, wenn das deine Demokraten sind!

Der SPD geht es da auch nicht besser. In dem Telegramm an die Stern-Redaktion schreibt Jochen Vogel, es würde eine »beträchtliche Veränderung des Meinungsspektrums, ja einen Schritt zur Uniformität bedeuten, wenn der »Stern« seine bisherige Grundposition nicht mehr vertreten könnte. Damit würde eine Stimme zum Schweigen gebracht, die für die Meinungsvielfalt in unserer Gesellschaft wesentlich und unentbehrlich ist.«

Und Freimut Duve (MdB, SPD) kommentiert: »Die immer kleiner, aber einflußreicher werdende Oligarchie der Medienmächtigen ist aufgerufen, sich endlich dem Auftrag des Artikels 5 GG zu unterwerfen und die Lehren aus der Weimarer Republik ernst zu nehmen...« (PPD vom 20.5.83)

Die Springer, Bauer und Mohn sollen die Pressefreiheit retten? Armer Freimut Duve, Du solltest aus der Niederlage der Weimarer Republik lernen. Erst gestern hatte die sozialdemokratische Führung einen Teil der heute beklagten Pressefreiheit und Meinungsvielfalt den oben genannten Verlegern zur Ausschlichtung überlassen. Wo waren Vogel und der Kollege Duve, als die sozialdemokratische Presse in Hannover, Hamburg, Köln und anderswo verscherbelt wurde — ohne Rücksicht auf die Arbeitsplätze der Arbeiter und Angestellten?

Wenige Tage nach den Stern-Ereignissen geht der SPD-Politiker und Ex-Finanzminister Lahnstein als Top-Manager zu Bertelsmann. Jahresgehalt etwa 1 Million neben 16.000 Mark Pension. Soll er Reinhard Mohn auf das Grundgesetz aufmerksam machen?

Es ist oft in diesen Tagen gesagt worden, der Stern sei keine Seifenfabrik. Abgesehen von dem elitären Geschmack dieser Aussage (»Journalisten sind schließlich keine Arbeiter, mit ihnen kann man nicht umgehen wie mit einem Proleten«): Auf eine besondere Art ist der Stern doch eine Fabrik — eine Ideologie-Fabrik. Und genauso wie die Liberalen in der Geschichte werden auch die einzelnen Journalisten bei zunehmenden Klassenaussetzungen vor die Entscheidung gestellt, auf welche Seite sie sich schlagen: auf die Seite des Kapitals oder — dem Beispiel der »Weltbühne« in den 20er Jahren nacheifernd — auf die Seite der Lohnabhängigen, beispielsweise der HDW-Kollegen, die ihnen ihre Solidarität bekundeten. ■

Unternehmer fordern

Erhöhtes Gesundheitsrisiko oder arbeitslos

Unterschiede zwischen HDW- und Vulkan-Kollegen und die Rolle der IG Metall

Ein Betriebsmitglied von »Vulkan-Bremen« schrieb uns auf eine diesbezügliche Anfrage:

»Der Betriebsrat und die Belegschaft kämpfen schon seit 10 Jahren für ein Verbot von Asbest. Wir haben immer wieder feststellen müssen, daß trotz Verbesserungen von Sicherheitsvorschriften diese nicht eingehalten werden konnten. Sie sind in der Theorie sehr schön, aber in der Praxis nicht durchführbar. Auf dem Bremer Vulkan sind mittlerweile 48 Anzeigen an die Betriebsleitung mit dem Verdacht auf Asbestose gemacht worden.

Mittlerweile sind auf dem Bremer Vulkan 3 Kollegen an Asbestose verstorben. Bei einem hat die Belegschaft den ganzen Werdegang mit all dem Leid bis zu seinem Tod miterlebt. Diese beiden Punkte sind die Hauptursache dafür, daß die Kollegen dieses Asbestschiff nicht bearbeiten wollen.« ■

Fachleuten ist seit langem bekannt, daß die Arbeit mit Asbest zu gefährlichen Erkrankungen führen kann: Asbestose und verschiedene Formen der Krebserkrankung. Während

das Wissen um diese Krankheit in der Arbeiterschaft erst allmählich ins Bewußtsein rückt, kann vom Betriebsrat des Bremer Vulkan gesagt werden, daß er sich seit 10 Jahren um Aufklärung in dieser Frage bemüht hat.

»Asbest wird in Form von kleinen Mineralsplittern, die das Auge nicht erkennen kann, eingeatmet. Dann wachsen diese Teilchen in das Lungengewebe ein und setzen sich mit ihren Widerhaken für immer fest. Dieser Vorgang in der Lunge kann nicht mehr rückgängig gemacht werden. Innerhalb von 10 bis 20 Jahren bricht dann der Krebs (Asbestose) aus und führt unweigerlich zum Tod... Asbeststaub ist so gefährlich, daß die Gewerbeaufsicht verlangt, in den Verarbeitungsbereichen nur mit Masken und mit Einweganzügen zu arbeiten, damit der Staub nicht in die Umkleidekabinen getragen wird. Dies sollte Warnung genug sein... (Echo-Lot, Betriebszeitung auf der Bremer Vulkan-Werft, am 15.4.1983)¹

Asbest spielte etwa bis 1977 beim Bau von Schiffen als brandsicheres Isolierungsmaterial eine wichtige Rolle. Das Spritzen und die Verarbeitung von Asbest zu Matten und Platten ist heute in vielen Industrieländern verboten. Abgesehen von den mehr als 3000 Industrieprodukten, die in verschiedenen Formen Asbest enthalten, wird Asbest besonders auf Schiffswerften an den verschiedensten Stellen noch verwendet und nur nach und nach durch asbestfreie Ersatzstoffe ausgewechselt. Insbesondere bei der Reparatur von vor 1977 gebauten Schiffen (was die Mehrzahl ist) setzen sich die Werft-Arbeiter auch heute noch mehr oder minder stark dem Asbeststaub aus. Der seit Anfang des Jahres bekannt gewordene Umbau-Auftrag »United States«, um den sich mehrere deutsche Werften bemühen, ist auch² unter dem Gesichtspunkt möglicher Asbest-Gefährdung ein ungewöhnlicher Auftrag. Das 1952 gebaute Schiff wurde mit Unmengen von Asbest so feuerfest gemacht, »daß nur noch der Hackklotz des Schlachters in Brand geraten könnte«, wie damals geworben wurde.

¹ Bis zum Ausbrechen der Asbestose hat sich Asbest bereits in anderer Weise gesundheitsschädlich ausgewirkt: Wenn Asbest in die Lungenbläschen gerät, werden diese in ihrer Funktion beeinträchtigt, der Gasaustausch wird behindert, es kann nicht mehr in dem normalen Maße Sauerstoff von der Lunge ins Blut übertreten. Sauerstoff wird für die Muskelarbeit benötigt. Es tritt also bald eine Leistungsminderung ein, die der Organismus mit Kurzatmigkeit und erhöhtem Blutdruck zu begeben versucht. Ebenfalls tritt eine Beeinträchtigung der Bronchien ein. Weniger bekannt sind als Folgen Rippenfell- und Bauchfellkrebs.

Es wäre zu empfehlen, diese Ausgabe des »Echo-Lot« allen Werftarbeitern zur Verfügung zu stellen. Wenn die IGM das nicht zustande bringt, müssen andere Wege gefunden werden.

² Ungewöhnlich ist auch die undurchsichtige finanzielle Seite dieses Auftrages. Die Vulkan-Kollegen fragen sich, warum die Bundeszuschüsse für zwei Neubau-Aufträge in Höhe von 50 Millionen Mark nicht gewährt wurden, diese Aufträge (Wertauslastung bis 1984) deswegen wegblieben. Daß aber der Auftrag »United States« mit 150 Millionen Mark bezuschußt werden soll.

Asbest als Mittel im politischen Kampf gegen die Arbeiter

Beispiel 1: In Bremen

„Echo-Lot“, die oben zitierte Betriebszeitung »von Kollegen für Kollegen des Bremer Vulkan«, berichtete in der Ausgabe vom 15. 4. 1983:

»Am 31. Januar baten die Herren Themann und Echte den Betriebsrat um ein Gespräch. Sie trugen dem Betriebsrat vor, daß der Bremer Vulkan daran interessiert sei, die »United States« umzubauen. Da dieses Schiff aber voll von Asbest ist, wollten sie, bevor sie da mitbieten, vom Betriebsrat wissen, ob dieser bereit ist, die bestehenden Sicherheitsvorschriften aufzuweichen und ob die Kollegen wohl bereit wären, auf diesem Schiff zu arbeiten. Der Betriebsrat hat in dieser Sitzung den Herren gleich gesagt, daß er dieses Asbestschiff zum Umbauen ablehnt und die Kollegen es bestimmt ähnlich sehen...« (Hervorhebung durch uns, d. Red.).

Der Betriebsrat informierte zusammen mit den Vertrauensleuten die Belegschaft über das Ansinnen der Geschäftsleitung. In mehreren Branchen³ faßten die Beschäftigten Beschlüsse gegen die Arbeit auf dem Asbestschiff »United States«. Denn dabei gibt es keinen endgültig wirksamen Schutz gegen Asbeststaub, der auch in der Praxis durchführbar wäre. Der Betriebsrat folgte den Kollegen mit seinem Beschluß. Er lehnte den Umbau der »United States« mit Hinweis auf die Sicherheitsbestimmungen konsequent ab und verweigerte auch die Zusage von Überstunden bei einer Angebots-Ausarbeitung für den Umbau der »United States«.

Das hat eine Kampagne der Geschäftsleitung gegen den Betriebsratsvorsitzenden des »Vulkan«, Fritz Bettelhäuser, zur Folge gehabt. Er wurde am 20. April 1983 »abgemahnt«. Ihm wurde persönlich vorgeworfen, mit Erklärungen in die Öffentlichkeit gegangen zu sein, »die darauf abzielten, das Projekt als undurchführbar darzustellen.« Die Geschäftsleitung sah sich in ihrer »Verhandlungsposition gegenüber dem Kunden in besonderer Weise geschwächt« und Kollege Bettelhäuser habe dem Unternehmen »großen Schaden« zugefügt. Auf einer folgenden Betriebsversammlung versuchte die Geschäftsleitung, die Belegschaft gegen den Betriebsratsvorsitzenden aufzubringen, indem sie auf die 20 Monate Arbeit für die Werftarbeiter hinwies. Die Ablehnung des Umbau-Auftrages bedeute Arbeitslosigkeit, denn dadurch sei die »Vulkan-Werft« aus dem Rennen. Als Antwort auf diese Rede ertotete der Direktor von den Arbeitern unerwartete Pfiffe.

Der Betriebsrat nahm seinerseits Stellung zu dem Angriff auf seinen Vorsitzenden:

- Der Betriebsrat sieht das Schreiben der Geschäftsleitung als ein auf den gesamten Betriebsrat gerichtetes Schreiben. Denn die Angelegenheit, die die Geschäftsleitung zum Inhalt ihres Schreibens macht, ist keine Privatangelegenheit des Kollegen Bettelhäuser, sondern resultiert aus seiner Betriebsrats-tätigkeit. Deshalb betrachtet der Betriebsrat das Schreiben der Geschäftsleitung als einen Angriff auf die Betriebsrats-tätigkeit.
- Der Betriebsrat stellt fest, daß das beanstandete Verhalten im Rahmen der Beschlußfassung des Betriebsrates lag und dadurch die Geschäftsordnung des Betriebsrates abgedeckt ist.
- Das beanstandete Verhalten lag innerhalb des gesetzlichen Aufgabenbereiches des Betriebsrates und der Kompetenz des Betriebsratsvorsitzenden...
- Der Betriebsrat fordert den Vorstand auf, die dem Betriebsratsvorsitzenden erteilte sogenannte Abmahnung offiziell für gegenstandslos zu erklären...

Insgesamt drängt sich der begründete Verdacht auf, daß der Vorstand der Bremer Vulkan AG mit seiner sogenannten Abmahnung und seinen Äußerungen in der Presse aus politischen Gründen den Betriebsrat insgesamt mundtot machen und ihn in seiner Arbeit zu behindern versuchen will, damit dem Vorstand die Belegschaft bei der Durchführung aller weiteren Maßnahmen bedingungslos ausgeliefert ist.

Betriebsrat und Vertrauenskörper IG Metall
Bremer Vulkan AG (aus BR-Info 7/83)

Die »Abmahnung« Bettelhäusers hat nicht nur bei der Belegschaft und im Betriebsrat Protest hervorgerufen. Die Bremer Arbeiterkammer, Körperschaft des öffentlichen Rechts, der alle Bremer Arbeiter angehören, dokumentierte, daß der Vorstand schon vorher dem Betriebsratsvorsitzenden die Verantwortung für den Fall zugeschoben hatte, daß »Vulkan« den Auftrag nicht bekommen würde. Zahlreiche Kollegen anderer Betriebe und die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft solidarisierten sich mit Bettelhäuser. Solidaritätserklärungen kamen aus der ganzen Bundesrepublik, die IGM-Verwaltungsstelle Bremen stellte sich öffentlich hinter Fritz Bettelhäuser.

Der Betriebsrat der »Howaldtswerke-Deutsche Werft« Hamburg nahm seinerseits zu der Aktion gegen den Betriebsrat vom »Vulkan« Stellung:

»Solidarität mit Fritz Bettelhäuser! Hamburg, 18. 5. 1983
Aufgrund des unsittlichen Antrages des Vorstandes der Bremer Vulkan AG — nicht alle Sicherheitsbestimmungen bei der Arbeit auf der »UNITED STATES« einzuhalten — hat der Betriebsrat der Bremer Vulkan aus Sorge um die Gesundheit der Belegschaft und aufgrund der unsicheren Finanzierung es mit Recht abgelehnt, daß das Asbestschiff auf der Vulkan Werft bearbeitet wird. Nicht »nur« der Betriebsrat, sondern auch die betroffenen Kollegen lehnen dieses Schiff ab...

Der Betriebsrat der HDW-Hamburg protestiert gegen das Vorgehen des Vorstandes des Bremer Vulkan und erklärt sich mit dem Betriebsrat und seinem Vorsitzenden solidarisch.«

Beispiel 2: In Hamburg

Zu den »Mitbewerbern« um die Umbau-Arbeit gehört in der BRD auch HDW-Hamburg. Noch vor der Rückkehr des 1. Bürgermeisters Dohnanyi am 13. 3. 83 aus New York berichtete die Zeitung »Täglicher Hafenbericht« am 3. 83, daß dieser mit dem Management des US-Unternehmens, das sich für den Umbau der »United States« engagiert hat, Gespräche geführt habe, um diesen »sehr umfassenden und bedeutsamen Auftrag« für die HDW nach Hamburg zu gewinnen. »Ich glaube, daß unsere Chancen gut sind. Allerdings gibt es eine sehr harte amerikanische Konkurrenz.« Um den Auftrag zu gewinnen, sei es notwendig »wettbewerbsfähig zu bleiben.« Da war von der Asbestose keine Rede, und auch in der SPD-Fraktion der Hamburger Bürgerschaft, in der ja auch die OV Hamburg der IG Metall mit Johannes Müllner vertreten ist, wurde kein Widerspruch erhoben.

Auch der Hamburger Betriebsrat der HDW wurde vor die Frage gestellt, ob der Umbau auf der Hamburger Werft vorgenommen werden könne. Dabei fällt zunächst auf, daß die Betriebsleitung diesmal so »freundlich« gegenüber dem Betriebsrat ist, seine Meinung einzuholen. Bei näherem Hinsehen wird der Grund für die »Freundlichkeit« schnell klar.

Bei HDW sollen bekanntlich über 2000 Kollegen entlassen werden, wenn das Unternehmenskonzept verwirklicht wird. Zur Zeit geht das Tauziehen um dieses Konzept zwischen Unternehmensleitung und Betriebsrat vor sich. Der Auftrag »United States« würde zwischen 1 und 1 1/2 Millionen Arbeitsstunden bringen und — so die Hoffnung einiger HDW-Kollegen — das Unternehmenskonzept möglicherweise vom Tische bringen. (Dahinter muß man allerdings drei Fragezeichen machen). Um diese geplanten Massenentlassungen geht es im Grunde genommen, für sie will der Vorstand mit Hilfe des eventuellen Auftrages »United States« den Betriebsrat verantwortlich machen: Sagt dieser »Nein«, dann ist es leichter, den Betriebsrat als »Schuldigen« für den Ausfall von 1 1/2 Millionen Stunden hinzustellen — unabhängig davon, ob HDW den Auftrag überhaupt bekommen würde.

Der Betriebsrat faßte angesichts dieser Lage, in die ihn die Unternehmensleitung hineinmanövrieren wollte, am 10. Mai '83 den folgenden Beschluß »zum Umbau des Passagierschiffes United States: Der Betriebsrat der HDW-Hamburg spricht sich nicht generell gegen den Umbau der »United States« aus. Er wird sein bedingtes Ja daran knüpfen, daß alle

³ Branchen werden auf den Werten die Berufs- oder Tätigkeitsgruppen genannt.

Arbeitssicherheitskenntnisse und Maßnahmen eingehalten werden. Hierzu ist es erforderlich, daß zu diesem Umbau des Asbest-Schiffes »United States« eine Betriebsvereinbarung zwischen der HDW-Unternehmensleitung und dem Betriebsrat — unter Hinzuziehung des Amtes für Arbeitsschutz, der Berufsgenossenschaft, des Betriebsarztes und der Arbeitsschutzabteilung — vereinbart wird, in der diese Arbeitssicherheitskenntnisse und Maßnahmen festgeschrieben sind.

Sollte die Betriebsleitung nicht dazu bereit sein, auch alle Schutzmaßnahmen zu realisieren, um das Gesundheitsrisiko auf ein Minimum zu beschränken, lehnt der Betriebsrat den Umbau der »United States« ab.⁴

Dieser Beschluß wurde in geheimer Abstimmung nach langer Diskussion mit 24 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, bei einer Enthaltung gefaßt.⁴

Dem Betriebsrat kam es darauf an, der Geschäftsleitung keinen Vorwand zu liefern, mit dem sie den Betriebsrat vor der Belegschaft als den Schuldigen für die kommenden Entlassungen hinstellen und somit eine Spaltung der Belegschaft begünstigen könnte.

Für den Fall, daß HDW den Auftrag bekommen würde (und das ganze Spektakel nicht nur dazu diente, die Belegschaft zu zersetzen) wollten die Betriebsräte alle denkbaren Sicherheitsmaßnahmen zur Verfügung haben. Die praktische Anwendung solcher Sicherheitsmaßnahmen hat aber nicht nur einen Beschluß zur Voraussetzung, sondern es müssen schon die entscheidenden Teile der Belegschaft dahinter stehen, um sie gegen die Geschäftsleitung durchzusetzen.

Was treibt die IG Metall?

Es ist kein Zufall, daß es keine eindeutige Äußerung von höherer Stelle der IGM zu der hier angeschnittenen Problematik gibt. Fügt man allerdings einzelne nicht so bekannt gewordene Äußerungen aus ihren Untergliederungen zusammen, läßt sich erkennen, daß das Versteckspiel einen Zweck hat.

Im Februar '83 hatte der Betriebsrat der Bremer »Vulkan-Werft« seinen Beschluß bekanntgegeben, sich grundsätzlich gegen den Auftrag »United States« zu wehren. Der Vulkan-Betriebsrat setzt sich einschließlich der »Echolot«-Kollegen aus IGM-Mitgliedern zusammen, er wurde in seiner Absicht von der örtlichen IGM unterstützt.

Am 29. März '83 schreibt Heinz Partikel vom Referat Arbeitssicherheit beim Vorstand der IGM an den Betriebsrat bei »Vulkan«: »Ich habe großes Verständnis dafür, daß die Arbeitnehmer nicht daran interessiert sind, daß dieser Auftrag angenommen wird. Nach meiner Einschätzung wird sich aber Eure Haltung zu dieser Frage nicht mit rechtlichen Mitteln durchsetzen lassen. Die Leistungsverweigerung... wird nur insoweit rechtlich durchzusetzen sein, wie Sicherheitsvorschriften nicht eingehalten werden können, oder nicht eingehalten werden.« Solange kein Verbotsschild von einer staatlichen Instanz da ist, läßt sich also nichts machen. Nun, Kollege Partikel kündigt für den 19. April »eine fundierte Stellungnahme zu dieser schwierigen Frage« an!

Am 19. April '83 tagte in Hamburg der bezirkliche »Arbeitskreis Arbeitssicherheit« der IG Metall, der darüber am 25. April

eine Presseerklärung herausgab: »Es müssen schnellstens Verwendungsverbote für krebserzeugende Arbeitsstoffe durchgesetzt werden... Dieser Forderung gilt es dadurch Nachdruck zu verleihen, daß sich die Arbeitnehmer gegen riskoreiche Arbeiten mit krebserregenden Arbeitsstoffen zur Wehr setzen.«

Die »Welt« interpretiert die IGM-Erklärung am 27. April so: »Das schnellste Passagierschiff der Welt, die »United States« soll umgebaut werden. Bürgermeister Dohnanyi hat sich dafür eingesetzt, diesen Auftrag an HDW zu vergeben. Diesen Bemühungen ist jetzt die IGM entgegengetreten. Ihr Arbeitskreis Arbeitssicherheit hat sich mit den Gesundheitsrisiken befaßt und ist zu einer totalen Ablehnung dieses Auftrages gekommen... Die seit Jahren erkrankten Verbesserungen des Gesundheitsschutzes dürfen nach Ansicht der IGM »unter dem Eindruck der sich zuspitzenden Beschäftigungskrise nicht wieder in Frage gestellt werden.«

Einen Tag später, am 28. April, diskutiert der Ausschuß Arbeitssicherheit des HDW-Betriebsrates, im wesentlichen geht es um den Auftrag »United States«. Otto Kock, VK-Leiter, Betriebsrat und Ortsvorstandsmitglied der IGM, äußert sich in der Diskussion dazu: »Wenn es so geht, wie hier aufgezeigt, sehe ich die Möglichkeit, den Umbau bei HDW zu machen. Die IGM lehnt den Umbau nicht ab, sondern sie befürchtet ein Unterlaufen der bestehenden Vorschriften.« Und zur »Welt«-Meldung meint er: »Der Arbeitskreis der IGM ist falsch zitiert worden.«

Der am 10. Mai 1983 gefaßte Beschluß des HDW-Betriebsrates, der sich für Auftragsannahme unter bestimmten Bedingungen aussprach, lag also vollkommen auf der Linie der bisher bekannt gewordenen Äußerungen der IGM.

Sollten die Hauptamtlichen da nicht endlich mal zufrieden sein mit dem HDW-Betriebsrat, der ihnen doch durch die Mehrheit der »Aktiven Metaller« sonst so viel Schwierigkeiten macht? Und hätten die IGM-Funktionäre nicht allen Grund, dem Vulkan-Betriebsrat eins zu verpassen, da dieser doch in seiner Konsequenz weit über den juristischen Horizont der IGM hinausgeht? Die Erklärung für das Versteckspiel der IGM findet sich in einem Vorgang in einer anderen Gewerkschaft, in der IG Druck und Papier Hamburg. Dort spielte sich folgendes ab:

Am 7. Mai 1983 hatte die IG Druck und Papier Nordmark ihren Landesbezirkstag in Hamburg. Ein Delegierter stellte den Antrag, die Delegierten möchten die ihnen zustehenden Spesengelder (oder einen Teil davon) den um ihre Arbeitsplätze kämpfenden HDW-Kollegen spenden. Der Betriebsrat habe dafür ein Konto eingerichtet.

Ein Delegierter der Journalisten, Volker Hermsdorf, beruflich tätig als Redakteur der Hamburg-Beilage der IGM-Zeitung »metall«, trat dagegen auf: Wenn es bisher noch kein Argument für den Ausschluß der »Aktiven Metaller« um Holger Mahler aus der IGM gegeben habe, so sei es spätestens jetzt erbracht. Der Beschluß des HDW-Betriebsrates, das »Todeschiff« unter bestimmten Bedingungen zu reparieren, würde Fritz Bettelhäuser und der IGM, die gegen den Auftrag seien, in den Rücken fallen.

Metall-Redakteur Hermsdorf nutzte die Unkenntnis der anwesenden Gewerkschafter aus, er machte sich zu Sprecher der Polemik in der »Welt«, der 8 Tage zuvor schon von Otto Kock widersprochen worden war. Er verschwieg die Bemühungen Dohnanyis, den Auftrag nach Hamburg zu bekommen und er verschwieg, daß den Beschluß des HDW-Betriebsrates auch die IG-Metaller dort tragen.⁵ Der Landesbezirksvorstand der IG Druck und Papier ließ die gewissermaßen »offizielle Stimme der IGM« reden, er meinte wohl, sein Quantum »Solidarität mit der IGM« noch ableisten zu müssen.⁶

Erst auf einer folgenden Delegiertenkonferenz des Ortsvereins IG Drupa Hamburg wurde diese Darstellung durch einen Kollegen als unwahr, als ein Versuch der Spaltung der Wertarbeiter und eine Herabsetzung der Kollegen von den »Aktiven Metallern« zurückgewiesen. Der Redakteur suchte nun beim Betriebsrat der Vulkan-Werft Unterstützung und schrieb am 10. Juni in der »metall« über den Kampf gegen Asbest auf der Vulkan-Werft. Er bekam dort vom Kollegen Spalek die Antwort, daß er keinen Konflikt mit den Hamburger

⁴ Dem Betriebsrat bei HDW-Hamburg gehören neben der Mehrheit der »Aktiven Metaller« noch 11 IGM-Kollegen an.

⁵ Ein IGM-Betriebsrat von HDW-Hamburg stellte während einer von der Memorandum-Gruppe veranstalteten Wertfen-Konferenz ausdrücklich fest, daß er als IG-Metaller den Beschluß des HDW-Betriebsrates unbedingt teilt.

Zwischenzeitlich war einer Meldung der »Nordsee-Zeitung« vom 16. März '83 zu entnehmen, daß der Betriebsrat der Hapag-Lloyd-Werft in Bremerhaven sein Ja ohne Bedingungen für die Auftragsannahme gegeben hat. Will Hermsdorf gegen die Metaller aus Bremerhaven deswegen einen Ausschlußantrag stellen?

⁶ Der Landesbezirk ist dem Harburger Ortsverein der IG Drupa mit formalen Gründen in die Quere gefahren, als dieser auf einer geplanten 1. Mai-Demonstration den HDW-BR-Vorsitzenden Holger Mahler sprechen lassen wollte. Die Drupa könne sich nicht erlauben, sich in die inneren Angelegenheiten der IG Metall einzumischen, war ein Einwand des LBZ-Vorsitzenden.

Kollegen sieht: »Das muß jeder selbst entscheiden. Schuld an solchen Situationen sind doch nicht Kollegen, die mit dem Arbeitsplatzargument erpreßt werden. Die Schuldigen sind diejenigen, die die Alternative stellen: Entweder Arbeitslosigkeit und Existenzvernichtung oder Arbeit unter tödlichen Gesundheitsrisiken.«

Die tatsächlichen Unterschiede in der Gewerkschaftstätigkeit bei Vulkan und HDW

Es ist nicht zu übersehen, daß es zwischen den Stellungen des Bremer und des Hamburger Betriebsrates einen Unterschied gibt. Die Ursachen müssen erklärt werden, wenn man den Arbeitern helfen will. Die Ursachen in Personen wie Bettelhäuser oder Mahler zu suchen ist zwar bequem und einfach, aber grundfalsch und überhaupt nicht hilfreich.

Der Betriebsrat von Vulkan hat seit über 10 Jahren die Gefahren der Arbeit mit Asbest gemeinsam mit der Belegschaft untersucht und behandelt. Daß in der Belegschaft dort ein größeres Verständnis für diese Probleme vorhanden ist, ist nicht zuletzt der unermüdbaren Tätigkeit des Betriebsrates zu verdanken, der deswegen bei seinen Beschlüssen in dieser Frage auch was »hinter sich« hat.

Anders liegen die Verhältnisse bei HDW in Hamburg. Der Betriebsrat hat seine **erste Amtsperiode**. Diese war mehr oder weniger damit ausgefüllt, nicht alleine sich gegen den alten Betriebsrat und seine Gefolgsleute durchzusetzen, sondern er traf auch auf die Gegnerschaft der Ortsverwaltung der IGM Hamburg, die den alten Betriebsrat als eine ihrer Säulen bis zuletzt (und auch heute noch) stützte. Das führte bekanntlich zum Ausschluß von 6 Kollegen und zum Funktionsentzug gegen 31 andere, die auf der Liste der »Aktiven Metaller« kandidierten. Diese Kollegen stehen also vor der Aufgabe

1. die Unterlassungssünden der Vergangenheit zu überwinden, darunter fällt vor allem die Information und Aufklärung der Belegschaft, die es bei dem alten Betriebsrat überhaupt nicht gab. Der neue Betriebsrat gibt regelmäßig Informationen an die Belegschaft heraus.
2. Die »Aktiven Metaller« und der Betriebsrat sind Angriffen von 2 Seiten ausgesetzt: von der Unternehmensseite, der sie beim Personalabbau im Wege stehen, und von der Ortsverwaltung der IGM, die den Einfluß der »Aktiven Metaller« bei der Belegschaft brechen möchte und die »Aktiven Metaller« in der gewerkschaftlichen Öffentlichkeit als Spalter der gewerkschaftlichen Einheit hinstellen möchte. Die Kollegen der »Aktiven Metaller« wollen das widerlegen. Daher stützten sie sich z. B. bei dem Beschluß der Arbeit mit dem Asbestschiff u. a. auch auf die bis dahin bekannt gewordenen offiziellen Aussagen der IGM.
3. Das kann sie aber nicht von der Aufgabe entbinden, Wege zu finden, um die Belegschaft in die Beratung mehr als bisher

einzu beziehen. Mehr noch als für den Betriebsrat steht diese Aufgabe für diejenigen Kollegen im Betrieb, die den Widerstand gegen die Entlassungen organisieren wollen und nicht in der Schußlinie wie der Betriebsrat stehen, zumal die IGM-VK-Leitung bei HDW-Hamburg bisher noch keine Stellung bezogen hat und mit den Vertrauensleuten noch keinerlei praktische Aufklärungsarbeit begonnen hat.

4. Der Kontakt und die Zusammenarbeit der Betriebsräte und Vertrauensleute der norddeutschen Werften ist bisher von der IGM vernachlässigt worden. Das zeigte sich schon anläßlich des Streiks bei HDW gegen die Entlassungspläne der Unternehmensleitung, wo ein zur Reparatur bei HDW bestimmtes Schiff während des Einlaufens auf der Elbe nach Rendsburg zur Nobiskrug-Werft umdirigiert werden konnte und dort repariert wurde, ohne daß die »größte Metallgewerkschaft der Welt« ihre Mitglieder in Rendsburg über die Situation aufgeklärt hätte. Das führt jetzt z. B. dazu, daß die Kollegen vom Bremer Vulkan gegen die HDW ausgespielt werden können. Diese Zusammenarbeit in Zukunft besser als bisher zu organisieren, ist lebensnotwendig, wenn die Wertkollegen den Angriffen der Unternehmer widerstehen wollen.

5. Die Unternehmer und die ihr freundlich gesinnte Presse weisen mit Befriedigung auf die Tatsache hin, daß die Krankenzahlen in den Betrieben rapide zurückgegangen sind, Sie gestehen sogar ein, daß es die Furcht um die Arbeitsplätze ist, die dazu führt, daß die Arbeiter und Angestellten weniger als bisher Ärzte aufsuchen und im Krankheitsfall, wenn es nur irgend geht, zur Arbeit gehen. Die Rücksichtnahme auf die Gesundheit wird vernachlässigt. Das muß auf der anderen Seite irgendwann in Form von Frühinvalidität und schnellerem Verschleiß der Arbeitskraft zu Buche schlagen und so wieder als »Kosten«-faktor auf die Gesellschaft zurückkommen.

Das Leben und die Gesundheit der Arbeiter und Angestellten wird weniger »wert«, weil den Unternehmern genügend überschüssige Arbeitskraft auf dem Markt zur Verfügung steht.

Das Bemühen des Betriebsrates von HDW-Hamburg und von Teilen der Belegschaft, den Kampf gegen die Vernichtung der Arbeitsplätze zu organisieren, kann erst die Voraussetzung dafür schaffen, daß auch die Kenntnis über die politischen Zusammenhänge in der Belegschaft wächst. Dann kann auch hier leichter der Versuch der Gegner der Arbeiter durchschaut werden, die Einhaltung und Verbesserung von Sicherheitsbestimmungen für die Arbeitsplatzvernichtung verantwortlich zu machen, statt die wirkliche Ursache zu sehen: die kapitalistische Konkurrenz und das Profitstreben.

Der Kampf um den Erhalt der Gesundheit der Arbeiter und gegen den Verschleiß der Arbeitskraft, wie sie von den Kollegen des Bremer Vulkan aufgenommen worden ist, ist ein Anfang dazu und muß deshalb unterstützt werden.

Anfang Juli '83 ■

Bericht vom RGO-Kongreß

Opposition in den Gewerkschaften

Das Bekenntnis zur »Einheitsgewerkschaft« und deren Beschwörung als die »größte Errungenschaft« der deutschen Arbeiterbewegung nach dem Ende des 2. Weltkrieges gehört mittlerweile zu jenen unvermeidlichen Worthülsen, über deren Inhalt kaum noch nachgedacht wird. »Wir wissen, wie kurz der Weg in den Abgrund sein kann. Die Gewerkschaften werden sich auf diesen Weg nicht ein zweites Mal zwingen lassen«, meint der neue Vorsitzende des DGB, Breit, in der »Quelle«, Mai 1983.

Ernst Breit bleibt den Beweis schuldig, daß der DGB seit seiner Gründung seine Verflechtung mit dieser bürgerlichen Ordnung zu irgendeinem Zeitpunkt gelockert, geschweige

denn gelöst hätte. Das aber wäre die Voraussetzung dafür, sich von den Herrschenden nicht in den Abgrund ziehen zu lassen. Die feierlich verkündeten guten Vorsätze des DGB-Vorsitzenden sind die Pflastersteine auf dem Weg in den Abgrund.

Während bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit ein Glaubensbekenntnis zur »Einheitsgewerkschaft« abgelegt wird, geht der politische und neuerdings auch der organisatorische Abstieg und Verfall der Gewerkschaften weiter: Keine Antwort auf die Frage der Einführung der neuen Computertechnologie, des Abbaus der sozialen Einrichtungen, der Angriffe gegen die gewerkschaftliche Bewegungs-

freiheit, wie sie in der Rechtsprechung um Aussperrung und Streikrecht zum Ausdruck kommt. Es genügt, sich heute einen Tag auf den Arbeitsgerichten umzusehen, um zu erfahren, wie die Unternehmer mit »überflüssig« gewordenen Arbeitern und Angestellten umspringen und wie die Gerichte immer mehr das Recht zu Ungunsten der Letzteren auslegen.

Mit der »Einheitsgewerkschaft« verbindet jeder etwas anderes, je nachdem, wo sein gewerkschaftspolitischer Standort ist. Loderer versteht sie anders als die Führung der DKP, Rappe und Keller anders als Mahlein und Hensche, und diese wiederum anders als ihre »rechten« Vorstandskollegen, und wenn Blüm und seine Mannen vom CDA sich zur Einheitsgewerkschaft bekennen, so verstehen sie darunter wieder etwas anderes — nur kein klassenbewußtes Denken und Handeln.

Andererseits wurden in den vergangenen Jahren Gegner der sozialpartnerschaftlichen Politik der Gewerkschaften ausgeschlossen oder mit Funktionsentzug »bestraft«. Neben den »Aktiven Metallern«, die sich auf HDW-Hamburg bildeten, haben wir Gruppen wie die Plakatgruppe bei Daimler-Benz, verschiedene betriebliche Gruppen, die sich anlässlich der Betriebsratswahlen um »2. Listen« bildeten (z.B. bei der HHLA in Hamburg). Bundesweit organisiert haben sich jene meist jüngeren Kolleginnen und Kollegen, die mit einer »revolutionären Gewerkschaftsopposition« eine bessere, d. h. revolutionäre Gewerkschaftsorganisation schaffen wollten, als die, mit der sie unzufrieden waren.

Dieses — sozusagen offizielle — Durcheinander wurde in den letzten Jahren noch durch ein (die historische Unkenntnis vieler Kollegen ausnutzendes) Schreckgespenst verstärkt, das bei jeder sich bietenden Gelegenheit gegen andere als von oben gewünschte und zugelassene Meinungen ins Spiel gebracht wurde, um diese möglichst schon im Keime zu ersticken: RGO! Alles Kritische wurde zur Bedrohung durch RGO aufgeplustert.

Jedoch verliert diese Methode mehr und mehr an Wirkung und die Gewerkschaftsführungen gehen teilweise dazu über, den Versuch zu machen, bisher als kritisch bekannte (und diffamierte) Kollegen in die Vorstandspolitik einzubinden (über Mehrheitsbeschlüsse), um dem eigenen Vertrauensschwund abzuwehren und die Wirkung der Kritiker in der Mitgliedschaft zu begrenzen.

Die Gefahr, daß die so in die Gewerkschaftspolitik eingebundenen Kollegen schon durch eine formale Anpassung sich vernutzen und die politische Verwirrung unter der Mitgliedschaft verstärken, ist nicht zu übersehen.

Auch unter den oppositionellen Kollegen in den Gewerkschaften geht entsprechend den in der Krise veränderten Arbeitsbedingungen ein Wandlungsprozeß vor sich. In der Krise ist es nicht mehr möglich, wie in der Zeit der Konjunktur unmittelbar Erfolge zu erzielen, was wiederum bedeutet, daß wir unsere politische und gewerkschaftliche Tätigkeit auf eine längere Perspektive einstellen müssen.

Mitglieder der Gruppe Arbeitspolitik haben mit Interesse die Diskussion verfolgt, die vor und auf dem 3. RGO-Kongreß, dessen Einladung sie folgten, stattfand. Anders als die RGO der Weimarer Zeit, die in den Jahren der Weltwirtschaftskrise 1928/29 sich herausbildete, kann sich die heutige RGO auf deutschen Arbeitern erst wieder bewußt machen zu müssen, welche Aufgaben in der Gesellschaft sie als Klasse haben; gerade jetzt, wo sich das sozialpartnerschaftliche Denken als Hindernis erweist, den Widerstand gegen die Unternehmerangriffe zu organisieren und seine Anziehungskraft auf eine wachsende Zahl von Kollegen verliert. Das ist eine Aufgabe, die nicht mit von allen Seiten anerkannter »guter« gewerkschaftlicher oder betrieblicher Aktivität allein zu bewältigen ist. Daher ist es zu begrüßen, daß alle Kollegen der RGO in wachsendem Maße ihre täglichen Erfahrungen in den Betrieben zum Ausgangspunkt machen, an dem die Tätigkeit überprüft werden muß.

Der 3. Kongreß der RGO beschäftigte sich mit der Frage: »Wie bringen wir die innergewerkschaftliche Opposition voran?« Daß diese Frage nicht etwa in dem Sinne gestellt wurde, wie man die RGO als Organisation stützen könnte, sondern als politische Aufgabe, bewies schon die Stellung-

nahme des Vorstandes, der die bisherige Herangehensweise der RGO in Frage stellte. Damit gab er auch die Diskussion in den einzelnen Gruppen wider.

In der Stellungnahme des Vorstandes wird darauf hingewiesen, daß es notwendig sei »die Zusammenarbeit aller oppositionellen Gruppen und Kollegen innerhalb der Gewerkschaften zu fördern und zu unterstützen, und zwar unabhängig von unterschiedlichen Auffassungen in einzelnen Fragen und unabhängig von parteipolitischen Erwägungen und Interessen«. Der Vorstand zieht die Schlußfolgerung: »Ohne uns an die Masse der Mitgliedschaft zu wenden, werden wir nichts erreichen«. — »Der straffe, zentralistisch organisierte Apparat mit »von oben« vorgegebenen Rezepten und Meinungen zu allen Fragen ist eher hinderlich und verleitet zu einer Art Alleinvertretungsanspruch, der die Vielfalt der oppositionellen Bewegung eher ausgrenzt, statt ihre bundesweite Vereinigung voranzubringen«.

In der Praxis hat sich auch in den letzten Jahren eine Zusammenarbeit in verschiedenen Orten und Gewerkschaften in der Abwehr der Unternehmerangriffe herausgebildet — trotz der Ausschlußpraxis der Gewerkschaftsführungen. Das vielleicht aktuellste Beispiel ist das Manifest, das »Betriebsräte, Vertrauensleute, aktive Gewerkschafter« an »alle Kolleginnen und Kollegen zur Verteidigung der Arbeitsplätze bei HDW« herausgaben. Zu den Unterzeichnern gehören Mitglieder und Vertrauensleute der IGM, der »Aktiven Metallern«, der SPD, der DKP, der RGO und anderer politischer Gruppierungen bzw. politisch nicht organisierte Kollegen. Auf dem Kongreß wurden mehrfach Beispiele aus der Druckindustrie, der Metallindustrie u. a. gebracht.

An Anträgen und Diskussionsbeiträgen kam die Tendenz zum Ausdruck, in den Gewerkschaften und mit den Gewerkschaftskollegen zu arbeiten.

»Bei allen Überlegungen, wie es mit der RGO weitergehen sollte, sollten wir davon ausgehen, was das Ziel unserer Arbeit ist: Unser Ziel ist es, alle Kräfte, alle Kolleginnen und Kollegen zu unterstützen und zu stärken, die in den Betrieben und Gewerkschaften für eine konsequente Gewerkschaftspolitik und gegen den Sozialpartnerschaftskurs eintreten und deren Zusammenschluß fördern.« (Stellungnahme Bochum) Von dort wurde auch gesagt: »Vor allem sollte man das ganze nicht als »Auflösungsfrage« behandeln — diese Tendenz gibt es durchaus auch unter RGO-Mitgliedern — sondern als »Umwandlungsfrage«.

Die Dortmunder Kollegen sind für Umwandlung in eine »Arbeitsgemeinschaft«. »Wir wissen, daß auch eine so strukturierte RGO von den Unvereinbarkeitsbeschlüssen bedroht sein wird. Aber möglicherweise wird es den Bonzen dadurch schwerer gemacht, klassenkämpferische Gewerkschafter auszuschließen bzw. ermöglicht es eventuell, wenn genügend Druck von unten organisiert wird, die Wiederaufnahme einiger gewählter Betriebsräte zu erreichen (Hoesch, HDW, Siemens usw.). Wir haben keine prinzipiellen Bedenken gegen den Namen RGO, aber möglicherweise wäre ein anderer Name besser, da es die Berühmtesten herabsetzt und die historischen Fehler der alten RGO berücksichtigt.«

In einem Antrag aus Hamburg war zu lesen: »Es kommt darauf an, mit Fingerspitzengefühl den Bedürfnis- und Bewußtseinsstand der Kolleginnen und Kollegen zu erfassen und dementsprechend Aktionen mit ihnen zu planen und durchzuführen. Vor diesen Schwierigkeiten steht nicht nur die RGO, sondern die gesamte oppositionelle Gewerkschaftsbewegung. Das Ziel, die Gewerkschaften zu revolutionieren und zu einer Kampforganisation der Arbeiterklasse zu machen, ist nur mit einer Politik der ganz kleinen Schritte zu erreichen. Der Name »RGO«, oftmals auch der Stil des Auftretens und der Veröffentlichungen, bereiten noch zusätzliche erhebliche Probleme beim Werben von Mitgliedern oder beim Initiieren von Aktionen. Die Masse der gewerkschaftlichen Kolleginnen und Kollegen ist sozialdemokratisch oder sozialdemokratisch orientiert. Es ist wichtig, daß wir aus der Geschichte lernen: Die Fehler einer »Sozialfaschismustheorie« dürfen sich nicht wiederholen. Wenn die heutige RGO das einsieht, hat sie nicht den geringsten Grund, sich an den Namen »RGO« zu klammern. Der Name »RGO« steht für eine in vielerlei Hinsicht falsche Politik der Weimarer Zeit der

KPD/RGO: Diese Diskussionsbeiträge bringen treffend die Schwierigkeiten der RGO-Kollegen zum Ausdruck, denen sie mit dem Namen RGO ausgesetzt sind.

Es wäre falsch, wenn wir uns von der Gewerkschaftsbürokratie auf ein formales Terrain der Auseinandersetzung »RGO« locken ließen. Sie haben keine politische Perspektive, weil es keine politische Perspektive **innerhalb** der verfaulenden bürgerlichen Gesellschaft mehr gibt. Die eigene politische Ratlosigkeit soll mit formalen und statuarischen Streitereien übertüncht werden. Wir sollten ihnen dazu so wenig wie möglich Gelegenheit bieten, schon deshalb, weil in der deutschen Arbeiterschaft die Achtung vor der Obrigkeit auch in der eigenen Organisation sehr stark ausgebildet ist. **Wir brauchen die politische Auseinandersetzung** um die heutigen und zukünftigen Probleme der Arbeiterklasse.

Wir müssen uns auch darüber im Klaren sein: Die kommenden Zeiten werden nicht leicht sein für uns. Die Bedingungen der gewerkschaftlichen und politischen Arbeit werden sich so lange zu unseren Ungunsten verändern, wie kein **Massenwiderstand** entsteht. Daher wird der Zusammenschluß der klassenbewußten Arbeiter am Ort, im gewerkschaftlichen und betrieblichen Bereich immer wichtiger werden und eine zentrale Leitung entsprechend schwieriger. Wir müssen diese Entwicklung sehen, um nicht eines Tages »ohne Kopf« dazustehen.

In Gesprächen mit Kollegen der RGO wurde uns bewußt, daß einige Fragen noch der weiteren Diskussion bedürfen. Dazu gehört das Problem des Zusammenhangs von betrieblicher, gewerkschaftlicher und politischer Arbeit.

Bei der Aufarbeitung von schon gesammelten Kampferfahrungen gegen Arbeitsplatzvernichtung hatten wir in manchen Diskussionsbeiträgen den Eindruck, daß die Suche nach Rezepten noch stark im Vordergrund steht und etwa die Analyse der konkreten Verhältnisse, die z.B. bei der AEG Brunnenstraße in Berlin dazu geführt haben, daß es nicht zu einer Betriebsbesetzung gekommen ist, auf geringeres

Interesse stößt. Wenn wir aber aus stattgefundenen Kämpfen für künftige Auseinandersetzungen lernen wollen, müssen wir genau untersuchen, wie und an welchen Punkten Belegschaften zum praktischen Handeln finden und welche Schranken damit noch verbunden sind. Dies ist die Voraussetzung, um heute noch gegebene Grenzen zu überwinden.

Unter der heutigen politischen Führung der Gewerkschaften, die die bestehende gesellschaftliche Ordnung bewahren will, ist die Niederlage der Gewerkschaften vorprogrammiert. Der Kampf der Gewerkschaftsmitglieder zur Erhaltung der Arbeitsplätze und zur Verteidigung ihrer materiellen Existenzbedingungen stößt auf den unversöhnlichen Gegensatz des kapitalistischen Systems.

Wir stehen vor einer Lage, die der in der Weimarer Republik in dieser Beziehung vergleichbar ist: Eine Gewerkschaftsführung, die die bürgerliche Ordnung erhalten will, muß am Ende die Kapitulation der Gewerkschaften vor ihren Gegnern vollziehen. Das, was 1933 fehlte, was die Niederlage hätte verhindern können, war eine politische Führung in den Gewerkschaften, die, gestützt auf das Vertrauen der Mitglieder, dort in die Bresche hätte springen können, wo die reformistischen (heute würden wir sagen sozialpartnerschaftlichen) Führungen am Ende waren. Auch die Entpolitisierung der Gewerkschaften führt zu ihrem Untergang. Denn alle gewerkschaftlichen Fragen, die in der Konjunktur noch relativ leicht zu lösen waren, führen in der Krise zu politischen Auseinandersetzungen (Lohnfragen, Arbeitsplätze, Schichtpläne etc.).

Der Kongreß hat gezeigt, daß die klassenbewußten Kollegen in Betrieben und Gewerkschaften allmählich näher aneinander rücken und die Grundlagen zu gemeinsamer Arbeit finden, weil und insoweit sie die betrieblichen und gewerkschaftlichen Erfahrungen in den Vordergrund stellen. Jedoch wäre es falsch, nicht zu sehen, daß es noch Unterschiede gibt, die uns aber nicht daran hindern dürfen, in praktischen Fragen zusammenzuarbeiten, und über die unterschiedlichen Auffassungen sachlich weiter zu diskutieren. ■

Arbeiterkorrespondenzen

Zur Tarifrunde im öffentlichen Dienst

Warnstreiks bei der Post

»Warmlaufen« für größere Aufgaben?

Nicht nur bei Bundes-, Länder- und Kommunalbehörden, auch bei der Post ist es in der Tarifbewegung 1983 zu Warnstreiks gekommen. Die Beteiligung war z.T. beachtlich — zur Überraschung der Gewerkschaftsführung.

Über sechs Wochen hatten sich die Tarifverhandlungen hingezogen, ohne daß das Postministerium auch nur ein Stück von seiner Position abgerückt wäre: Lohnpause, Festlegung der Besoldungserhöhung der Beamten auf 2 Prozent per Gesetz, »Anpassung« der Tarifverträge für Arbeiter und Angestellte an diese Marke, Begrenzung der »Zusatzaltersversorgung« auf 90 Prozent des letzten Nettogehaltes.

Erst als die Gewerkschaftsführung unter dem Druck einer sich zuspitzenden Verhandlungslage (Ultimatum am 29. April) die Muskeln spielen lassen mußte, wurde auch breiteren Teilen der Mitgliedschaft und des Funktionärskörpers deutlich gemacht, um was es, vor allem in der brisanten Frage der Rentenkürzungen, überhaupt wirklich geht.

Immerhin gelang es dann, zwischen dem 4. und 7. Mai in den meisten größeren Städten die Kollegen in Warnstreiks,

Protestversammlungen oder Demonstrationen zu führen. An den Warnstreiks in kleineren und mittleren Ämtern waren meistens jeweils bis zu 500 Kollegen beteiligt, in den zentralen Umschlagstellen in Frankfurt 5000, im dortigen Postscheckamt ca. 1500, und zu einer Protestdemonstration in Düsseldorf waren nach gewerkschaftsamtlichen Angaben 10 000 Beschäftigte auf der Straße.

Die Verhandlungssituation

Die Ausgangslage der Verhandlungen bei der Post entsprach im wesentlichen der im ÖTV-Bereich, mit der einen Ausnahme, daß die Frage des Rentenabbaus bei der Post nicht tarifvertraglich geregelt werden kann. Die für die Betriebsrenten zuständige »Versorgungsanstalt der Post« (VAP) ist eine formell selbständige Betriebsrentenkasse. Im Tarifvertrag können also allenfalls nur Absichtserklärungen hinsichtlich der Rentenregelungen ausgesprochen werden.¹

Trotzdem war auch unter den Postkollegen der Unternehmerangriff auf die Betriebsrente der Punkt, der den meisten Unmut hervorrief. Dies wurde dann auch vom Gewerkschaftsapparat mit großem Getöse in den Mittelpunkt der Mobilisie-

¹ Das höchste Organ der VAP ist eine paritätisch besetzte Vertreterversammlung. Beiträge, Leistungen usw. sind in einer nur mit Zweidrittel-Mehrheit änderbaren Satzung festgelegt. Allerdings hat das Postministerium die versicherungsrechtliche Fachaufsicht über das Geschäftsgebaren.

rung gestellt — wobei den meisten Kollegen aber nicht klar war, daß der Hauptvorstand (HV) sein eigenes Wortgeklingel in dieser Sache kaum ernst nimmt. Wie sonst wäre es zu verstehen, daß in der Gewerkschaftszeitung und anderswo immer wieder hervorgehoben wird, daß die Deutsche Post Gewerkschaft (DPG) sich »einer vernünftigen Neuregelung der Altersvorsorge nicht entziehen« wolle (»Deutsche Post«, 20. Mai 83).

Daß der HV anfangs wohl noch glaubte, einen den Mitgliedern »verkaufbaren« Abschluß ohne Arbeitskampf zu erreichen, zeigen auch die Vorgänge um das neue Schlichtungsabkommen. Wie bei der ÖTV endet jetzt die Friedenspflicht mit Ablauf des Tarifvertrages und tritt mit Beginn der Schlichtung wieder in Kraft. Damit ist nun die Durchführung von Warnstreiks bis zum Beginn der Schlichtung in den Augen des HV rechtlich geklärt, denn »die öffentlichen Arbeitgeber hatten die alte Vereinbarung immer so ausgelegt, als dürften bis zum Abschluß der Tarifverhandlungen bzw. der Schlichtung keine Warnstreiks durchgeführt werden« (Deutsche Post«, 20. Mai 83).

Dieses Recht auf Warnstreiks — in keimfreier Atmosphäre sozusagen — war der DPG noch mitten in der Tarifrunde zugefallen. Am 4. Mai nämlich, d.h. **einen Tag** vor Beginn der **bereits angedrohten** (und sicherlich nicht ohne Kenntnis des Postministeriums vorbereiteten) Warnstreiks, unterschrieb der Postminister Schwarz-Schilling dieses Abkommen. Ein deutliches Zeichen dafür, welches außerordentliche Interesse die Unternehmenseite daran hat, der Gewerkschaftsführung in einer Situation verschärften Lohnabbaus die Möglichkeit offenzuhalten, mit kontrollierten kleineren Kampfmaßnahmen den Dampf aus den immer härteren Tarifaufeinandersetzungen abzulassen.

Diejenigen, die in den Betrieben Maßnahmen wie Warnstreiks oder ähnliches praktisch organisieren, die örtlichen und betrieblichen Funktionäre nämlich, wußten von den bereits im Februar gestarteten Bemühungen des HV um ein neues Schlichtungsabkommen kaum etwas. Die Vorbereitungen zu den Warnstreiks am 5. Mai liefen im Kreise der beteiligten Funktionäre immer unter dem hinter vorgehaltener Hand angebrachten Vorbehalt, »wenn der Hauptvorstand bis dahin noch das neue Schlichtungsabkommen durchkriegt«.

Gewerkschaftsführung in der Zwickmühle

Die Spitze des Apparates der DPG — die aufgrund der Monopolstellung des Unternehmens Bundespost faktisch die Rolle einer Betriebsgewerkschaft spielt — erfährt immer deutlicher die Erfolglosigkeit ihrer sozialpartnerschaftlichen Verhandlungsmethoden mit der Postverwaltung.

Stagnierende bzw. schon rückläufige Mitgliederzahlen sind deutliche Warnsignale — auch für das Postministerium. Denn die Betriebsgewerkschaft DPG hat sich in der Vergangenheit als sehr nützlich erwiesen, den Betrieb Post bis zur letzten Schraube zentral geplant zu führen. Hat das Ministerium sich mit der Gewerkschaft z.B. darauf geeinigt, daß die Zeitvorgabe für die Zustellung eines Versandhauskataloges 1,8 Minuten beträgt, dann gilt dies schlagartig in hunderten von Einzelbetrieben der Post in der ganzen BRD. Private Großkonzerne mit vielen bundesweit verstreuten Betrieben hätten es sicherlich auch gerne so einfach.

Dieses System funktioniert aber nur so lange, wie die Kollegen ihrer Gewerkschaftsführung noch folgen. Früher konnte die Post noch materielle Zugeständnisse machen, um die Gewerkschaftsführung in den Augen der Mitglieder zu legitimieren. Diese Zeiten sind vorbei, auch wenn die Postbediensteten Überschüsse in Milliardenhöhe produzieren. Diese Überschüsse werden aber dringend für gewaltige Investitionsvorhaben im Bereich der Nachrichtentechnik (Verkabelung!) benötigt.

Es ist also anzunehmen, daß das Interesse des HV daran, trotz der harten Haltung der Arbeitgeberseite von den Mitgliedern noch ernst genommen zu werden, dazu führt, halberzige Aktionen anzuzetteln. Diese Aktionen werden

vom Ministerium geduldet, weil sie einerseits billiger als eine Tarifierhöhung sind und andererseits die Gewerkschaft als Ordnungsfaktor im Betrieb erhalten.

Auf dem Hintergrund dieser Entwicklung ist auch zu sehen, daß der HV in den letzten Jahren dazu übergegangen ist, seine Forderung für die Tarifrunde nur noch ganz kurz vor Beginn der Verhandlungen bekanntzugeben. Damit umgeht es der HV, sich in der früher üblichen langwierigen Forderungsdiskussion schon weit vor Verhandlungsbeginn vor den Mitgliedern festlegen zu müssen.

Das »Angebot« des Postministers an den Gewerkschaftsapparat, zukünftig mit kontrolliertem Risiko Warnstreiks führen zu dürfen, ist sozusagen das Gegenstück zu dieser Taktikerei des Hauptvorstandes. Die Gewerkschaftsführung will diese goldene Brücke ein Stück weit betreten und wird dabei umso sicherer in den Bach fallen.

Beispiel Frankfurt

Wie hat es bei den Warnstreikaktionen nun vor Ort ausgesehen? Die Warnstreiks mit der größten Beteiligung fanden in Frankfurt statt. Hier liegen die zentralen Umschlagstellen des Brief- und Paketverkehrs in der BRD, die Sortier- und Verladearbeiten sind am Hauptbahnhof in großen, fabrikartigen Anlagen zusammengefaßt, die Arbeitsbedingungen gleichen denen in großen Industriebetrieben. Diese »Postfabrik« war auch schon im Schichtdienststreik des Jahres 1980 eine strategisch zentrale Stelle², die Belegschaft besitzt daher für die Verhältnisse der DPG auch eine gewisse Kampferfahrung.

Der Warnstreik in der »Postfabrik« lief so ab, daß mit Ende der Nachschicht am 5. Mai die Kollegen und Kolleginnen von betrieblichen Funktionären »rausgeholt« wurden, wobei die Aktion vorher nur einem ganz engen Kreis betrieblicher und lokaler Funktionäre bekannt war, um einer eventuellen Anordnung von Mehrarbeit während der Nacht vorzubeugen. Gleichzeitig versammelten sich vor dem Betrieb ca. 150 Gewerkschaftskollegen **anderer** Ämter, um die Tore abzuriegeln und Streikposten zu organisieren. Den Kollegen und Kolleginnen der kurze Zeit später eintreffenden Frühschicht war es so nicht mehr möglich, in den Betrieb zu gelangen.

Das »Rausholen« der Kollegen von ihren Arbeitsplätzen lief überraschend reibungslos, es gab kaum größere Diskussionen, wie etwa in ähnlichen Situationen beim Schichtdienststreik 1980. Die Erfahrung dieses Arbeitskampfes für das Bewußtsein der Kollegen kann dabei gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Andererseits zeigt sich hier aber auch das eigenartige Verhältnis vieler Postler zu ihrer Gewerkschaft, die eben genauso zum Betrieb gehört, wie die Kleider- und die Krankenkasse, und deren Anweisungen schon fast amtliche Autorität besitzen. Die Haltung der »ausgesperrten« Kollegen von der Frühschicht war ähnlich: Verständnis und Bereitschaft zu dieser Aktion bestanden meistens direkt, und viele gingen auch einzeln oder in Gruppen zur Streikversammlung ins nahegelegene Gewerkschaftshaus. Im vollbesetzten Saal entstand dann auch ein Gefühl von der gemeinsamen Kraft, die man mit einem Arbeitskampf erzeugt. Ähnlich verlief auch zwei Tage später der Warnstreik von 1500 Beschäftigten des Postscheckamtes, hier noch verbunden mit einer gemeinsamen Demonstration. Die Bereitschaft zu einer geschlossenen Aktion kam hier noch deutlicher zum Ausdruck. Der Hintergrund dafür ist sicher, daß in diesem Amt in näherer Zukunft an die 1000 Arbeitsplätze der Einführung des elektronischen Zahlungsverkehrs zum Opfer fallen werden, was dann wohl — ein Novum für den öffentlichen Dienst — auch zu Entlassungen führen könnte.

Der Verlauf der Warnstreiks in Frankfurt war also durchaus ein Erfolg, wenn im Postbereich am Hauptbahnhof auch die Auswirkungen auf den Betrieb gering blieben. Die Gewerkschaft hatte damit gerechnet, daß durch den gleichzeitigen Warnstreik der Straßenbahner in der ÖTV die Postzustellung an diesem Tage vollständig zu blockieren sei. Dies konnte die Verwaltung aber verhindern, indem die Briefträger mit VW-Bussen zu ihren Zustellbezirken kutschiert wurden. Eine böse Panne, denn für diesen Teil der Beschäftigten endete der Warnstreik mit einigen Stunden Mehrarbeit.

² vgl. dazu Arpo 1/81: »Streik bei der Post — Kampfbereitschaft verspielt«.

Tore zu: Beamte lernen streiken

Das wichtigste Ergebnis dieses Warnstreiks ist wohl, daß mit dem Abriegeln der Betriebstore »von außen« eine neue Taktik des Arbeitskampfes ihre Bewährungsprobe bestand, mit der auch die **Beteiligung von Beamten** am Arbeitskampf praktisch ermöglicht wurde. Denn wenn die Tore zu sind, kann auch kein Beamter mehr arbeiten und die DPG erklärt dann, daß sie aus Sicherheitsgründen und aufgrund ihrer Haftungsverpflichtung im Falle eines Streiks niemanden reinlassen darf.

Dabei gab es auch kaum Auseinandersetzungen mit arbeitswilligen Beamten — von Einzelfällen abgesehen. Die Frage der Streikbeteiligung von Beamten ist für die DPG nichts weniger als eine **Existenzfrage**, denn etwa sechzig Prozent der Mitglieder der DPG sind Beamte, in der Überzahl aus dem einfachen und mittleren Dienst. Dabei handelt es sich nicht nur um Schalterbeamte und Bürokräfte, sondern gerade auch die Arbeiterinnen und Arbeiter im Brief- und Paketumschlag werden von der Verwaltung systematisch »verbeamtet«, um diese »Nervenzentren« des kapitalistischen Transportsystems streiksicher zu machen. Wenn es der Postgewerkschaft nicht gelingt, das Streikrecht für diese Beschäftigten im Zuge eines größeren Arbeitskampfes durchzusetzen, wird sie ihre Existenz als Gewerkschaft damit verspielen, denn eine rechtlich und faktisch streikunfähige Gewerkschaft kann auch keine wirklichen Tarifverhandlungen und ähnliches führen.

In dieser Überlebensfrage hat also auch der Apparat — zumindest des hessischen Bezirkes — sein praktisches Verhalten geändert. Wie weit die Gewerkschaftsführung der DPG insgesamt aber bereit ist, auch in größeren Arbeitskämpfen die Einbeziehung der Beamten konsequent zu organisieren, muß sich erst noch zeigen. Zweifel sind hier sicherlich angebracht.

Problematisch an dieser Kampfform ist allerdings, daß für viele Kollegen im Betrieb das Gefühl entstehen kann, daß Streiks über ihre Köpfe hinweg organisiert werden und das vielfach verbreitete Gefühl der eigenen Ohnmacht in solchen Auseinandersetzungen auf Dauer nur verstärkt wird. Dies wird der Fall sein, wenn es aus den gesammelten Erfahrungen heraus nicht gelingt, selbständige Zentren des Widerstandes in den Betrieben und auf örtlicher Ebene zu organisieren. Angesichts der vergleichsweise geringen Kampferfahrung vieler Postkollegen und der weit verbreiteten Angst vor allem der Beamten vor Arbeitskampfmaßnahmen kann allerdings diese Form einer »Neuen Beweglichkeit« als erster Schritt in diese Richtung genutzt werden.

35-Stunden-Woche: Praktisch organisieren

Auf einen allgemeinen Nenner gebracht, ist die Erfahrung aus diesen Warnstreiks also Folgendes: Wenn die Organisation zu Arbeitskampfmaßnahmen in der Tarifrunde aufruft, ist die Masse der Kollegen auch bereit, mitzuziehen. Dies drückt allerdings zur Zeit nicht aus, daß von der Gewerkschaftsbasis her der Druck vorhanden wäre, die Gewerkschaftsspitze zwingen würde, diese Kampfmaßnahmen über den Rahmen bloßer Warnstreiks hinaus zu erweitern.

So hat auch das Scheitern der Verhandlungen und die Diskussion um die Ablehnung des Schlichtungsergebnisses bei der Masse der Kollegen kaum zu größeren Reaktionen geführt. Dies, obwohl die Ablehnung des Schlichtungsanspruches unter den Funktionären auf der Orts- und Betriebs-ebene weit verbreitet war. So entschied sich z. B. der zu dieser Zeit tagende Bezirkstag der hessischen Postgewerkschaft fast einhellig für die Urabstimmung, obwohl der Vorsitzende der DPG, Kurt van Haaren, das Schlichtungsergebnis vorher in einer Rede gerechtfertigt hatte.

Die Warnstreiks haben — jedenfalls in Frankfurt — die Resignation unter den Aktiven ein Stück durchbrechen können. Dies ist wichtig, weil von vielen Gewerkschaftern in den Ämtern die Tarifrunde schon von Beginn an »abgeschrieben« war. Die Erfahrung war verbreitet, daß auch mit noch so guten Argumenten gegen die Sparideologie in den Köpfen der Mehrzahl der Kollegen kaum etwas auszurichten war. Außerdem ermöglichte die Verhandlungstaktik der Gewerkschaftsführung zunächst keine konkreten Schritte zur Mobilisierung der Kollegen.

So vertraten dann viele Aktive die Ansicht, daß man lieber »die Kräfte sparen« solle für die wichtigere Auseinandersetzung

um die Verkürzung der Wochenarbeitszeit im nächsten Jahr. In dieser Frage — so die verbreitete Hoffnung — könne man dann die Auseinandersetzung mit dem Unternehmer mit einer ganz neuen und handfesten Perspektive führen.

Tatsächlich wird der Kampf für die 35-Stunden-Woche wohl in nächster Zeit zu einer entscheidenden Frage in der DPG werden. Die hessische Bezirksversammlung versucht bereits seit einiger Zeit mit einer breiten Informationskampagne die Diskussion unter Mitgliedern und Funktionären in Gang zu bringen, wobei immer wieder auf die Notwendigkeit eines größeren Arbeitskampfes in dieser Frage hingewiesen wird. Die Warnstreiks in dieser Tarifrunde sind aus der Sicht der Funktionäre der Bezirksverwaltung auch ein erfolgreicher Probelauf für diese Auseinandersetzung gewesen.

Hier tut sich aber heute schon ein ganzer Berg von Schwierigkeiten auf. Nicht nur, daß die Bereitschaft der Gewerkschaftsmitglieder zu einem **Kampf** für die 35-Stunden-Woche noch schwer einzuschätzen ist, vor allem wird ein solcher Kampf vorerst nur von einer Minderheit in der DPG wirklich gefordert. So lautstark wie der Bezirk Hessen haben sich die anderen Bezirksverwaltungen der Postgewerkschaft in dieser Angelegenheit bisher nicht aus dem Fenster gehängt. Auch innerhalb des hessischen Bezirkes werden sich die unter der Oberfläche vorhandenen Gegensätze zwischen einer eher kämpferischen und der sozialpartnerschaftlichen Linie sicher noch verhärtet.

Die Forderungen nach der 35-Stunden-Woche ist zunächst einmal der typische Versuch des Apparates, ähnlich wie in der Schichtdienstauseinandersetzung, anstelle nicht mehr aushandelbarer Lohnerfolge eine sogenannte »qualitative« Forderung in die Köpfe der Kollegen reinzukriegen. Der Apparat glaubt, daß ein Kampf um Arbeitszeitverkürzung (von Lohnausgleich wird sowieso nur sonntags geredet) mit größerer Erfolgsaussicht geführt werden kann, als ein Kampf um Reallohnsicherung.

Trotzdem erscheint es möglich, daß (aus organisationspolitischen Interessen) die DPG sich an einem Arbeitskampf um die 35-Stunden-Woche beteiligen könnte. Hier kann aber nur dann wirkliche Bewegung entstehen, wenn auch der Masse der Kollegen deutlich gemacht wird, um was es politisch geht: Um die endgültige Auslieferung der Gewerkschaft an den Unternehmer, wenn die Kollegen es nicht lernen, ihre Interessen selbst in die Hand zu nehmen. Die Einsicht, daß ein Arbeitskampf für die Verteidigung der eigenen Interessen mehr bringt, als die individuelle Anpassung an die verschlechterte Lebenslage, muß sich bei vielen Kollegen erst noch durchsetzen. Dies geschieht nur in praktischen Aktionen.

Die Warnstreiks haben gezeigt, daß hier nur die tatsächliche Kraftentfaltung in kleinen Tageskämpfen von Bedeutung ist. Dies muß noch mehr von unten organisiert werden, gleichzeitig muß mehr Druck auf den Apparat gemacht werden, solche Aktionen vorzubereiten und zu tragen.

Wenn es gelingen würde, in den beteiligten Betrieben Diskussionen über die Erfahrung der Warnstreiks dieser Tarifrunde zu führen, wäre das ein erster praktischer Schritt in diese Richtung. Genauso wichtig ist aber ein gemeinsames Vorgehen aller Aktiven, die zu Kampfmaßnahmen wirklich bereit sind, um innerhalb der Gesamtorganisation Druck zu erzeugen.

Illusionen über die Durchsetzbarkeit dieser Forderung dürfen wir uns dabei allerdings nicht machen. Aber selbst wenn der Kampf um die 35-Stunden-Woche vom Ergebnis her mit einer Niederlage enden sollte: Unsere Aufgabe ist es, den Kampf in den Betrieben so zu organisieren, daß im Bewußtsein der Kollegen die Erkenntnis bleibt, daß kollektiver Kampf für die eigenen Interessen die einzige Alternative zum individuellen Verzicht ist. ■

ÖTV in Siegen

Die Kreisverwaltung Siegen-Olpe zählt etwa 6.300 Mitglieder bei rund 31.000 Beschäftigten. Dabei stellt die Stadtverwaltung Siegen mit ihren 720 Mitgliedern bei 1.500 Beschäftigten den Kern der gewerkschaftlichen Aktivitäten in der Kreisverwaltung dar.

Die Beschäftigten sind bisher noch recht ruhig geblieben, trotz der recht massiven Angriffe der öffentlichen Arbeitgeber:

- bis 1985 Abbau von 300 Planstellen
- Einstellungsstopp seit 1981
- Nichtübernahme von Auszubildenden
- schrittweise Privatisierung im Reinigungsbereich
- Einführung neuer Technologien

Die ersten Versuche, sich zu wehren, unternahm die Auszubildenden, die nicht übernommen worden waren, indem sie in den letzten zwei Jahren Informationsstände in der Stadt machten. Größere Erfolge konnten sie nicht erringen.

Die Privatisierung des Reinigungsbereiches, beschlossen von der SPD-Fraktion des Rates der Stadt Siegen, brachte die Putzfrauen auf den Plan. Sie brachten ihren Unwillen in der darauffolgenden Ratssitzung durch massenhaftes Erscheinen mit Transparenten und auch Zwischenrufen zum Ausdruck. Der »Erfolg« — es wird in Schritten privatisiert.

Der Vertrauensleutekörper hat diese Aktionen nicht in seiner Gesamtheit getragen. Auch schaffte er es nicht, sich auf die nächsten Personalversammlungen vorzubereiten, um hier wenigstens vor allen Beschäftigten seine Position in aller Klarheit darzulegen. Die Auseinandersetzung mit den Angriffen der öffentlichen Arbeitgeber wurde vornehmlich vom Geschäftsführer der ÖTV auf einer Personalversammlung und in der lokalen Presse geführt.

Der anstehenden Tarifrunde 1983 waren die Neuwahlen der Vertrauensleute und Delegierten für die gewerkschaftlichen Gremien nach der neuen Abteilungsstruktur vorgelagert. Obwohl sich der Kreisvorstand schon im Dezember mit der Tarifrunde auseinandersetzte und weiteren Reallohnabbau befürchtete, kam von ihm keine Initiative, eine Diskussion der Mitglieder über die anstehende Tarifrunde einzuleiten.

Erst auf Antrag eines Mitgliedes des Vertrauensleutekörpers der Stadt Siegen wurde beschlossen, auf der nächsten Vertrauensleutekonferenz über die Tarifrunde zu diskutieren. Diese Vertrauensleutekonferenz fand, einen Tag nachdem die Kreisvorstände ihre Voten nach Bochum gegeben hatten, statt, und einen Tag vor dem Zusammentreffen der Großen Tarifkommission. Nach dieser Vertrauensleutekonferenz war von der Tarifrunde außer in den Eilmeldungen nichts zu hören.

Die Nachricht, daß in der ersten Mai-Woche Warnstreiks stattfinden sollten, traf den Kreisvorstand unvorbereitet. An den Warnstreiks beteiligten sich am sechsten und siebenten Mai etwa 250 Kolleginnen und Kollegen. Am sechsten Mai trafen etwa 150 bis 160 Arbeiter und 40 bis 50 Angestellte der Stadtverwaltung Siegen zur Arbeitsniederlegung für etwa eine halbe Stunde zusammen. Dies war — im nachhinein — angesichts der bruchstückhaften Informationen, die die einzelnen Vertrauensleute hatten, und der kurzen Zeit, relativ gesehen, ein Erfolg. Die daran Beteiligten fanden diese Aktion richtig und diskutierten, wie eine weitere Aktion erfolgreicher mit mehr Beteiligten stattfinden kann.

Am siebenten Mai legten die Kollegen der Verkehrsbetriebe Westfalen-Süd (VWS) in der Zeit von acht bis neun Uhr die Arbeit nieder. Die Beteiligung war allerdings äußerst gering. Viele Busse fuhren weiter. Von den Warnstreiks waren allerdings einige Schüler betroffen. Die hiesige Presse hielt sich bei den Warnstreiks erstaunlicherweise zurück und berichtete »objektiv«, ohne Kommentare.

Nachdem die Verhandlungen für gescheitert erklärt worden waren und die Schlichtung eingeleitet worden war, hörte man von der ÖTV-Kreisverwaltung bis zur Annahme der Schlichtungsergebnisse nichts. Der Zorn der Kolleginnen und Kollegen richtet sich im wesentlichen gegen den Geschäftsführenden Hauptvorstand und die Große Tarifkommission, die umgekippt ist. Wesentliche Lehren sind aus dem Verlauf der Tarifrunde nicht gezogen worden. Die Verbesserungen werden darin gesehen, mehr Einfluß auf die Zusammensetzung der Großen Tarifkommission zu bekommen. Daß der Geschäftsführende Hauptvorstand nicht an Beschlüsse der Großen Tarifkommission gebunden ist, wird als unmöglich angesehen. Kritisiert wird auch, daß die Mitglieder zu wenig einbezogen und informiert wurden.

Die Gewerkschaftsvorstände ziehen ihre Lehren derart, daß sie die Diskussionsbeiträge der Mitglieder als Anregungen für die Funktionsträger ansehen wollen und diese sich Gedanken machen, wie es anders, besser laufen kann — allerdings

geschieht auch dies wieder ohne Einbeziehung der Mitglieder in die Diskussionen. ■

ÖTV in Solingen

Das Aufstellen der Tarifforderungen erfolgte im Februar unter geringer Anteilnahme und ohne Diskussionen. Bis zur Aufforderung der Bezirksleitung, auf das Ultimatum der Arbeitgeber mit Warnstreiks zu antworten, verliefen auch die weiteren Tarifverhandlungen ohne irgendwelche Diskussionen in den Belegschaften oder in Gewerkschaftsversammlungen. Bei der Vorbereitung auf die »spontanen« Aktionen war deshalb die größte Sorge aller aktiven Funktionäre, ob bei den Kollegen überhaupt Kampfbereitschaft vorhanden sei.

Die Warnstreiks selbst — am Donnerstag, 5. Mai — wurden zu einem großen, in diesem Ausmaß nicht erwarteten Erfolg. Um 4 Uhr begannen die Aktionen bei den Verkehrsbetrieben. Geschlossen — Organisierte und Unorganisierte gemeinsam — nahmen die Kollegen für mehrere Stunden die Arbeit nicht auf.

Der Warnstreik der Busfahrer war gerade beendet, da formierte sich gegen 8.30 Uhr vor dem Rathaus eine Demonstration, an der Kollegen der Müllabfuhr, des Garten- und Friedhofsamtes, der Versorgungsbetriebe, Reinigungskräfte und Angestellte der Stadtverwaltung und der Sparkasse teilnahmen. Insgesamt waren etwa 500 Gewerkschafter, aber auch einige Nichtorganisierte, zu einer dreiviertelstündigen Protestversammlung versammelt.

Am Nachmittag fanden die Solinger Aktionen ihren Abschluß mit einer halbstündigen Arbeitsniederlegung im Städtischen Krankenhaus. Hier beteiligten sich aber vor allem die technischen Abteilungen (etwa 100 Kollegen, meist Frauen), während nur eine Handvoll Pflegekräfte diese Aktion mitmachte.

Bei allen aktiven Kollegen herrschte am Abend dieses Tages ein fast euphorisches Gefühl der Stärke. Zu der Freude über die gelungenen Aktionen kamen erste Erfahrungen im Organisieren gewerkschaftlicher Kämpfe für die Mehrzahl der betrieblichen Funktionäre. Da wirkten auch die Nachrichten gegenüber einigen Kollegen (besonders im Krankenhaus) kaum dämpfend.

Nach dem Eintritt in die Schlichtungsverhandlungen wurde es in den Betrieben zunächst wieder ruhig.

Montag, 30. Mai: Das Schlichtungsergebnis ist bekannt. Allgemeine Unruhe und Unzufriedenheit in den Arbeiterbereichen Verkehrsbetriebe und Stadtreinigung. ÖTV-Bezirksleiter Mosch befindet sich »zufällig« an diesem Tag in der Werkstatt der Verkehrsbetriebe. Aber er kann die Unruhe nicht dämpfen. Im Gegenteil. Er wird zur Zielscheibe der Kritik, weil er als Mitglied der Schlichtung dem Ergebnis zugestimmt hat. Unverrichteter Dinge muß er wieder abziehen.

Dienstag, 31. Mai: Vertrauensleuteleitungen beschäftigen sich mit dem Schlichtungsergebnis. Betriebliche Funktionäre der Stadtwerke und der Stadtreinigung lehnen die Einigungsformel entschieden ab. Sie sprechen sich für Urabstimmung und Einleitung von Kampfmaßnahmen aus. Tenor dieser Kollegen: Lieber in der Urabstimmung oder im Streik eine Niederlage erleiden, als kampflös kapitulieren. Gegenpositionen werden von Vertretern des Angestelltenbereichs formuliert: Der Kampf birgt unüberschaubare Risiken, deshalb wird Annahme empfohlen. Die Versammlung endet mit der Verabschiedung einer Resolution, die die Große Tarifkommission der ÖTV auffordert, die Schlichtungsvereinbarung abzulehnen.

Nach der Entscheidung der Großen Tarifkommission, das Schlichtungsergebnis nicht anzunehmen, und nachdem mit den Arbeitgebern eine Erklärungsfrist bis zum 11. Juni vereinbart worden ist, findet in Solingen eine Vollversammlung der Vertrauensleute am 9. Juni statt. Von 400 eingeladenen Kollegen sind über 120 anwesend. Die Position des Hauptvorstandes vertritt der stellvertretende Bezirksleiter Pell, ebenfalls Mitglied der Großen Tarifkommission. Pell entzieht sich seiner Aufgabe ganz geschickt. Realistisch einschätzend, daß die Stimmung im Saal gegen ihn und seine Position ist, unterläßt er den Versuch, die Anwesenden umzustimmen. Er trägt nur die Position der Führung vor und überläßt dann den

Rest der Veranstaltung den Vertrauensleuten. Die überwiegende Mehrheit der Redner aus den Arbeiterbereichen lehnt den Schlichtungsspruch ab. Gegenstimmen kommen aus den Angestelltenbereichen. Ausschließlicher Grund für die Ablehnung des Ergebnisses ist die Kürzung der Zusatzversorgung. Die Lohnprozente spielen während der Diskussion keine Rolle. In der abschließenden Abstimmung sprechen sich nur 8 Kollegen für Annahme der Schlichtung aus, 6 Kollegen enthalten sich der Stimme, somit sind fast 90 Prozent nach dreistündiger Versammlung für die Ablehnung des Einigungsergebnisses.

Nachdem die Große Tarifkommission am Montag, 13. Juni, doch dem Schlichtungsspruch zugestimmt hat, kommen nochmals größere Teile der Vertrauensleute zusammen, um das Ende der Tarifrunde zu diskutieren. Nunmehr bestimmen Angriffe und Kritik an der Gewerkschaftsführung die Diskussion. Niemand kann aber sagen, wie es nun weitergehen soll und welche Lehren aus dieser Tarifrunde zu ziehen sind.

Eine erste Auswirkung hat der Abschluß schon gebracht: Von fast 700 gewerkschaftlich organisierten Busfahrern erklären etwa 50 den Austritt aus der Organisation, zum Teil mit vorgefertigten und vervielfältigten Schreiben.

Die Politik der Führungen führt dazu, daß Gewerkschaftsfeinde die Unzufriedenheit der Kollegen ausnutzen, um die gesamte Gewerkschaft zu schwächen. ■

ÖTV in Köln

Warnstreiks am 5. Mai:

Mittwochs, am 4. Mai, wurden die Betriebs-, Personalratsvorsitzenden und VK-Leiter unterrichtet, daß donnerstags alles reinzuwerfen sei, was man habe.

Vorbereitet war so gut wie nichts. Es gab lediglich dürftige Flugblätter vom Bezirk, die aber teilweise nicht verteilt wurden, weil sie den Verhandlungsstand völlig unzureichend darstellten. Der Streikauflöser Zusatzversorgung war überhaupt nicht erwähnt.

Nachmittags wurden die Bereiche und Vertrauensleutkörper unterrichtet. Die meisten hatten nicht die geringste Streikerfahrung.

Was dann donnerstags ablief, war überraschend. Ab 3.58 Uhr standen Straßenbahnen und Busse still und fuhren erst gegen 7.30 Uhr langsam wieder an, so daß nur wenige pünktlich zur Arbeit kamen. Mit der KVB (Kölner Verkehrsbetriebe) solidarisierten sich rund 500 Beschäftigte der Köln-Bonner Eisenbahnen, obwohl sie weder von den anstehenden Tarifverhandlungen noch von der Zusatzversorgung direkt betroffen sind. Sie hatten ein halbes Jahr vorher Streikerfahrungen wegen bevorstehender Entlassungen gemacht. Damals hatten die KVB-Kollegen teilweise Streikbrecherarbeit gemacht.

Bei den Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerken kam es zu einer Protestveranstaltung auf dem Werksgelände mit 1500 Teilnehmern. Auch viele Angestellte beteiligten sich.

Warnstreiks auch in weiten Bereichen der Stadtverwaltung: Datenerfasserinnen, Katasteramt, Gewerbeaufsichtsamt, Kfz-Zulassungsstelle, Fuhrpark, Jugendamt, Bühnen, Tiefbauamt, Schulhausmeister, Grünflächenamt, Bezirksverwaltungsstellen und sogar einige Kindertagesstätten. Beteiligt waren insgesamt rund 3500 Beschäftigte.

Warnstreiks auch bei den Arbeitsämtern Köln und Brühl, beim Versorgungsamt, AOK, Rechenzentrum der Ortskrankenkassen, Studentenwerk, Staatsanwaltschaft, Arbeiter der Krankenanstalten, beim Flughafen, Wasser- und Schifffahrtsamt, medizinische Dokumentation der Uni usw. In kleineren oder schlecht organisierten Bereichen kam es immerhin noch zu Protestaktionen wie außerordentlichen Personalversammlungen, Aktionen vor dem Gebäude (Heeresamt, Bundessprachenamt, Verfassungsschutz, Bundesverwaltungsamt, Bundesamt für den Zivildienst) oder zur Teilnahme bei anderen Bereichen (z. B. Gewerbeaufsichtsamt) oder zur Flugblattverteilung (Finanzämter, Eichamt, Bezirksregierung, Fachhochschule, Uni-Klinik, Landschaftsverband usw.).

Eine Solidaritätsadresse kam sogar von einer Fachgruppe des Beamtenbundes.

Versammlung am 7. Juni:

Vor rund 350 Delegierten und VK-Leitern begründete Bezirksleiter Mosch die Schlichtung und kämpfte mit allem, was er einzusetzen hatte, für die Annahme.

Fast 30 Redner zerplückten seine Argumente. Die Unterschiede zwischen Rechten und Linken in der Kreisverwaltung waren angesichts der entstandenen Lage völlig in den Hintergrund getreten. Jeder Redner erhielt donnernden Applaus der Versammlung. Viele wiesen darauf hin, daß man uns politisch kaputtmachen wolle und wir kämpfen müßten, um nicht das gleiche zu erleben wie 1933. Eine Kollegin aus einem Rechenzentrum deckte auf, was Bezirksleiter Mosch bis dahin auch noch nicht wußte: Der in die Schlichtung einbezogene Tarifvertrag zur Eingruppierung der Angestellten in der Datenverarbeitung bringt Abgruppierungen für viele von 1 bis 2 Stufen.

Einstimmig forderten Delegierte, VK-Leiter und Kreisvorstand die Große Tarifkommission auf, die Schlichtung weiter abzulehnen und die Urabstimmung einzuleiten. Kollege Thelen als Kölner Mitglied der Großen Tarifkommission sicherte zu, bei seiner Ablehnung wie beim ersten Mal zu bleiben. ■

Saarbrücken:

Heckel – Drei Monate nach der Schließung

Bei Heckel in Saarbrücken-Burbach, Drahtseilfabrik seit 199 Jahren, werden in diesen Tagen die letzten Maschinen abgebaut. Etwa 20 Kollegen sind noch im Betrieb, um die restlichen Arbeiten abzuwickeln. Von den 700 Beschäftigten, die der Betrieb vor Jahren noch hatte, wurde bis zum letzten Jahr auf 220 »runtergefahren«, wie es so schön heißt.

Die Belegschaft hatte jahrelang versucht, den Abbau aufzuhalten: Warnstreiks, Einschaltung der Politiker, Hungerstreik. Alles konnte den Kahlschlag nicht aufhalten. Im Dezember '82 stand dann in der Presse: »Heckel wird endgültig dicht gemacht«. Darauf beschloß die Belegschaft, den Betrieb unbefristet zu besetzen. Damals sah keiner voraus, daß daraus 14 Wochen und 2 Tage wurden.

Was heißt »Besetzung«?

Erst als die Belegschaft alle anderen Mittel probiert hatte und man vor dem Ende stand, wurde die Idee der Besetzung geboren. Hintergrund: Im Saarland liegt für jeden auf der Hand, daß Entlassung Dauerarbeitslosigkeit und Abstieg bedeutet. Illusionen, die viele Kollegen in anderen Regionen oder Großstädten noch haben, sind dort bereits zerstoßen.

Wichtigstes Ziel war, die Öffentlichkeit zu erreichen. Die Produktion lief weiter. Man wollte der Unternehmensleitung keinen Vorwand liefern, den Betrieb sofort dichtzumachen und die Aufträge in anderen Werken des ARBED-Konzerns abzuwickeln. Die verbliebenen Kollegen machten fast alle mit (ca. 35 Facharbeiter, 150 Angelehrte auf qualifizierten Tätigkeiten, 25 Angestellte, Meister), auch die etwa 30 ausländischen (meist Türken, 3 Italiener, 3 Franzosen). Die Geschäftsleitung drohte »Besetzung ist Hausfriedensbruch«, hielt sich aber sonst zurück. Die Belegschaft organisierte über Betriebsrat und Vertrauensleute die wichtigsten Verantwortlichkeiten: Feldbetten, Luftmatrasen usw. wurden beschafft, Essensfragen wurden gelöst. Spenden entgegengenommen. Besucher informiert, jeden Abend eine Versammlung durchgeführt.

Die Forderung zuerst war: Erhalt der Arbeitsplätze, dann: gleichwertige Ersatzarbeitsplätze.

Wie erlebte die Belegschaft die Arbeitsplatzvernichtung?

Heckel mußte vom ARBED-Konzern das Rohmaterial, 100 DM pro Tonne teurer als der Weltmarktpreis war, abnehmen. Die Losgrößen für die Aufträge wurden immer geringer.

»Wann macht ARBED in Köln dicht?«

Diese Frage stellten Heckel-Kollegen und Frauen auf einer Veranstaltung Anfang Juni in Köln. Sie holten nach, was im Januar verhindert wurde, nämlich die Information Kölner Kollegen über ihre Erfahrungen. Damals wurden sie vom BR-Vorsitzenden bei Heckel (auf Druck der IGM?) davon abgehalten, nach Köln zu fahren.

Im Gegensatz zur ersten Veranstaltung in Köln, die ohne die Heckel-Frauen weit über 100 Teilnehmer hatte, waren diesmal nur knapp 50 gekommen. Die Aktualität war weg. Geblieben war sie nur für Kölner Kollegen, die selbst vor ähnlichen Problemen stehen: Bosch-Strunck, Philips-Novalux usw.

Die Frage nach der Schließung von ARBED-Köln blieb unbeantwortet. Aber die Gerüchte über neue Massentlassungen lassen das Schlimmste befürchten. ■

Dadurch mußten die Maschinen ständig umgerüstet werden. Leerlauf entstand und zwangsläufig rote Zahlen.

Größere, gewinnbringende Aufträge wurden nach Köln vergeben, gleichzeitig in Luxemburg ein völlig neues Werk aufgebaut. Seit 1978 gingen die Aufträge über die Verwaltung an Köln.

Die Kollegen sahen, wie der ARBED-Konzern im Saarland mit den Stahlbetrieben umging. Wie immer deutlicher am Rand der Pleite operiert wurde und ohne Subventionen überhaupt nichts mehr lief. In den Stahlbetrieben ständig rotierende Kurzarbeit und Entlassungsdrohungen. Drohungen, sich ganz aus der BRD zurückzuziehen, wenn Landes- und Bundesregierung keine Gelder mehr locker machten usw.

Wie »kämpfte« die IG Metall?

Die IGM »stand hinter uns« sagen die Kollegen mit bitterem Unterton. Die Gewerkschaft hat Flugblätter erstellt, die allerdings fast immer »lau« waren. Essen wurde bezahlt. Videofilme finanziert.

Der 1. Bevollmächtigte der IGM sitzt gleichzeitig im Landtag, im Aufsichtsrat der Techno-Arbed. Zuerst hat der Aufsichtsrat der Schließung widersprochen. Dann wurde die ganze Sache noch mal aufgerollt, eine »Garantie« abgegeben und die Zustimmung gegeben. Der 1. Bevollmächtigte hat dann im Zelt der Heckel-Kollegen dafür geworben, das anzunehmen.

Nachdem die Arbeitnehmervertreter zugestimmt hatten, hakte auch der Landtag die Sache ab. Man konnte sich ja jetzt hinter der Zustimmung verstecken.

Protestaktionen wurden im wesentlichen von den Kollegen selbst organisiert. Bei einer Demonstration wurde die Polizei angerufen, damit der Verkehr geregelt werden konnte. Zur örtlichen Polizei entwickelte sich ein positives Verhältnis, viele Polizisten standen der Besetzung mit Sympathie gegenüber.

Aus anderen Betrieben des Saarlandes kamen Solidaritätserklärungen, auch von Einzelgewerkschaften. Die Kollegen sagen rückblickend: »Eine Stunde Streik im Saarland, organisiert von der IGM, hätte uns mehr genützt als das viele Papier«.

Die Öffentlichkeit

Die »Saarbrücker Zeitung« wurde von vielen abbestellt, weil sie überhaupt nicht oder falsch berichtete. Der Saarländische Rundfunk informierte etwas. Überregional brachte z.B. der Bayerische Rundfunk was. Aus dem Ausland (Polen, DDR) waren Reporter da. Im Saarland half die »Arbeiterpresse«, ein DKP-Blatt.

Der »Stern« berichtete diffamierend über die Besetzung; angeblich kämen die Frauen mit Pelzmänteln usw. Hilfe kam von Künstlern und Kulturgruppen. Hannes Wader war da, die Theatergruppe »Blaue Maus« aus Saarbrücken war im Betrieb und außen aktiv. Die IGM-Jugend hat mitgemacht.

Einmal hat sich ein Stadtvertreter der CDU sehen lassen, dann kam nix mehr. Hilfe kam von der SPD, ein Landtagsabge-

ordneter war fast ständig bei Heckel. Auch der Saarbrücker Bürgermeister Lafontaine hat geholfen, versucht Aufträge zu beschaffen. Aus vielen Betrieben der BRD kamen Briefe, Geld und Besucher.

Die Arbeit der Frauen

Als die Besetzung beschlossen wurde, waren die Frauen zuerst dagegen: »Was wollt ihr in dem Dreck, da ist es kalt, Essen schlecht, das geht an die Gesundheit.« Auf einer Versammlung von 200 Frauen der Kollegen waren zuerst nur 5 für die Besetzung. Das änderte sich. Ein »harter Kern« von 28 Frauen machte aktive Solidaritätsarbeit draußen. Die sogenannte Prominenz wurde daraufhin abgeklopft, was sie machen wollte. Im Landtag wurde Wirtschaftsminister Hügel gezwungen, sich mit den Frauen auseinanderzusetzen: »Ihr seid wie die Kletten«.

Zuerst verteilten sie die IGM-Flugblätter, aber dann machten sie selber welche. »Immer nur das Bla-Bla verteilen wollten wir nicht.« Sie gingen vor Betriebe, auf Veranstaltungen, machten Info-Stände.

Was haben sie gelernt? »Frauen sollten sich nicht unterbuttern lassen.« Und auch, sich mit Sprüchen der Männer auseinanderzusetzen: »Betriebsinterne Sachen gehen Euch nichts an.« Ihr Schluß: »Immer allen auf die Füße treten, sich nichts gefallen lassen, die Lügen der Politiker verbreiten, nicht aufgeben.«

Was wurde erreicht?

Die Besetzung und Öffentlichkeitsarbeit waren nicht umsonst. Der Betrieb sollte ja zunächst Weihnachten '82 dichtgemacht werden. So wurde alles auf den 31. März '83 rausgeschoben. Die Völklinger Hütte stand vor neuen Massentlassungen, die wurden aber gestoppt, weil man Angst hatte, das Beispiel Heckel könnte Schule machen.

Unter den Kollegen und Frauen hat sich eine gute Kameradschaft entwickelt, die auch jetzt noch besteht. Es wurden auch Fehler gemacht: »Wir haben viel zu wenig diskutiert, nur beschlossen.« Auch die Zusammenarbeit zwischen Betriebsrat und Frauen war schlecht.

Die ehemaligen Heckel-Leute sind im Saarland auf 5 Betriebe verteilt worden. Teilweise kamen sie an und mußten erfahren, daß andere entlassen waren, daß auch da weiter abgebaut wurde. Da nützte die »Wahl« auch nichts, zwischen 3 Betrieben zu entscheiden. Immerhin wird der alte Lohn auf den meist schlechteren Stellen durch Aufstockung erreicht. Aber trotzdem sind rund 100 Kollegen schon wieder aus den Stellen raus, weil eben die Bedingungen da so mies waren. Sie sitzen jetzt beim Arbeitsamt und haben die Garantie verloren. Mehr war nicht drin. »Die große Masse hat gefehlt.« ■

Heinrich Brandler

Die Sowjetunion und die sozialistische Revolution

»... Viele Arbeiter der kapitalistischen Länder, die jahrzehntlang die eigene Bourgeoisie bekämpft haben, um sich einen höheren Anteil an dem von ihnen produzierten Reichtum zu verschaffen – einen Anteil, der ihnen vorenthalten wurde – sind durch die Formen der Entwicklung der Sowjetunion schwankend in ihrem Urteil geworden. Sie sind Sozialisten, insoweit sie die Beseitigung der Herrschaft der Kapitalisten und ihrer auf Profit aufgebauten Wirtschaft für notwendig halten. ... Die ungeheueren Opfer des Sowjetvolkes, die oft grausamen und barbarischen Formen, in denen sich der Selbstbehauptungskampf der Sowjetmacht abspielte und abspielt, schrecken jedoch meist ab. Sie suchen nach einem leichteren, humaneren Weg zum Sozialismus...« (Aus der Einleitung)

Nachdruck des zur internen Diskussion vervielfältigten Manuskriptes von 1950, Vorwort von 1981 · ca. 140 S. ca. 8,00 DM

GESELLSCHAFT
ZUR FÖRDERUNG DES STUDIUMS DER
ARBEITERBEWEGUNG e.V.
Postfach 15 02 47 · 2800 Bremen 15

Metall-Tarifrunde – Knacks am Anfang

Kaum einmal zuvor wurde im IG Metall-Bezirk Stuttgart eine Tarifrunde so gut vorbereitet wie die diesjährige.

Bereits im Herbst 1982 begann die Aktion »Unternehmer auf dem Prüfstand« — eine Aktion, die offensiv die Unternehmerargumentation aufgriff und diese der Wirklichkeit kapitalistischer Profitwirtschaft gegenüberstellte. Die Aktion bestand aus vier Flugblättern, die in den Betrieben verteilt bzw. ausgehängt wurden. Parallel dazu wurde in den meisten Verwaltungsstellen diese Aktion durch Kollegen an Samstagen in die Öffentlichkeit getragen.

Mit dieser Aktion wurde nachgewiesen: Lohnverzicht schafft keine neuen Arbeitsplätze. Im Gegenteil. Von den bestehenden 985.250 Arbeitsplätzen Ende 1980 wurden bis Juni 1982 rund 40.000 Arbeitsplätze vernichtet.

Diese Aktion verwirrte die Unternehmer ebenso wie sozialpartnerschaftlich orientierte Betriebsratsmehrheiten.

So kam es zu völlig überzogenen Reaktionen von Unternehmern, die beispielsweise den Aushang der Plakate verboten, weil die bildliche Darstellung des Unternehmers als Boß zynisch sei usw... Ebenso hatten manche »Berufs-Betriebsräte« Bedenken gegen die Aktion; offenbar sahen sie die seither praktizierte »gute Zusammenarbeit« mit der Geschäftsführung gefährdet. So kam es z.B. bei Bosch in Stuttgart-Feuerbach (der BR-Vorsitzende Richard Rau gehört immerhin dem IGM-Vorstand an) zu einer sehr mäßigen Unterstützung der Aktion. Nur sehr wenige Plakate wurden bei Bosch im Betrieb ausgehängt, so daß der Eindruck einer Aktion erst gar nicht entstand.

Auch in der Öffentlichkeit blieb die Aktion nicht ohne Resonanz. Genüßlich schlachtete die bürgerliche Presse den Vorfall aus, als eine sozialdemokratische Landtagsabgeordnete dem stellvertretenden Parteivorsitzenden in Baden Württemberg, Franz Steinkühler, vorwarf, die Unternehmerkarikaturen auf den Flugblättern entsprächen der Darstellung von Juden im NS-Organ »Stürmer«!

Trotz dieser Angriffe war diese Aktion erfolgreich, nahm sie doch zu einem guten Teil der Unternehmerpropaganda im Vorfeld der Tarifrunde den Wind aus den Segeln.

Und sicherlich trug sie auch dazu bei, daß zu der Massendemonstration am 30. Oktober gegen die Bonner Sozialabbaupläne in Stuttgart 150.000 Arbeiter und Angestellte mobilisiert werden konnten.

Von diesen Zahlen beeindruckt, glaubten Teile der bezirklichen und örtlichen Gewerkschaftsführungen, daß eine »Wende« in der Tarifpolitik möglich sei. So Ernst Eisenmann, erster Bevollmächtigter der Ortsverwaltung Stuttgart, auf einer Funktionärskonferenz: »Die Katastrophentypik kann nicht länger akzeptiert werden, es muß in Zukunft anders gekämpft werden.« Oder Franz Steinkühler auf der Bezirks-Vertrauensleutekonferenz im Dezember 1982: »Großkundgebungen sind nicht alles. Jede Möglichkeit zu Protest und Widerstand ist in Zukunft zu nutzen.« Edgar Schmidt, Bezirkssekretär: »Wer kämpft, kann verlieren, wer nicht kämpft, hat bereits verloren.«

Was Eugen Loderer von Kämpfen hielt, zeigte sich wenige Tage später, nachdem die große Tarifkommission Nordwürttemberg-Nordbaden eine Tarifforderung von 7,5 Prozent aufgestellt hatte. Im »Gesamtinteresse« der Organisation wurde sie auf 6,5 Prozent zurückgestutzt. Sie wurde nach unten korrigiert, wie es lauthals von Finanzminister Stoltenberg verlangt worden war. Auf der anderen Seite erfolgte keine Korrektur nach oben in den Tarifgebieten, die mit einer Nullforderung in die Tarifrunde gingen.

Diese selbstherrliche Vorstandshaltung hatte in den Betrieben zur Folge, daß die markigen Worte der bezirklichen Gewerkschaftsführung nicht ernst genommen wurden. Die

Kollegen waren in den vorangegangenen Tarifrunden ähnlichen kämpferischen Aufrufen bereitwillig gefolgt und hatten insbesondere in Baden-Württemberg viel »Beweglichkeit« gezeigt.

Zwar gab es aufgrund der ansteigenden Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit in den Betrieben keinen Aufschrei gegen dieses Vorstandsverhalten, doch hatte die Tarifbewegung bereits in diesem Anfangsstadium den entscheidenden Knacks erhalten. Der durch die Aktion »Unternehmer auf dem Prüfstand« vorbereitete Boden: keinen Lohnverzicht in diesem Jahr — konnte nicht die erhofften Früchte zeigen.

Es mußte doch an der Unternehmerpropaganda etwas dran sein — mehr Gewinne bedeuten mehr Arbeitsplätze —, wenn selbst der eigene IGM-Vorstand die »überzogene« Forderung des Bezirks nach unten hin korrigierte. So dachten viele Mitglieder und auch Betriebsfunktionäre.

Entsprechend verlief dann auch der weitere Tarifikampf. Äußerst lahm! Und lähmend wirkte zusätzlich der drastische Anstieg der Arbeitslosigkeit auf einen Teil der Arbeiterschaft. Die gleiche Wirkung zeigte offensichtlich auch die massive Aufschwung-Propaganda der bürgerlichen Parteien vor der Wahl am 6. März. Durch diese Propaganda war bei vielen Kollegen die Haltung typisch: durch Wohlverhalten und Zurückstecken wieder zum wirtschaftlichen Aufschwung zu kommen.

Mit dem 28. Februar lief die Friedenspflicht aus. Wenige Tage zuvor hatte VW, das nicht Gesamtmetall angehört, mit 4 Prozent abgeschlossen. Auf diesen Abschluß stellten sich viele Mitglieder und Funktionäre ein. Es setzte sich die Meinung durch, daß ohne Anstrengungen dieser Abschluß erreichbar sei, daß alle Aktionen jetzt nur noch Schau-Charakter hätten. Aber das war — wie der Abschluß von 3,2 Prozent zeigt — ein Irrtum!

Am 1. März liefen die ersten Warnstreiks an, die ab 7. März eskalierten. Und jetzt rächten sich die Fehler der Vergangenheit. Die Organisation rief, und die Mitglieder folgten nur zum Teil. Und jene, die folgten, folgten nur bedingt überzeugt.

Was anfänglich nur Einzelbeispiele waren, wurde mit der Ausweitung der Warnstreiks zur Tendenz. Die einstige Speerspitze der Metallarbeiter, die Facharbeiter, streikten nicht mit.

Voran standen, wie in den vergangenen Jahren, die ausländischen Kollegen, Frauen und viele Lehrlinge. Im Bezirk Stuttgart streikten insgesamt 208.000 Kolleginnen und Kollegen. Trotzdem war die Streikbeteiligung erkennbar niedriger als in den vergangenen Jahren.

Nie zuvor wurden in der IGM Schwachstellen so deutlich wie in dieser Tarifrunde. Schwachstellen, deren Beseitigung man nicht nur fordern muß, wie das die Metall-Nachrichten taten, sondern die auch praktisch beseitigt werden müssen. Diese Schwachstellen sind nur zu beseitigen, wenn einigen Sozialpartnern energisch auf die Finger geklopft wird, wenn mit den Kungeleien zwischen manchen Betriebsräten und Geschäftsleitungen aufgeräumt wird. Ob dazu die örtlichen Gewerkschaftsführungen bereit und in der Lage sind, ist fraglich.

In der Stuttgarter Bezirksleitung scheint der Wille dazu vorhanden zu sein. Hier handelt es sich sicherlich nicht nur um die Wortradikalität eines Franz Steinkühler. Er hat bereits in der Vergangenheit gezeigt, daß er bis zu einem bestimmten Punkt willens ist, die Arbeiter durch entsprechende Mobilisierung in die politische Waagschale zu werfen.

Schwieriger wird es sein, die beschriebenen objektiven Widerstände zu überwinden. Widerstände, die zur Zeit noch von einem durch und durch sozialpartnerschaftlichem Denken und Verhalten des überwiegenden Teils der Funktionäre bestimmt sind. Erst wenn die klassenkämpferischen Kräfte in den Betrieben stärker werden und werden können, wird eine qualitative Veränderung möglich sein.

Die Zeit dazu drängt. Eine Aneinanderreihung von Niederlagen in Zeiten sich verschärfender Gegensätze könnte für die Arbeiterbewegung verheerende Folgen haben und der Reaktion den absoluten Sieg ermöglichen. ■